

Politische Berichte



4. Dezember 1982
Jg. 3 Nr. 25

G 7756 D Preis:
2,50



Stahlindustrie: Bundesregierung unterstützt Kapitalisten bei Angriff auf Tarifverträge Seite 8



Azania: Ohne Abzug der imperialistischen Ausbeuter gibt es keine Befreiung für die Volksmassen Seite 13



Demokratisches Kampuchea: „In strategischem Sinne haben wir die Vietnamesen schon geschlagen“ Seite 32

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

Ausbildungsförderung: Die Aktionen der Schüler und Studenten gegen die Regierung verdienen die Unterstützung der Gewerkschaften	Seite 3	Finanz- und Investitionsförderung für Kapitalisten in Bayern	Seite 22
Aufruf zu einem Kongreß revolutionärer Studenten am 18./19. Dezember in Mannheim	Seite 4	NRW: Weniger Kuren, mehr Krankheiten	Seite 23
Aus Politik und Wirtschaft — kurz berichtet		Elbgrenze: Abschnürung der „deutschen Lebensader“? Seite 23	
Sachverständigenrat: Reallohnsenkungen und Differenzierung in den nächsten Jahren	Seite 7	Gewerbesteuer Ludwigshafen: BASF-Konzern gegen, Betriebsrat für Erhöhung	Seite 24
Versicherungsgewerbe: Rationalisierungsdruck auf Gehälter	Seite 7	Bayern: Truppen an die Ostgrenze	Seite 24
Stahlindustrie: Bundesregierung unterstützt Kapitalisten bei Angriff auf Tarifverträge	Seite 8	Altenpflege in Hamburg: „Die Knochenarbeit und Hektik kann man nicht lange durchhalten.“ — Interview mit einer Altenpflegerin	Seite 25
USA: Stahlgewerkschaft lehnt Lohnsenkungsvertrag ab	Seite 9	„Graue Panther Hamburg“: Kampf gegen katastrophale Zustände im Altenheim	Seite 26
Zivildienstgesetz: Die Dienstpflicht soll ausgeweitet werden	Seite 9	Stichwort: Altenheimunterbringung	Seite 27
Rentenalter: Immer mehr früher in Rente, die Kapitalisten verschleißern die Arbeiter rasch	Seite 10	Internationale Nachrichten	
SPD-Opposition: Ausbau des wehrhaften Rechtsstaates	Seite 11	Frankreich: Kapitalisten wollen Arbeitslosenversicherung aufbrechen	Seite 29
Kapitalexport: Westdeutsches Kapital drängt nach Südkorea	Seite 12	Niederlande: Gewerkschaften stimmen Lohnsenkung zu	Seite 29
Azania: Ohne Abzug der imperialistischen Ausbeuter gibt es keine Befreiung für die Volksmassen	Seite 13	Großbritannien: Automobilarbeiter gegen Intensivierung	Seite 30
EKD: mit den Christen in Südafrika und den westdeutschen Kapitalisten „besonders verbunden“	Seite 14	Portugal: EG-Beitrittsabsichten sind Dynamit	Seite 30
CDU/CSU und die Rechtmäßigkeit kolonialer Plündereiung: Nach § 984 BGB jedenfalls erlaubt	Seite 16	Indien: Streik in Bombay geht weiter	Seite 31
Klassenkampf — kein Rassenkampf — Dokumente des PAC und der Black Peoples Convention	Seite 17	Brasilien: Nach den Wahlen droht IWF-Diktat	Seite 31
Nachrichten aus der Arbeiterbewegung		Demokratisches Kampuchea: „In strategischem Sinne haben wir die Vietnamesen schon geschlagen“	Seite 32
Manteltarif: Sechs Wochen Urlaub für alle und Einstieg ins Urlaubsgeld erreicht	Seite 19	Aus Kultur und Wissenschaft	
IGM Baden-Württemberg: Trend zu Mindestforderung zeichnet sich ab	Seite 19	Kalahari: Freiheitsoper zum Befreiungskampf in Azania	Seite 34
Häuserräumung: Eine friedliche Lösung mit dem CDU-Senat wird es nicht geben	Seite 20	Protestantische „Innerlichkeit“	Seite 34
Kautschukindustrie: Unfälle an Werkwalzen unvermeidlich?	Seite 21	Kath. Lebensleitfaden: „Pflücke den Tag“	Seite 34
Gaststättengewerbe: NGG fordert neue Regelung der Arbeitszeit	Seite 21	Filme über Palästina	Seite 35
Bayern: Die Staatsregierung fördert alles, was den Kapitalisten nutzt	Seite 22	TV-Serie „Europa unterm Hakenkreuz“: Der diabolische Führer und die dummen Volksmassen	Seite 35
		Münchener Abkommen, 29.9.1938: Deutscher Imperialismus und Tschechoslowakei — I	Seite 36
		Studien aus der Fabrik	Seite 37
		Lohnstruktur 1957—82 Elektroindustrie	Seite 38
		Je höher die Einkommen, desto geringer der Steueraub durch Inflation	Seite 39
		Bürgerliche Finanzwissenschaft zur Frage einer Steuerindexierung	Seite 39

Ausbildungsförderung

Die Aktionen der Schüler und Studenten gegen die Regierungspläne verdienen die Unterstützung der Gewerkschaften

Man kann der neuen Bundesregierung vieles vorwerfen. Aber vorwerfen, daß sie sich die Folgen ihrer Eingriffe in das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) nicht genau überlegt hat, kann man ihr nicht. So ist der Staatssekretär im Bildungsministerium Anton Pfeifer zum Beispiel ziemlich sicher, daß die Streichung des Schüler-BAföG für knapp 90% der bisher 600000 geförderten Schüler, die die Bundesregierung ab 1983 beantragt, keine schädlichen „bildungspolitischen“ Folgen haben wird. Pfeifer am 29.10 vor dem Verband Bildung und Erziehung: „Wir wissen, daß der Bildungswille heute in allen Bevölkerungsschichten weit verbreitet ist und daß es ein großer Irrtum wäre, weiterhin die These zu vertreten, Familien aus unteren sozialen Schichten zeichneten sich durch eine emotionale Distanz zum Bildungswesen aus. Diese Annahme ist falsch, und weil sie unzutreffend ist, sollte sie als ein Argument gegen die Änderung des Schüler-BAföG auch nicht herangezogen werden.“

Viele werden sich erinnern: Noch in den sechziger Jahren war eine jahrelange Propaganda der bürgerlichen Parteien, vor allem von Seiten der SPD und der FDP, aber auch durch die CDU/CSU und die Kapitalisten selbst nötig, um den Lohnabhängigen einzureden, daß nicht etwa der politische Kampf für eine Verbesserung der allgemeinbildenden Schulen und der beruflichen Schulen der Weg sei, um die Ausbildung ihrer Kinder zu verbessern, sondern daß allein eine langjährige gymnasiale Beschulung dies ermöglichen könne. Wieso glaubt der Staatssekretär Pfeifer jetzt, daß die rund 500000 Familien der Lohnabhängigen, deren Kinder durch das Schüler-BAföG auf Gymnasien, Berufsaufbauschulen, Fachoberschulen usw. gefördert werden und die künftig nach den Plänen der Regierung jährlich 2000 DM zusätzlich für die Ausbildung ihrer Kinder zahlen sollen, dies auch tun werden? Weil die Bundesregierung weiß, daß die wesentliche Triebkraft für die Ausbildungsanstrengungen der Lohnabhängigen deren Wunsch ist, ihren Kindern eine Flucht vor dem elenden Dasein des gewöhnlichen Lohnarbeiters zu ermöglichen. Und weil die Bundesregierung die feste Absicht hat, dieses Dasein des gewöhnlichen Lohnarbeiters schon bald bedeutend elender zu gestalten. Entsprechende Gesetze aus dem Hause Blüm, wie die Angriffe auf den Jugendarbeitsschutz, auf den

Arbeitsschutz für Frauen usw., sind schon auf dem parlamentarischen Weg. Wieso sollten also die Ausbildungsanstrengungen der Lohnabhängigen nachlassen, wenn die Alternative Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit in den Fabriken unter elendesten Bedingungen und zu elendesten Löhnen ist?

Während so die Kapitalistenklasse von rund 1 Mrd. DM jährlichen Ausbildungskosten entlastet wird bzw. diese ihr künftig aus dem Staatshaushalt zufließen können, und zwar ab sofort, ist die Umstellung der Studenten-

winnen, eine neue Weichenstellung vorzunehmen.“

Wie diese „Weichenstellung“ aussiehen soll, haben der Studentenverband der CDU, der RCDS, die Deutsche Bank und andere schon entwickelt: Die völlige Umstellung der Studienförderung auf private Bankkredite an die Studenten, die von der Regierung nur noch zinsverbilligt werden. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Graf von Waldburg-Zeil: „Das wichtigste am Darlehensmodell ist, daß die Eigenver-



Verbindungsstudenten. In der Weimarer Republik und später waren sie engste Verbündete der Faschisten. Seit Jahren fördert die Reaktion erneut diese ihre studentischen Sprößlinge.

BAföG auf vollständige Darlehen sehr viel langfristiger angelegt. Die ersten Rückzahlungen dieser Darlehen sind in nennenswertem Umfang frühestens 1992 zu erwarten. Ab sofort aber können die Eltern der mit Darlehen geförderten Studenten den Ausbildungsfreibetrag der Lohn- und Einkommenssteuer in vollem Umfang in Anspruch nehmen, müssen also gegenüber der bisherigen Regelung erst einmal weniger Steuern zahlen, während der Umfang der BAföG-Ausgaben der Regierung vorerst durchaus nicht sinkt. Per Saldo wird die Regierung also durch diese Umstellung in den nächsten Jahren durchaus nicht „sparen“, sondern *mehr* ausgeben. Über diese Auswirkungen ist sich die Bundesregierung völlig klar. Bundesbildungsministerin Dr. Wilms vor dem Bundestag am 11.11.: „Es geht darum, ein neues Modell zu finden, eine neue Linie zu ge-

antwortung für ein sinnvolles Studium beim Studienanfänger verstärkt wird ... Im übrigen sind für die Zukunft noch durchaus Wege offen, durch eine Umstellung etwa auf ein Bankenfinanzierungsmodell noch ganz erhebliche Einsparungen zu erzielen.“ Das Protokoll des Bundestags vermerkt an dieser Stelle: „Zuruf von der CDU/CSU: Eine sehr gute Idee!“

Dieses „Bankenfinanzierungsmodell“ wird in den USA genau so, wie CDU/CSU, RCDS und die westdeutschen Kapitalisten es jetzt anstreben, schon seit Jahren praktiziert. Die Begründung der Dr. Wilms für die jetzige Umstellung, die den Übergang zum „Bankenfinanzierungsmodell“ vorbereiten soll: „Mit der Rückzahlung der erhaltenen Förderungsmittel tragen die Geförderten zur partiellen Refinanzierung und damit zur langfristigen Absicherung des Systems der staatlichen

Aufruf zu einem Kongreß revolutionärer Studenten am 18./19. Dezember in Mannheim

Am 24./25.7. 1982 haben sich in Mannheim im BWK, den Kommunistischen Hochschulgruppen, den Kommunistischen Studenten (Studentenverband der KPD) und in der Freien Arbeiterunion (FAU) organisierte Studenten sowie andere revolutionäre Studenten getroffen und über die Situation und die Aufgaben an den Hochschulen diskutiert. Wir, die dort anwesenden Studenten, wenden uns nun mit dieser Einladung an andere revolutionäre Organisationen und Studenten.

Heute arbeiten revolutionäre Organisationen an den Hochschulen sehr zersplittert. Wir meinen, daß dieser Zustand gerade angesichts des ideologischen Vormarsches der Reaktion geändert werden muß. Rassistische Theorien werden wieder ganz offen an den Hochschulen verhandelt und salonfähig gemacht, was sich z.B. an der Veröffentlichung des „Heidelberger Manifestes“ zeigt. Insbesondere die CDU/CSU hat ein Programm für die Hochschulpolitik der achtziger Jahre entwickelt. Darin wird die Festlegung von Lehrinhalten und wissenschaftlicher Beteiligung auf die Grundwerte der FDGO verlangt. Hinzu kommt die Propagierung der Eliteuniversität und die direkte Auftragsforschung für Kapitalisten. Eine theoretische und ideologische Basis für die Kriegspläne des BRD-Imperialismus und die Entfesselung von Reaktion und Faschismus zur Unterdrückung der Arbeiterklasse soll geschaffen werden und wird geschaffen.

Als revolutionäre Studenten haben wir ein Interesse daran, auf Basis gemeinsamer Grundsätze dieser Politik der Reaktion wirksamer als bisher entgegenzutreten. Solche Grundsätze müssen erarbeitet werden und sollten die folgenden Positionen abklären:

„Die Unversöhnlichkeit zwischen Sozialisten und bürgerlichem Staat; die Notwendigkeit der gewaltigen „Zerschlagung“ dieses Staatsapparates und seine Ersetzung durch rätedemokratische Strukturen, die in sich bereits den ersten

Schritt zum völligen „Absterben des Staates“ beinhalten muß; die absolute Ablehnung einer Verteidigung des imperialistischen „Vaterlandes“; die Notwendigkeit einer Organisierung der Revolutionäre als vorantreibende Kraft in den politischen und sozialen Bewegungen; die Orientierung auf die Arbeiterklasse als Hauptträgerin des revolutionären Prozesses.“ (Arbeiterkampf 217)

Über die Positionen herrschte Konsens bis auf den Halbsatz: „..., die in sich bereits den ersten Schritt zum völligen „Absterben des Staates“ beinhalten muß“. Die FAU (Anarchisten) ist der Auffassung, daß nach der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates durch die bewaffnete soziale Revolution die Räte, die sich im Laufe des revolutionären Prozesses bilden, die Macht, die sie als Selbstorganisation der breiten Massen dabei bekommen, auch behalten und sich vernetzen etc. Die Räte müssen von unten nach oben organisiert und strukturiert sein. Eine so entstandene Räterepublik kann und darf nicht Staat sein. Für uns (FAU) besteht ein Unterschied zwischen Räterepublik ohne Staat und Räterepublik als Staat. Bei letzterem wird unseres Erachtens die Räterepublik vom Staat bzw. seinem Apparat aufgefressen, d.h. die Räte verkommen zu zweitklassigen Akklamationsorganen – entsprechende Beispiele aus der jüngeren Geschichte sind sattsam bekannt. Deshalb lehnen wir einen Staat nach der Revolution ab und treten für eine Räterepublik ohne Staat ein, wobei die Räte als arbeitende Organe noch so etwas wie Reststaatsfunktionen wahrnehmen müssen. Auf diesem Weg scheint uns (FAU) ein direkter Übergang zur freien Gesellschaft angelegt zu sein.

Unser Ziel ist, eine wissenschaftlich fundierte Position gegen die Reaktion aufzubauen bzw. zu stärken. Wir denken, daß dazu die Zusammenarbeit revolutionärer Organisationen und Studenten nötig ist. Das Ziel sollte ein einheitlicher Studentenverband sein. Ein solcher Studentenverband soll mit seiner Politik den Kampf für

die Verteidigung und die Verbesserung der sozialen Lage und der Studienbedingungen der Studenten, sowie den Kampf zum Erhalt und Ausbau der politischen Rechte der Studenten unterstützen und dafür Festlegungen erarbeiten.

Wir wollen über diese Vorstellungen mit allen weiteren Interessierten diskutieren und laden zu diesem Zweck zu dem Kongreß am 4./5. Dezember in Mannheim ein.

Wir haben die folgenden Tätigkeiten bereits jetzt beschlossen, weil sie nötig und nützlich im Kampf gegen die Reaktion sind und der Diskussion und Zusammenarbeit dienen:

1. Herausgabe eines gemeinsamen Materialblattes als Beitrag zur Widerlegung rassistischer Theorien, insbesondere des Heidelberger Manifestes, zu Beginn des Wintersemesters. Durchführung örtlicher Veranstaltungen zu diesem Thema.

2. Bildung einer Arbeitsgruppe zum Thema Sozialabbau, u.a. zu den Plänen der bürgerlichen Parteien und Kapitalisten in bezug auf Studienfinanzierung.

3. Gemeinsame Herausgabe eines Nachrichtendienstes über Vorkommnisse an den einzelnen Hochschulen.

Zur Durchführung dieser Tätigkeiten wurde ein Koordinationsausschuß gebildet und beschlossen, daß die anwesenden Organisationen und Studenten auf örtlicher Ebene Kontakt aufnehmen, um gemeinsame politische Schritte zu ergreifen.

Der Koordinationsausschuß soll gegenüber Interessierten und der Öffentlichkeit die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung des Kongresses sicherstellen.

Zusätzlich zu der Einladung zum Kongreß fordern wir alle revolutionären Organisationen und Studenten dazu auf, mit uns zusammen den Kongreß vorzubereiten und durch praktische Zusammenarbeit und Diskussion Schritte in Richtung einer gemeinsamen Organisierung von Revolutionären an den Hochschulen zu machen.

Mannheim, den 25.7.1982

Nachtrag: Der Koordinationsausschuß hat inzwischen beschlossen, den Termin des Kongresses auf den 18./19.12. zu versetzen, wegen der VDS-Demonstration am 4.12.

Ausbildungsförderung bei. Die Umstellung auf Volldarlehen ist ein Element der Solidarität zwischen den Generationen. Schließlich liegt der neuen Regelung der ordnungspolitische Gedanke eines sozialen Lastenausgleichs zugrunde. Ein Teil der Kosten der Hochschulausbildung wird von denen getragen, die später von dieser Ausbildung auch einen Nutzen haben.“

Tatsächlich wäre die Folge dieser neuen Sorte „Studienförderung“ für die darauf angewiesenen Studenten brutal. Sie müßten für ihren Versuch, dem elenden Dasein eines gewöhnlichen Lohnarbeiters zu entgehen, künftig mit bis zu 40000 DM Schulden am Ende des Studiums bezahlen. Selbst bei einer monatlichen Rückzahlung von 166 DM müßten sie 20 Jahre lang ihre Schulden abzahlen.

Diese Verpflichtung zur Rückzahlung soll bereits bei einem monatlichen Einkommen von 990 DM brutto beginnen, für Verheiratete bei 1430 DM brutto, für Verheiratete mit einem Kind bei 1780 DM brutto. Bei der „Bankenfinanzierung“ käme nicht nur eine Senkung dieses Mindesteinkommens auf die Pfändungsgrenze hinzu, sondern vor allem, daß die nun durch private Kapitalisten, die ihnen gegenüber als kreditgebende „Mäzene“ auftreten, „geförderten“ Studenten heillos auf diese verschiedenen Kapitalisten aufgesplittet wären und jede politische Gegenwehr gegen Krediterpressungen fast unmöglich wäre. Das ganze wäre eine Unterwerfung der so geförderten Studenten unter einen Rechtsstatus, der dem von Prostituierten gleichkommt.

Der „monetaristische“ US-Nationalökonom und Reagan-Berater Milton Friedman schrieb deshalb schon in den 60er Jahren über diese Sorte „Studienfinanzierung“: „Es scheinen keine gesetzlichen Hindernisse für den Abschluß privater Verträge dieser Art zu bestehen, obschon sie wirtschaftlich gesehen dem Erwerb eines Anteils an der Erwerbskraft eines Individuums entsprechen.“ Jedoch: „In einem Staat, in dem die Sklaverei abgeschafft ist, kann der Mensch, auf den sich die Investition bezieht, weder gekauft noch verkauft werden. Selbst wenn dies möglich wäre, bestünde keine vergleichbare Sicherheit. Die Produktivität der Sachanlagen hängt im allgemeinen nicht vom Willen zur Zusammenarbeit des Ausleihenden ab. Die Pro-

duktivität des menschlichen Kapitals tut dies jedoch ganz offensichtlich.“ Auf deutsch: Der so in Schuldabhängigkeit von privaten Kapitalisten gebrachte Student aus den lohnabhängigen Klassen könnte auf die Idee kommen auszuwandern oder gar früh sterben! Und wer zahlt dann der Deutschen Bank ihren guten Kredit zurück?

Daß diese neue Sorte Studienförderung die so geförderten Studenten in den Rechtsstatus von hochverschulde-



Dr. Wilms, Bildungsministerin. Vorher sechs Jahre beim „Institut der deutschen Wirtschaft“ des BDI.

ten Klienteln einzelner Kapitalisten hinabstürzen würde, ist der Bundesbildungministerin Dr. Wilms, die jahrelang beim „Institut der deutschen Wirtschaft“ des BDI solche „Modelle“ studieren konnte, völlig klar. Die Kapitalisten wollen die Studenten dadurch in die kleinlichsten und gehässigsten Konkurrenzkämpfe untereinander zwingen und zur widerstandslosen Übernahme und Verfolgung ihrer Interessen, wie sie an den Hochschulen von den Professoren gelehrt werden. Nichts anderes meinte auch Bundespräsident Carstens, als er am 11. Mai dieses Jahres kritisierte, daß die Hochschulen ihren erzieherischen Aufgaben nicht genügend nachkämen: „Ist es gut, daß der Mensch sich mehr und mehr aus seinen herkömmlichen Bindungen in der Familie, in der Gemeinschaft des Berufes oder der Gemeinde löst? Und was sollte er mit der auch auf diese Weise gewonnenen zusätzlichen Freiheit tun? ... Wie stehen wir zu der Frage, daß der Mensch sich zunehmend aus religiösen Bindungen löst? ... Diese große Aufgabe, man kann sie eine Erziehungsaufgabe nennen, erfüllt die Universität unserer Tage in ungenügender Weise.“ Der Druck von 40000 DM Schulden wird das schon korrigieren helfen und jeglichen Versuch der Emanzipation von und der Kritik an der bürgerlichen Wissenschaft verhindern!

Diese Sorte Wissenschaftsbetrieb, wo die Studenten aus den besitzlosen Klassen zu stumpfsinnigstem Pauken der bürgerlichen Ideologie gezwungen werden, während die Sprößlinge ihrer Kreditgeber, der Kapitalisten, gleich neben ihnen im Seminar sitzen und den Ton angeben, würde auch den rechten Boden abgeben für die „Eliteförderung“ der Kapitalisten. Stiftungen wie die Hanns-Martin-Schleyer-Stiftung, die Konrad-Adenauer-Stiftung oder einzelne Kapitalisten wie Siemens und Daimler-Benz könnten sich unter den so gedrückten Studenten zusätzlich zu ihren eigenen Sprößlingen die „Begabtesten“ für ihre Zwecke aussuchen und weiter zurechtmachen, um sie nach vollzogener „Ausbildung“ gemeinsam mit ihren privaten Sprößlingen als „Elite der Nation“ vorzustellen und auf die Lohnabhängigen loszulassen.

Schließlich würde eine solche Stellung der Studenten noch weitere für die Kapitalisten sehr erwünschte Folgen haben. Einmal unter der Last von 40000 DM Schulden, wäre dieses hochschulmäßig gebildete Personal der Kapitalisten garantiert streikunfähig, dafür aber um so empfänglicher für jedes Angebot der Kapitalisten, sie durch Sonderprämien weiter an sich zu binden. Gewerkschaftliche, grün-alternative oder gar revolutionäre Bestrebungen unter ihrem hochschulgebildeten Personal hätten für die Kapitalisten so weitgehend ein Ende.

Die Vereinigten Deutschen Studentenschaften, der Dachverband der Studenten, haben an den Plänen der Bundesregierung insbesondere kritisiert, daß sie „alle Bildungsreformen der 70er Jahre zu vernichten“ trachten und sich insbesondere gegen Arbeiterkinder richten. Das letztere ist sicher richtig. Aber was soll an den „Bildungsreformen der 70er Jahre“ eigentlich so verteidigenswert sein? Schließlich dienten auch die Gesetze der früheren SPD-FDP-Regierung keineswegs den Bildungsinteressen der arbeitenden Klassen, und die Rechtsstellung der Studenten haben sie auch nicht verbessert, sondern im Gegenteil so verschlechtert, daß die Reaktion jetzt überhaupt wagen kann, diesen Angriff zu führen. Auch mit dem Ausbau der Hochschulen entsprach die alte Regierung einzig den Interessen der Kapitalisten. Diese benötigten seit den 60er Jahren eine bedeutende Ausweitung ihres hochschulgebildeten Personals, sei es für die Entfaltung ihrer Waren- und Kapitalexportoffensive, für die Beschleunigung der Rationalisierungen in den Fabriken, sei es für den rapiden Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparates. Oder, wie der „Bildungsreformer“ Picht damals chauvinistisch formulierte: „Die Zahl der Abiturienten bezeichnet das geistige

Potential eines Volkes und bestimmt damit in der modernen Welt die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft, die Höhe des Sozialprodukts und die politische Stellung“ – der BRD-Imperialisten.

Dieses Personal aber mußten die Kapitalisten zu bedeutenden Teilen aus nicht hochschulgebildeten Kreisen der besser bezahlten Angestellten und Beamten rekrutieren. Diese Ausweitung der Hochschulausbildung auf weitere Teile der Angestellten und Beamten ist inzwischen abgeschlossen. Außer falschen und am Ende betrogenen Hoffnungen hat sie für die Arbeiterklasse nie eine Besserung ihrer Lage bedeutet und sollte das auch gar nicht. Im Gegenteil: wenn die Kapitalisten jetzt daran gehen, den Angestellten und Beamten, die ihre Kinder jetzt auf die Hochschule schicken und auch schicken müssen, die Hochschulausbildungskosten vollends aufzuhalsen, wird den wenigen Arbeiterkindern, die bisher auf die Hochschule gelangten, dies künftig vollends unmöglich sein, wenn sie sich nicht von vornherein an einen Kapitalisten verkaufen wollen. Die beabsichtigte Wiedereinführung von Studiengebühren wird diese Wirkung verschärfen. Die Kapitalisten dagegen können solche Kosten getrost weiterhin von der Steuer absetzen.

Trotz dieser Schwächen in der Kritik der VDS an den Regierungsplänen ist die Demonstration, zu der die Studenten und die Schüler am 4.12. aufgerufen haben, eine bedeutende Aktion. Völlig zu Recht findet sie auch in den Gewerkschaften große Unterstützung. Diese Unterstützung durch die Gewerkschaften und die Entschlossenheit der Schüler und Studenten, mit der sie den Kampf gegen diese Pläne der Reaktion aufgenommen haben, ist auch der Grund, warum ein Gericht das Verbot der Demonstration durch das Bonner Polizeipräsidium wieder aufgehoben hat. Die DGB-Jugend, mehrere Landesbezirke des DGB, die IGM-Vorstanderversammlung von Bonn und viele andere Gewerkschaftskörper haben in Erklärungen die Demonstration unterstützt. Der DGB selbst hat auf seinem Bundeskongress im Mai erneut „eine kostendeckende Ausbildungsförderung, die den gestiegenen Lebenshaltungskosten Rechnung trägt“, gefordert und jegliche Umwandlung des BAföG in Darlehen oder gar Streichung abgelehnt. So wie die Kapitalisten in den Betrieben für die Ausbildung der Arbeitskraft zahlen, so müssen sie auch an den Hochschulen gezwungen werden, den Studenten eine tariflich gesicherte Zahlung ihrer Arbeitskraft zuzugestehen.

Quellenhinweis: BWK-Nachrichtendienst Studenten Nr. 36/82; BT-Protokoll vom 14.10. und 11.11.; VDS-Materialien zum BAföG-Änderungsgesetz; M. Friedman, Kapitalismus und Freiheit, Stuttgart 1971; BT-Drucksache 9, 2074 (Haushaltsgesetz 1983)

Kapitalisten: Arbeitsschutzrechte beseitigen

Am 24.11. 1982 führte Norbert Blüm, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, eine Anhörung zum Bundesratsgesetzentwurf „zur Beseitigung ausbildungs- und beschäftigungshemmender Vorschriften“ durch. Die am 2.8. 1980 von der CDU-Regierung Rheinland-Pfalz in den Bundesrat eingebrachte Gesetzesinitiative „zur Änderung des Jugendarbeitsschutzgesetzes“ (s. Pol. Ber. 15/82) war unverändert an den Bundestag weitergegeben worden. Die wichtigsten Änderungsvorhaben sind: 1. Durchlöcherung des Nachtarbeitsverbots für Jugendliche, 2. Ausdehnung des Normalarbeitstages von Jugendlichen von 8 auf 8½ Stunden, 3. Herabsetzung des Alters, mit dem Jugendliche in allen Phasen der Produktion voll eingesetzt werden können. Der „Entwurf eines Arbeitsschutzgesetzes“,

der am 21.7. 1982 noch von der SPD-Regierung eingebrochen war (s. Pol. Ber. 20/82), ist dem Bundesrat noch nicht weitgehend genug. Alle Schutzzvorschriften, die „arbeitsmedizinisch nicht begründet werden können“, sollen fallen. Dazu gehören nach Meinung der Kapitalistenverbände unter anderem auch die Beschäftigungsverbote für Frauen in Bergwerken, Kokerien, Stahlwerken und auf Baustellen. Die Bundesregierung unterstützt die Zielsetzung, „die Ausbildung der Jugendlichen durch Anpassung von Arbeitszeitvorschriften des Jugendarbeitsschutzgesetzes an die heutigen Erfordernisse zu verbessern.“ Blüm weist dabei darauf hin, daß die vom Bundesrat vorgeschlagenen Aufhebungen des Arbeitsschutzes nur ein Anfang sein könnten. Er sieht deshalb die

Gefahr, daß bei Änderung *einzelner Vorschriften* durch formelles Gesetz „ein für die Anpassung an sich verändernde Verhältnisse oder an neue Erkenntnisse schwerfälliger Weg gegangen wird.“ Tatsächlich hatten dann während der Anhörung die Kapitalistenvertreter mehr als 20 zusätzliche Vorschläge, welche Arbeitsschutzrechte zu beseitigen seien. So sollte beispielsweise das Nacharbeitsverbot für Jugendliche in Zukunft nicht mehr gelten bei Fleischern, Bäckern, Konditoren, Bauhaupt- und Baunebengewerbe, Glasern, Schornsteinfegern, Hotel- und Gaststättengewerbe, Brauereien usw. Solche „notwendigen Änderungen“ will Blüm „durch gesetzlich zulassende Vereinbarungen der Tarifvertragsparteien erreichen“ und ansonsten von der „Verordnungsermächtigung nach §21 des Jugendarbeitsschutzgesetzes Gebrauch machen“.

Türkei-Hilfe wird freigegeben

Möglicherweise ist bei Auslieferung dieser Zeitschrift die Veröffentlichung bereits erfolgt, wenn nicht, wird sie nicht lange auf sich warten lassen: Die Bundesregierung hat beschlossen, die für dieses Jahr eingeplante „Türkei-Hilfe“ in Höhe von 400 Mio. DM – zusätzlich zu der bereits gezahlten Militärhilfe in Höhe von 180 Mio. DM – in den nächsten Wochen freizugeben. Eigentlich sollte der förmliche Kabinettsbeschuß dafür bereits am 23.11. gefällt werden, wurde dann aber wegen anderer Fragen von der Tagesordnung abgesetzt. Schon am 16. November hatte Kohl im Abschlußkommunikat seiner USA-Reise verlauten lassen: „Der Bundeskanzler und der Präsident waren sich auch darüber völlig einig, daß die Bündnisfordernisse an der Südflanke besondere Aufmerksamkeit erfordern. In diesem Zusammenhang betonten sie ihre Entschlossenheit, die türkische Regierung bei ihren Bemühungen zu unterstützen, die Türkei zur Demokratie zurückzuführen“ – eine feine Umschreibung dafür, daß der Terror der Militärjunta gegen die Arbeiter und Bauern des Landes auch in Zukunft volle Unterstützung durch die BRD-Imperialisten genießen

wird. Zur gleichen Zeit weilte Genscher in der Türkei auf Inspektionsreise. Er kündigte der Junta an, daß die BRD ihre Präsidentschaft in den EG-Organen im nächsten Jahr dazu nutzen werde, die Türkei noch enger an die EG zu binden. Kurz zuvor hatten die BRD-Imperialisten bereits die Freigabe gesperrter EG-Gelder für die Junta durchgesetzt. Anfang 1983 wird der Außenminister der Junta, Türkmen, auf Einladung Genschers in die BRD kommen. In der Türkei selbst berät die von der Militärjunta eingerichtete „Beratende Versammlung“ jetzt die Gesetze über die Einrichtung von Staatssicherheitsgerichten und über den Ausnahmezustand – laut Kohl und Genscher wohl der nächste Schritt zur „Demokratisierung“ des Militärregimes.

Papst fördert katholische Reaktionäre

Der reaktionäre katholische Kampfbund „Opus Dei“ (Werk Gottes), 1927 gegründet, als die Faschisten in Europa erstarkten, und heute mit 75 000 Mitgliedern – Priestern und Laien – in 87 Ländern tätig, ist jetzt durch Dekret des Papstes in eine Personal-Prälatur umgewandelt worden. Das bedeutet, daß die dem Orden angehörenden Priester (2%

der Mitglieder) nicht mehr den örtlichen Bischöfen unterstehen, sondern direkt dem Prälaten als Leiter des Opus Dei gehorsamspflichtig sind, der unabhängig von politischen und kirchlichen Grenzen die Aufgaben der Mitglieder des Ordens festlegt. Damit kann dieser Kampfbund ungehindert durch lokale Kirchenobere, die z.B. in Lateinamerika teilweise die Interessen der besitzlosen Massen aufgreifen müssen, seine reaktionären gesellschaftspolitischen Ziele verfolgen, die der jetzige Opus Dei-Chef Alvaro del Portillo so umschreibt: „Christi Interessen in der Gesellschaft zu fördern, zu schützen und zu verteidigen“. Wie das aussieht, zeigt die jüngste spanische Geschichte: Ordensmitglieder hatten Schlüsselpositionen in der Franco-Diktatur inne und kontrollierten Großbanken und den Autobahnbau. Dieser klerikal-faschistische Flügel um Francos rechte Hand Carrero Blanco betrieb die Öffnung Spaniens für ausländisches Kapital und den NATO- und EG-Beitritt und war führend beteiligt an der Sicherung der Bourgeoisherrschaft nach dem Sturz der Franko-Diktatur. Dem früheren Franco-Minister und jetzigen Parteichef der faschistischen Volkspartizipanz Frage Iribane werden enge Kontakte zum Opus Dei nachgesagt.

Freundschaftsbande

Was einigen konservativen Kräften noch im Februar als nützlicher Hebel für den angestrebten Regierungswechsel erschien, die Ermittlungsverfahren gegen die Minister Lambsdorff und Matthöfer wegen „Verdachts der Vorteilsannahme“, gerät eben diesen Kräften zusehends zum Ärgernis. Weitsichtige Leute wie Strauß hatten schon frühzeitig erkannt, daß es nicht klug sein kann, einen für die parlamentarische Demokratie so normalen Vorgang wie Besteckung und Steuervergünstigung ans Licht der Öffentlichkeit zu ziehen, bloß um einen kurzfristigen Vorteil daraus zu erzielen. Selbstverständlich hat der Flick-Konzern an „Spitzenpolitiker aller im Bundestag vertretenen Parteien“ Gelder in Millionenhöhe gezahlt. Selbstverständlich hat die Firma Flick durch das „Wohlwollen“ eben dieser Politiker Steuer in Höhe von 450 Mio. DM gespart. Doch was soll daran strafbar sein? Machen sich nicht vielmehr diejenigen strafbar, die solch unbescholtene Politiker wie Strauß, Kohl, Lambsdorff, Lahmeyer usw. mit Indiskretionen, Verdächtigungen und Vorverurteilungen überziehen, die damit einen Ehrenmann wie Lambsdorff vielleicht zum Rücktritt treiben, ja, unter Umständen sogar die von allen gewünschten Neuwahlen unmöglich machen? „Wer ermittelte eigentlich gegen die Ermittler?“, fragt die Bildzeitung. Das Handelsblatt stellt nüchtern fest, was an Tatbeständen nachgewiesen werden muß, damit überhaupt eine Verurteilung erfolgen kann: „Zur Verurteilung würde die ... gewagte Feststellung gehören ... daß Lambsdorff den von rd. drei Dutzend weiteren Amtsträgern bearbeiteten offiziellen Flick-Antrag nach § 6b oder § 4 des Außensteuer-Investitionsgesetzes unterdrückt oder abschlägig beschieden hätte, wenn es die Spenden nicht gegeben hätte.“ Davon kann natürlich keine Rede sein. Mit verblüffender Selbstverständlichkeit weisen in den staatsanwaltschaftlichen Vernehmungsprotokollen alle beteiligten Politiker von Strauß über Lambsdorff bis Lahmeyer darauf hin, daß sie eng mit dem Hause Flick befreundet seien und gegenseitige Unterstützung völlig natürlich sei. Die Bildzeitung vermutet mit sicherem Instinkt: Wenn das strafbar ist, ist „der Rechtsstaat in Gefahr“.

Sachverständigenrat

Reallohnsenkungen und Differenzierung in den nächsten Jahren

Der Sachverständigenrat der Bundesregierung legte im Oktober, noch im Auftrag der Regierung Schmidt/Genscher, ein Sondergutachten über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung vor. Zu der mittlerweile neu gebildeten Regierung aus CDU/CSU und F.D.P. verhielt sich der Sachverständigenrat abwartend: Er meldete Bedenken an, ob die neue Regierung einen Ausweg aus der Krise finden würde. Ende November veröffentlichte der Rat sein übliches Jahresgutachten, das alljährlich auf die Öffentliche Meinung, vor allem auf die Vorbereitung der Tarifverhandlungen, Einfluß ausübt.

„Die Realeinkommen“ für 1983 werden nach der Prognose des Sachverständigenrates „abermals schrumpfen“, ist dem Jahresgutachten zu entnehmen. Diese nebenbei gemachte Bemerkung des Rates bedeutet neue Behandlung der Reallohnverluste in der öffentlichen Meinung. Sie wurden bisher weitestgehend verschwiegen. Die Lohnabschlüsse der letzten Jahre werden mittlerweile verschiedentlich gelobt, die Kapitalisten hätten gut verhandelt und die Gewerkschaften, vor allem die IG Metall, seien mit gelegentlichen Ausnahmen vernünftig. Der

Sachverständigenrat arbeitet an dieser Leimrute weiter und empfiehlt, Konflikte zu vermeiden: „Vieles spricht dafür, daß eine Lohnpause, sofern sie nicht einem breiten Konsens entspräche, die Verteilungskonflikte im darauffolgenden Jahr wieder verschärfen könnte. Vor diesem Hintergrund ist erklärlich, daß auch von den Unternehmen Vorschläge für eine Lohnpause sehr zurückhaltend beurteilt werden.“

Dem Sachverständigenrat ist eine Lohnpause *zu wenig*: „Stetigkeit und Verlässlichkeit müssen daher auch von der Lohnpolitik gefordert werden. Dies ist aber nur erreichbar, wenn hierüber zwischen den Tarifparteien ein Konsens erzielt wird. Gelänge es, Einvernehmen darüber zu erzielen, daß bei anhaltend hoher Arbeitslosigkeit dem Ziel der Reallohnsicherung für mehrere Jahre Vorrang gebührt, wäre dies ein wichtiger Beitrag zur Stabilisierung der Erwartungen.“ Diese *Notgemeinschaft* auf Konsensgrundlage soll nach den Vorstellungen des Sachverständigenrates noch erweitert werden: Vereinbarungen zwischen Kapitalisten und Gewerkschaften sollen getroffen werden, wonach die Reallohnentwicklung hinter einer Produktivitätssteigerung zurückbleiben soll, solange die Arbeitslosigkeit hoch ist. Da nach Meinung des Sachverständigenrates eine „unerwartet hohe Gewinnsteigerung“ nicht ausgeschlossen werden kann, erneuerte er seinen Vorschlag nach „Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer“.

Der Sachverständigenrat empfiehlt den Kapitalisten, anders als „in den letzten Jahren“ mehr auf die Lohnstruktur zu achten. Er tritt für eine weitestgehende „Differenzierung“ ein. Die unteren Lohnzonen sollen weniger bekommen, warum soll die private Wirtschaft mehr Lohn zahlen als der öffentliche Dienst usw. Der Sachverständigenrat versteht auch unter „Differenzierung“, daß die Laufzeit und die Tarifabschlüsse der verschiedenen Bereiche und Tarifbezirke z.B. der IG Metall nicht gleich sein müssen und fordert eine weitgehende Aufsplitterung.

Die Kapitalisten kündigen in den letzten Tagen heftige Tarifauseinandersetzungen an und hetzen gegen jene IG Metall-Bezirke, wie z.B. Baden-Württemberg, die eine Lohnforderung aufgestellt haben, die ausdrücklich die Interessen der unteren Lohnzonen berücksichtigt. Auch wenn die IG Metall eine Kampagne gegen die Kapitalisten führt unter dem Motto „Lohnverzicht

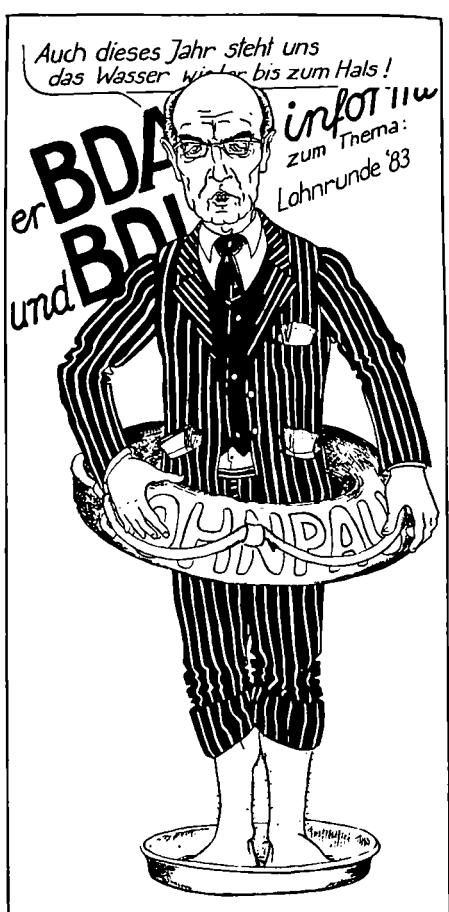
sichert keine Arbeitsplätze“, hat Eugen Loderer sich zur Bildung einer Notgemeinschaft *nicht* distanzierend geäußert. Auf der Bundeshandwerkskonferenz erklärte er, die IG Metall werde in angemessener Weise zur Linderung des Beschäftigungsproblems beitragen. „Die Welt“ druckte in ihrer Ausgabe vom 26.11. ein Interview mit Loderer ab, in dem er sich gegen „erhöhte Ansprüche“ in den Reihen der IG Metall wendet auf die Frage, was er denn von der Tarifrunde erwarte. Gleichzeitig tritt er für eine „handlungsfähige Regierung“ ein. Die Grünen könne er nicht akzeptieren, Loderer: „Ich will nicht dem Streben nach einer großen Koalition das Wort reden. Aber bevor die Bundesrepublik unregierbar wird, steht auch diese Frage noch einmal zur Entscheidung an.“ Vielleicht wird Loderer nach dieser Aussage schon bald von den Kapitalisten zu sachlichen Beiträgen für solche Regierbarkeit der BRD ermahnt.

Quellenhinweis: Jahresgutachten 1982/83 des Sachverständigenrates; div. Ausgaben Handelsblatt; Die Welt v. 26.11.82

Versicherungsgewerbe Rationalisierungsdruck auf Gehälter

Der Arbeitgeberverband für das private Versicherungsgewerbe (AGV) hat erstmals seit seinem Bestehen ein „Positionspapier“ verfaßt: „Rationalisierung in der Versicherungswirtschaft“. In den Auseinandersetzungen um ein neues Rationalisierungsschutzabkommen und den kommenden um den Gehaltstarif nimmt der AGV ganz klar die unteren Gehaltsgruppen ins Visier und zwar nicht nur als Hauptangriffspunkt für Rationalisierung, sondern darüberhinaus, um eine Wende in der Tarifentwicklung zu erzwingen. „Von der Personalentwicklung war in erster Linie der Bereich der weniger qualifizierten Mitarbeiter betroffen, nicht zuletzt deshalb, weil dieser Arbeitnehmerkreis ... durch die überdurchschnittliche Anhebung der unteren Tarifgruppen für die Unternehmer besonders ‚teuer‘ geworden war.“ (Positionspapier)

In Wirklichkeit sind Schreibdienst, Registratur, Botendienst, Bestandsverwaltung durch Einsatz von Datenbanken mit Bildschirmterminals, programmierte Textverarbeitung, computergestützte Aktenbearbeitung um mindestens ein Drittel der Arbeitskräfte entleert worden, obwohl die dort Beschäftigten sowieso zu den drei untersten Tarifgruppen gehörten. Der Anteil des „leitenden“ Aufsichtspersonals dagegen haben die Versicherungskapitali-



sten von 1960 10,1% der Beschäftigten auf 1980 15,4%, also um 52,5% erhöht. Aus gutem Grund: „Man kann davon ausgehen, daß sich der Umfang der zu erledigenden Arbeiten seit 1960 verdoppelt bis verdreifacht hat.“ (ebenda) Mindestens. Denn allein im vergangenen Jahr betrug die Produktivitätssteigerung 9,8%. Die Durchschnittsbeitragssumme, die ein Beschäftigter zu verwalten hat, stieg von 1960 um 502% auf 1981 568 579 DM. Das ist dem AGV aber viel zu wenig. Die Personalkosten sollen drastisch gesenkt werden, denn: „Der internationale Wettbewerb auf dem Gebiet der Versicherung wird sich verstärken.“

Dabei geht es um imperialistische Expansion. Ihre jährlichen Auslandsinvestitionen hat die westdeutsche Versicherungswirtschaft von 1972 9,4 Millionen DM auf 1981 233,7 Millionen steigern können, das sind 1666,2%. 1979 waren es gar 959,6 Mio. DM. Bis 1990 planen die Versicherungskapitalisten, die Belegschaften um weitere 27000 Beschäftigte (13,7%) zu verringern. So ist es ihnen bisher bereits gelungen, ihre Arbeitskosten im internationalen Maßstab vergleichsweise zu senken (vergl. Tabellen). „Jede Erhöhung der Personalkosten schmälert den Ertrag des Unternehmens ...“ (Positionspapier)

Anteil der Tarifangestellten nach Tarifgruppen in Prozent

Tarifgruppe	1960	1970	1980
I.	1,4	1,0	1,4
II.	9,8	8,0	4,2
III.	38,8	26,5	18,4
IV.	26,5	33,8	32,0
V.	15,3	19,7	24,8
VI.	8,2	11,0	14,5
VII.	./.	./.	4,7

Endgehalt nach Tarifgruppen (DM)

Tarifgruppe	1960	1970	1980
I.	403	803	1822
II.	463	886	1945
III.	517	982	2168
IV.	613	1154	2468
V.	698	1312	2745
VI.	819	1541	3203
VII.	./.	./.	3585

Da sind die Kapitalisten auch bereit, riesige Rationalisierungsinvestitionen zu unternehmen. Von 153 Milliarden DM 1960 auf 1001 Milliarden DM 1979 erhöhten sie das Bruttoanlagevermögen im Dienstleistungsbereich. 1982 haben sie für Rationalisierung rund 53% aller Investitionen aufgewandt.

Quellenhinweis: Geschäftsbericht des Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungswesen 1977–1980; Jahrbücher des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft 1980–1982; Versicherungswirtschaft Nr. 12/82 u. 11/82; Statistisches Jahrbuch der BRD

Stahlindustrie

Bundesregierung unterstützt Kapitalisten bei Angriff auf Tarifverträge

Der Vorgang ist nach Angaben der IG Metall erstmalig: Die Bundesregierung forderte die Gewerkschaft auf, bis zum 1. Dezember einen bestehenden Tarifvertrag außer Kraft zu setzen. Erst wenn die IG Metall mit der Arbed Saarstahl einen Haustarif abschließt, mit dem die Beschäftigten die Hälfte des 13. Monatseinkommens dem Unternehmen als zinslosen Kredit überlassen, erst dann sei die Bundesregierung bereit, eine Überbrückungskredit von 75 Mio. DM zur Abwendung des Konkurses zuzusagen. Allein die Kürzung des Weihnachtsgeldes bedeutete eine Lohnkürzung von 4% auf den Jahreslohn berechnet.

Bis zum Ablauf des Ultimatums der Bundesregierung hatte die IG Metall das Ansinnen abgelehnt, sie hat allerdings bereits Entlassungen und dem Verzicht auf Härteausgleich bei Kurzarbeit für einen Großteil der Beleg-

stenverbandes Eisen und Stahl fordern sie Notopfer: „Der Arbeitgeberverband hält es für erforderlich, den schwer bedrängten Stahlunternehmen Flankenschutz von der Arbeitskostenseite her zu geben.“ Und aus dem Bundestag echot Graf Lambsdorff: „Hier müssen alle Beteiligten zusammenwirken. Hier müssen die Finanzierungsgrundlagen erhalten werden ... Es werden sich auch die Belegschaften beteiligen müssen.“

Schon verweist die Kapitalistenmeute triumphierend auf Luxemburg, wo der Arbed-Konzern den Beschäftigten Lohnkürzungen von durchschnittlich 6% für 1983 und 1984 diktieren konnte. Könnten die Kapitalisten die IG Metall zu entsprechenden Zugeständnissen zwingen, wären die Folgen für die Lohnbewegung in der BRD ebenso spürbar wie die Wirkungen auf den Lohnstandard der Stahlarbeiter in an-



Stahlarbeiterstreik 1978. Die IG Metall erhielt Unterstützung durch Kampfaktionen der Stahlarbeitergewerkschaften anderer Länder.

schaft zugestimmt. Die Entscheidung der Bundesregierung war bei Redaktionsschluß noch nicht bekannt.

Im vergangenen Jahr haben die Stahlkapitalisten die IG Metall mit der Behauptung einer miserablen Lage in der Stahlindustrie zu einem Abschluß gebracht, der mit einer auf 14 Monate verlängerten Laufzeit unter dem der übrigen Metallindustrie lag. Bereits jetzt haben die Stahlkapitalisten angekündigt, das Ziel der nächsten Tarifverhandlungen sei, den Ecklohn für Stahlarbeiter unter den für die Metallindustrie zu drücken. Im gerade erschienenen Jahresbericht des Kapitali-

eren Ländern. Der belgische Stahlkonzern Cockerill-Sambre zum Beispiel verlangt in den nächsten drei Jahren Lohnkürzungen von je 2%. In den letzten Jahren konnten die belgischen Stahlkapitalisten allerdings ihre angekündigten Lohnkürzungen, die speziell für Stahlarbeiter gelten sollten, nicht durchsetzen. Die Position der US-Stahlarbeiter wäre bei einem Erfolg der BRD-Stahlkonzerne ebenfalls geschwächt.

Die westdeutschen Stahlkapitalisten, die mit rund 41 Mio. Tonnen etwa ein Drittel der gesamten Rohstahlerzeugung der EG herstellen, wollen diese Vormachtstellung behaupten und aus-

bauen, dafür sollen die Stahlarbeiter bluten. Die Umwälzung der Produktionsanlagen hin zu leichteren Maschinen, die Entwicklung neuer Werkstoffe haben ebenso wie die Wirtschaftskrise den Stahlverbrauch rapide schrumpfen lassen. Nach Schätzungen der EG-Kommission müßten ungefähr ein Drittel der bestehenden Stahlkapazitäten stillgelegt werden. Die westdeutschen Stahlkonzerne denken aber nicht im Traum daran, ihre Kapazitäten stillzulegen. Im EG-Ministerrat haben sie mit den übrigen Stahlmonopolen aus den EG-Staaten sich zunächst darauf verständigt, daß die Nicht-EG-Staaten ihre Einfuhren im nächsten Jahr um 12,5% zu senken hätten. Die Maßnahme richtet sich zum Beispiel gegen Spanien, dessen Stahlindustrie die EG-Monopole noch vor dem EG-Beitritt Spaniens entscheidend schwächen wollen. Ebenso richtet sie sich gegen Brasilien und Argentinien, die beginnen, eine eigenständige Stahlindustrie aufzubauen.

Innerhalb der EG, haben die BRD-Konzerne durch die Bundesregierung erklären lassen, müßten zunächst einmal die italienischen, belgischen und nicht die westdeutschen Stahlunternehmen ihre Anlagen verkleinern.

Gleichzeitig wird schamhaft verschwiegen, daß die westdeutschen Stahlunternehmen in den letzten Jahren ihren Kapitalexport kräftig gesteigert haben.

Auslandsinvestitionen der eisen- und stahlerzeugenden Industrie der BRD

	1976	1977	1978	1979	1980
Beschäft. (in Tsd.)	55	55	68	69	63
Direktinv. (Mio. DM)	1539	1653	2293	2320	2520
in Frankr.	530	509	586	553	459
in USA	39	40	532	582	778
in Brasilien	389	477	481	510	432

Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Aug. 1982

So besitzt z.B. die Thyssen AG 21,4% der Bong Mining Comp. in Liberia (3150 Beschäftigte), die ebenso wie die Ferteco Mineracao S.A. in Brasilien (Thyssen-Anteil: 57,7%, 1870 Beschäftigte) Eisenerze an die westdeutschen Thyssenwerke liefert. Stahlwerke besitzt die Thyssen AG in den Niederlanden und in Frankreich. In den USA gehört ihr zu 100% die Budd Company, in der 15600 Beschäftigte für Thyssen Preßteile herstellen. Die Werksschließungen oder Teilsstilllegungen in der BRD waren z.T. direkt begleitet von entsprechenden Werkseröffnungen im Ausland. So hat die Thyssen AG nach der Entlassung von 900 Beschäftigten beim Schalker Verein in Gelsenkirchen angekündigt, daß

sie in Ägypten ein Werk für Gußröhren bauen wird. Lohnverzicht oder die Aufgabe tariflich erkämpfter Positionen durch die Stahlarbeiter in der BRD würde mit der Erhöhung der Schlagkraft der Stahlmonopole solche Bestrebungen nur noch fördern.

Quellenhinweis: Bundestag Plenarprotokoll 9/125; Handelsblatt, 4.11. bis 23.11.; Metall 18 und 23/82; Geschäftsbericht Thyssen AG 1980

USA

Stahlgewerkschaft lehnt Lohnsenkungsvertrag ab

Am 19.11. haben die örtlichen Gewerkschaftsvorsitzenden der Vereinigten US-Stahlarbeitergewerkschaft einen Tarifvertragsentwurf, den die Stahlkapitalisten in Verhandlungen mit der Gewerkschaftskommission durchdrücken konnten, mit 231 gegen 141 Stimmen abgelehnt. Die Stahlkapitalisten hatten durchgesetzt, daß über den jetzigen Tarifvertrag, der erst am 1. August 1983 ausläuft und jährliche Tariflohnnerhöhungen von 3% sowie vierteljährliche Inflationsanpassungen vorsieht, neu verhandelt wurde. Die Kapitalisten richteten ihren Angriff darauf, den Lohnstandard der Stahlarbeiter, der ebenso wie z.B. bei den Automobilarbeitern zu den tariflich gesicherten höheren Industrielöhnen gehört – im September 1982 betrug der Stahlarbeiterlohn mit Überstunden und Prämien im Durchschnitt 13,75 Dollar die Stunde –, einschneidend zu kappen.

Wenn der neue Vertrag wie vorgesehen am 1. Dezember 1982 in Kraft getreten wäre, hätte das bedeutet: Sofortige Senkung des Tariflohns um 1,50 Dollar die Stunde, die Beseitigung der jetzigen Regelung für die Inflationsanpassung, die jetzt zum Tariflohn hinzugerechnet wird. Weitere 75 Cents von ihrem gesenktem Lohn sollten die Arbeiter in einen Fonds für arbeitslose Stahlarbeiter einzahlen. Mit der Ablehnung durch das Entscheidungsgremium der Gewerkschaft sind diese Lohnsenkungspläne der Kapitalisten vom Tisch.

Noch Anfang des Jahres hatten die Kapitalisten die Gewerkschaft dazu gebracht, sich in den Konkurrenzkampf der Kapitalisten verwickeln zu lassen und deren Klagen gegen EG-Stahlkonzerne wegen unlauteren Wettbewerbs zu unterstützen. Kaum waren diese Klagen vor den Gerichten durch, forderten die Kapitalisten Aufnahme der Verhandlungen über einen neuen Tarifvertrag. Nach Angaben der Kapitalisten ist die Kapazitätsauslastung derzeit auf knapp 50% gesunken. Insgesamt 140000 von den 400000 Mitte 1981 Beschäftigten sind arbeitslos.



Arbeit im Oxygen-Stahlwerk. Die Unfallrate in der US-Stahlindustrie ist mit 17,3 Unfällen auf 100 Beschäftigte hoch, in der übrigen Industrie durchschnittlich 15,3 Unfälle (1979).

Im September erklärte die Gewerkschaft die Bereitschaft zur Wiederaufnahme der im Juli abgebrochenen Verhandlungen. Nach der Vereinbarung mit den EG-Kapitalisten forderten die US-Konzerne von den Stahlarbeitern ein Zusammensehen mit „der heimischen Wirtschaft“: Die EG-Lösung – Zurücknahme des Anteils am US-Markt von 6,5 auf 5,4% – betreffe nur 30% der Stahlprobleme, „wenn alle Importe beseitigt sind, würden wir keinen arbeitslosen Stahlarbeiter haben.“ „Erst müssen wir das eigene Haus in Ordnung bringen“, dann könnten weitere Beschränkungen der Importe erreicht werden. Nötig sei: scharfe Lohnsenkung.

Die Ablehnung der Lohnsenkung durch die US-Stahlarbeiter ist eine Unterstützung für die anderen US-Arbeiter im Kampf gegen Lohnkürzungen und auch für den Lohnkampf der Stahlarbeiter in anderen Ländern.

Quellenhinweis: Wall Street Journal 22.11.82; Business Week 18.10.82

Zivildienstgesetz Die Dienstpflicht soll ausgeweitet werden

In erster Lesung behandelte der Bundestag am 26. November die Gesetzentwürfe der CDU/CSU/FDP- und der SPD-Fraktion zur Neuordnung der Kriegsdienstverweigerung und des Zivildienstes. Sowohl die Regierungsfaktionen als auch die SPD-Fraktion berufen sich in der Begründung ihrer Entwürfe auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 13.4.78. In dem Urteil empfahlen die Richter mehrheitlich die Ausgestaltung des Ersatzdienstes zur „Probe auf die Gewissensentscheidung“.

Alle Bundestagsparteien wollen den Zugriff auf die billige, kasernierte und disziplinarisch unterdrückte Arbeits-

kraft der Ersatzdienstleistenden sichergestellt wissen. Beide Gesetzentwürfe sehen die Beschleunigung des Anerkennungs- bzw. Ablehnungsverfahrens über Anträge auf Verweigerung des Kriegsdienstes vor, die Verlängerung der Dienstzeit ebenfalls. Die Regierungsfraktionen wollen die Ersatzdienstzeit um $\frac{1}{3}$ der Wehrdienstzeit verlängern, das wären zur Zeit 20 Monate, die SPD-Fraktion will auf 19 Monate verlängern. Die Regierungsfraktionen wollen darüberhinaus die Altersgrenze, bis zu der ein Kriegsdienstgegner gezogen werden kann, von 28 auf 32 Jahre verlängern, und sie streben an, daß mehr Zivildienstpflichtige künftig in ihren Dienststellen und nicht mehr im eigenen Haushalt untergebracht sind. Wenn auch die Ersatzdienstleistenden vorwiegend „in sozialen Bereichen“ ihren Dienst ableisten müssen, so sollen, um auch wirklich alle anerkannten Wehrdienstverweigerer erfassen zu können, die Ersatzdienstleistenden in „Zivil-“ und „Naturschutz“ eingesetzt werden. Die Einführung einer Disziplinarordnung ähnlich der der Armee ist vorgesehen. Jeder Jugendliche soll sicher sein, daß er

entweder zur Armee oder, wenn er verweigert, auf jeden Fall zum Ersatzdienst gezogen wird.

Zu diesem Zweck streben die Regierungsfraktionen die Ausweitung der Stellen der Zivildienstleistenden von derzeit 50000 auf 90000 an. Dafür, daß es nicht mehr Verweigerer geben wird, soll das neue Gesetz sorgen. Die lange Dienstzeit kann sich sowieso vor allem leisten, wer von seinen Eltern unterstützt wird. Zum anderen sieht das Anerkennungsverfahren von CDU/CSU/FDP vor, daß das Amt für Zivildienst nach Prüfung des Antrags, der schriftlich darzulegenden Gewissensgründe, des Lebenslaufs und des polizeilichen Führungszeugnisses einen Ablehnungsbescheid ohne weiteres Verfahren erlassen kann, gegen den der Jugendliche nur vor dem Bundesverfassungsgericht klagen kann.

Die Organisation der Zivildienstleistenden, die DFG/VK, DGB und IG Metall haben sich sowohl gegen die Verlängerung der Dienstzeit als auch gegen das Anerkennungsverfahren ausgesprochen.

Quellenhinweis: Bundestagsdrucksache 9/2064, 9/2124; Plenarprotokoll des Bundestages 9/131; UZ, taz, Presse-dienst der IG Metall und des DGB, versch. Ausgaben

denfalls erheblich weniger oft als die von den Arbeitsbedingungen her vergleichbaren Schweißer in der Metallindustrie mit 234,9 Fällen. Obwohl die Untersuchung im übrigen bestätigte, daß die Zahl der Krankmeldungen eindeutig zunimmt mit höheren Arbeitsbelastungen, scheint das für die Stahlindustrie nicht zu gelten. Die Untersuchung erklärt das so: „Zum einen sind während des einjährigen Untersuchungszeitraums einige Abteilungen oder ganze Betriebsteile vorhabenbeteiliger Firmen aufgelöst bzw. weggratualisiert worden. Ein Einfluß dieser arbeitsplatzbedrohenden Situation auf die AU-Häufigkeit gerade von älteren Arbeitnehmern, die kaum eine Wiederbeschäftigungschance haben, ist wahrscheinlich ... Da es hier keine Schonarbeitsplätze gibt, drückt sich in diesen Entwicklungen u.a. der Selektionsprozeß in den vorliegenden Arbeitsjahr-gängen aus. Hier handelt es sich also um den Effekt der Bildung von ‚Olympiamannschaften‘.“ Die Autoren weisen nach, daß die Folgen der verlangten Höchstleistungen sich in einer über dem Durchschnitt liegenden Dauer der Krankheiten zeigen, gesundheitliche Störungen werden „aufgestaut“.

Die Folgen der brutal gesteigerten Vernutzung der Arbeitskraft durch die Kapitalisten lassen sich am deutlichsten in den Rentenstatistiken nachlesen. Verglichen mit 1975 sind inzwischen mehr als doppelt soviele Arbeiter bereits zwischen 55 und 60 Jahren erwerbs- oder berufsunfähig. Dagegen gehen entsprechend weniger Arbeiter mit 65 Jahren in die Altersrente oder zwischen 60 und 65 Jahren in die vorgezogene Altersrente (siehe Schaubild S. 10). Die Arbeiterinnen gingen 1980

Rentenalter

Immer mehr früher in Rente, die Kapitalisten verschleissen die Arbeiter rasch

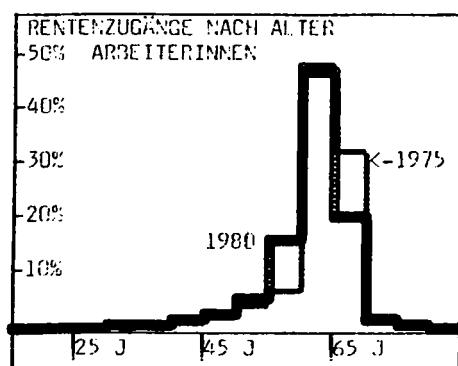
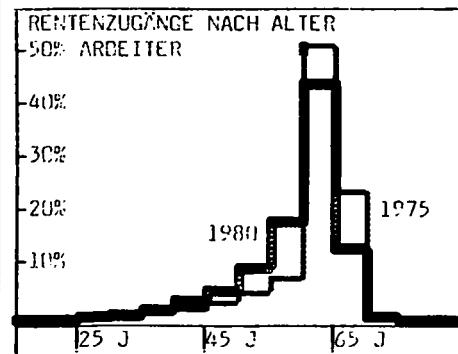
Die Kapitalisten jubeln: „Der Krankenstand in deutschen Unternehmen ist im Oktober 1982 erstmals seit 1967 wieder unter die Fünf-Prozent-Marke gefallen. Damit bestätigt sich erneut: Je schlechter die Wirtschaftslage, desto weniger Mitarbeiter melden sich krank ... Viele Arbeitnehmer verzichten in Krisenzeiten aus Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes darauf, sich schon in Bagatellfällen krankschreiben zu lassen.“ Und Blüm, nachdem er scheinheilig erklärte, daß er nicht an die Einführung von Karenztagen bei der Lohnfortzahlung denke, verspricht den Kapitalisten weitere Mittel gegen Krankschreibung in „Bagatellfällen“: „Im übrigen ist der Krankenstand ja im Moment so niedrig wie er noch nie war, wahrscheinlich aus Angst um den Arbeitsplatz, was für mich wahrhaftig kein Mittel ist, Mißbrauch zu bekämpfen ... Mir genügt es, daß der Vertrauensarzt neue Möglichkeiten erhalten soll, daß auch der Arbeitgeber im begründeten Fall seine Einschaltung verlangen kann.“ Und um dem Nachdruck zu verleihen, droht er den Ärzten, die „Gefälligkeitsatteste“ ausstellen, mit höheren Geldbußen.

Die gezielten Unverschämtheiten des CDU-Arbeits- und Sozialministers deuten den Kapitalisten an, daß die Regierung ihnen nichts in den Weg le-

gen wird, wenn sie die Arbeiter in den Fabriken schuften lassen bis zum Umfallen. Daß sie im Gegenteil alles tun wird, um die Kapitalisten von den Kosten zu befreien, die ihnen aus der brutalen Vernutzung der Arbeitskraft entstehen, wie die Lohnfortzahlung etwa.

Der gesunkene Krankenstand ist nicht zuletzt das Ergebnis der gezielten Entlassungen der Kapitalisten. Sie haben vor allem und zuerst die für Krankheiten anfälligeren und von der Ausbeutung verschlissenen Arbeiter entlassen, und diese fanden in der Mehrzahl keinen neuen Ausbeuter. Den Kapitalisten bot dies zugleich die Möglichkeit, die Intensität der Arbeit für die in den Fabriken verbliebenen Arbeiter zu steigern.

Ein Beispiel dafür, daß sich äußerste Vernutzung der Arbeitskraft durchaus nicht in einem überdurchschnittlichen Krankenstand niederschlägt, liefert die Stahlindustrie. So berichtet die „Soziale Sicherheit“, die sozialpolitische Zeitung der Gewerkschaften, in ihrem Oktoberheft von einer Untersuchung der Arbeitsunfähigkeitsdaten bei über 100 Betriebskrankenkassen. Dabei fiel auf, daß sich Arbeiter in den Hüttenwerken der stahlerzeugenden Industrie mit 78,9mal je 100 Versicherte etwa ähnlich oft krank melden wie Angestellte in Verwaltungsberufen und je-



ebenfalls deutlich früher in Rente als noch fünf Jahre vorher.

Eine Untersuchung der Rentenzugänge nach den verschiedenen Rentenarten und der Entwicklung des Verrentungsalters gibt nähere Aufschlüsse (s. Schaubilder S. 11). 1965 gingen noch rund 46% der Arbeiter mit 65 Jahren in Rente, 1981 weniger als 10% der insgesamt in diesem Jahr in Rente gegangenen Arbeiter. Das mittlere Verrentungsalter (d.h. 50% der erstmals Ren-

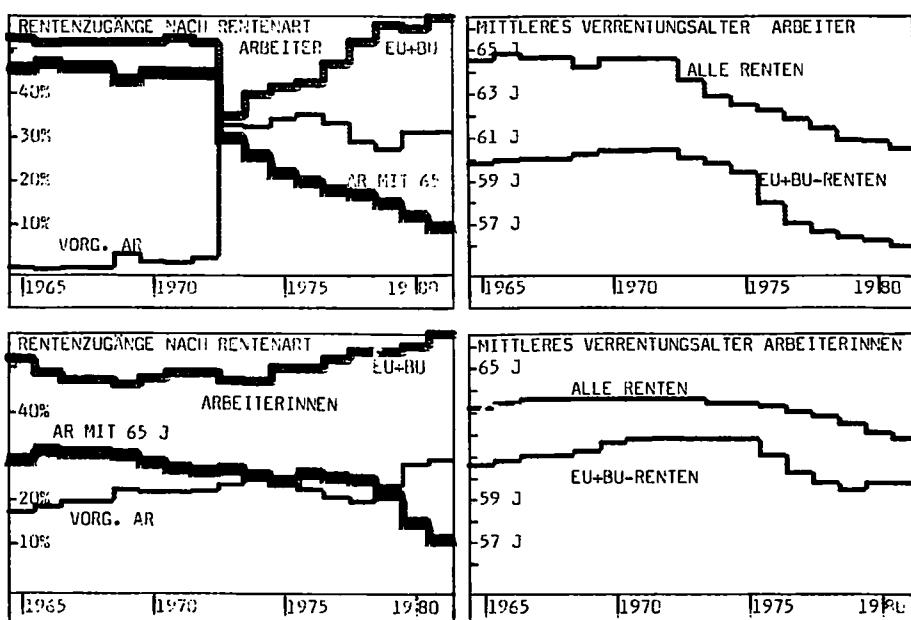
nem seit 1973 mit bei einem Drittel etwa gleichbleibenden Anteil der vorgezogenen Altersrenten bei rasch steigendem Anteil von Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsrenten nieder. Inzwischen ist die Hälfte der Arbeiter, die wegen gesundheitlichem Verschleiß in Rente gehen muß, jünger als 56 Jahre, während 1974 das mittlere Verrentungsalter für Erwerbs- und Berufsunfähigkeit bei 60 Jahren lag. Die Kapitalisten haben die Arbeitsintensität so gesteigert,

gen und 6,9% wegen Krebs vorzeitig verrentet. Im Vergleich zu 1975 haben sowohl bei Arbeitern als auch bei Arbeiterinnen die Fälle von Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit wegen Skelett- und Muskelerkrankungen sowie seelischen Störungen deutlich zugenommen, eine Folge der nervtötenden und immer einseitigeren Arbeitsvorgänge in großen Bereichen der Industrie.

Ein Vergleich der persönlichen Bemessungsgrundlagen für verschiedene Rentenarten von 1981 deutet darauf hin, daß vor allem die weniger verdienenden Arbeiter und Arbeiterinnen frühzeitig gesundheitlich verschlossen sind. Die persönliche Bemessungsgrundlage gibt das Verhältnis des im ganzen Arbeitslebens erzielten Einkommens zu den durchschnittlichen Einkommen an. Danach war die persönliche Bemessungsgrundlage für alle Rentner 101,5%, während bei Berufs- und Erwerbsunfähigkeit sie bei 98,7% lag. Bei Rentnerinnen insgesamt liegt sie bei 58,6%, bei Erwerbs- oder Berufsunfähigkeit bei 56,2%.

In der Regierungserklärung vom 13. Oktober hat Helmut Kohl angekündigt: „Wir wollen mehr Flexibilität im Arbeitsleben. Derjenige, der freiwillig früher aus dem Erwerbsleben ausscheiden will, sollte dazu die Möglichkeit erhalten, ohne daß dadurch die Rentenversicherung zusätzlich belastet wird.“ Die Regierung verspricht damit den Kapitalisten neue Möglichkeiten, um gesundheitlich angeschlagene oder verschlossene Arbeiter vorzeitig aus der Produktion entlassen zu können, damit eine Verjüngung des Arbeiterkörpers neue Rekorde der Arbeitsintensität erlaubt. Zugleich wird gedroht, daß künftig die Arbeiter den frühzeitigen Ruin ihrer Gesundheit durch die Kapitalisten mit Rentenkürzungen zu bezahlen haben.

Quellenhinweis: Soziale Sicherheit, Die sozialpolitische Monatszeitschrift der Gewerkschaften, 10/82; P. Knoedel, Aus den Statistiken der deutschen gesetzlichen Rentenversicherung, in: Deutsche Rentenversicherung 7/82; Institut der deutschen Wirtschaft, iwd, 18.11.1982; Bulletin der Bundesregierung, 19.11.1982



Erläuterung der Abkürzungen: EU + BU: Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsrenten; Vorg. Ar: Vorgezogene Altersrenten. Die Zahlen für 1981 sind vorläufig.

Quelle: Bundesminister f. Arbeit und Soziales, Die Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre ...

te beziehenden Arbeiter sind jünger, 50% älter als das mittlere Verrentungsalter) sinkt. 1965 bzw. 1966 war die Hälfte der Arbeiter, die in Rente gingen, jünger als 64,8 bzw. 65 Jahre. 1980 bzw. 1981 war das mittlere Verrentungsalter auf 61 bzw. 60,7 Jahre gesunken. Nach gängiger Behauptung sei das vor allem eine Folge der großen Rentenreform von 1972 mit der Einführung der flexiblen Altersgrenze. Seit 1973 können Arbeiter, die 35 Versicherungsjahre haben, bereits mit 63 Jahren in Rente gehen. Schwerbehinderte können ebenfalls unter der Voraussetzung von 35 Versicherungsjahren mit 62 bzw. seit 1980 mit 60 Jahren Altersrente beziehen. Vor 1973 konnte ein Arbeiter nur dann bereits mit 60 in Rente gehen, wenn er mindestens ein Jahr arbeitslos war.

Die Reform mit der flexiblen Altersgrenze hatte aber nun keineswegs den Zweck, nach einen erfüllten Arbeitsleben die Zeit eines geruhigen Lebensabends zu verlängern. Vielmehr hatte sie den Kapitalisten schlagartig den Arbeiterkörper verjüngt und so erlaubt, die Arbeitsintensität zu steigern. In den Rentenstatistiken schlägt sich das in ei-

daß inzwischen fast 60 Prozent der Arbeiter im Mittel um vier Jahre früher verschlossen sind.

Entsprechend die Entwicklung bei den Arbeiterinnen. Für sie bestand schon vor 1973 die Möglichkeit, ab dem 60. Lebensjahr vorzeitig in Rente zu gehen. Der langsam steigende Anteil dieser Rentenart dürfte daher kommen, daß inzwischen die Zahl der Arbeiterinnen, die ihr ganze Leben gearbeitet haben und daher die geforderten 35 Versicherungsjahre erfüllen, wächst. Aber auch immer mehr Arbeiterinnen werden als erwerbs- oder berufsunfähig frühzeitig verrentet und das mittlere Verrentungsalter sinkt.

Die Gründe für eine vorzeitige Verrentung sprechen ebenfalls deutlich für den rascheren Verschleiß der Arbeitskraft durch die Kapitalisten. Von den insgesamt 104 839 Arbeitern, die 1980 frühverrentet wurden, hatten 38,9% Herz- oder Kreislaufschäden, 16,3% Skelett- oder Muskelerkrankungen, 8% seelische Störungen und 5,9% Krebs. Von 108 184 Arbeiterinnen wurden 44,7% mit Herz- und Kreislaufschäden, 18,8% wegen Skeletterkrankungen, 5,9% mit seelischen Störungen

Mit einer Presseerklärung ihres Kanzlerkandidaten Vogel und mit Entwürfen zur Änderung des Kontaktsperrgesetzes und zur Änderung der Strafprozeßordnung, soweit sie die Verwendung von Spitzeln, Verrätern, Geheimdienstoffizieren, kurz, von V-Leuten betrifft, hat die SPD deutlich gemacht, welche Oppositionspolitik sie in der Innen- und Rechtspolitik zu führen gedacht: Die Fortführung der Entfesselung des staatlichen Gewaltapparates mit rechtsstaatlichen Methoden, wie

sie in Stammheim begonnen und erprobt wurde. Ausdrücklich hat Vogel anlässlich der Festnahme Klar erklärte: „Aus seiner Tätigkeit als Bundesjustizminister auf dem Höhepunkt der Herausforderung unseres Rechtsstaates durch terroristische Gewalttäter im Herbst 1977 wisse er sehr persönlich die Leistungen der Strafverfolgungs- und der Polizeibehörden zu würdigen.“

Beide SPD-Gesetzentwürfe streben an, die Effektivität der Verfolgung, Aburteilung und anschließenden physischen und psychischen Vernichtung

selten direkt vor Gericht aussagen lassen, um ihre Aufdeckung zu vermeiden. Es wurden „Zeugen vom Hörensagen“ verwandt, die aber nicht immer zur Verurteilung führten. Wäre es nicht das Beste, wenn diese V-Männer auch in Gerichtsverfahren verwandt werden könnten, ohne daß die Gefahr der Aufdeckung besteht? Spätestens nach der Festnahme von Klar mußte sich das Fernsehpublikum an das Auftreten vermummter Figuren gewöhnen. Wenn das im Fernsehen möglich ist, warum nicht auch vor Gericht? Ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts

priesen, dessen Übergang zum Industrieland sie fördern wollten. Bei einem Lohn, der bis 1975 nur ein Drittel der japanischen Industriearbeiterlöhne betrug und deutlich unter den Löhnen der Niedriglohnländer wie z.B. die Philippinen, Singapur und Taiwan lag, konnten die westdeutschen Kapitalisten Höchstprofite einsacken. Von 1952 bis 1981 legten die westdeutschen Kapitalisten 60 Mio. DM Kapital in Südkorea an.

Woher kommt das gestiegene Interesse der westdeutschen Kapitalisten? Nach der Niederschlagung des Aufstandes von Kwangju 1980 und der Unterdrückung der Kämpfe der Arbeiter konnte die Diktatur ihre Herrschaft stärken. Sie verbot die Industriegewerkschaften und erlaubte nur noch Gewerkschaften auf Betriebsebene. Diese können nur durch betriebsangehörige Funktionäre arbeiten, die Gewerkschaftsrechte sind beseitigt. Die Diktatur hat für die nächsten Jahre Wirtschaftswachstumsraten von 7% und mehr angekündigt. Die Kapitalisten konnten die Löhne 1980 und 81 real senken. Der Durchschnittslohn in der verarbeitenden Industrie betrug 1981 umgerechnet etwa 510 DM. Die Diktatur hat zugesichert, die Löhne nicht höher steigen zu lassen als die der Hauptkonkurrenten in anderen Ländern, also ebenso niedrig zu halten.

Die Forderungen der ausländischen Kapitalisten nach größerer Freizügigkeit hat die Diktatur im letzten Jahr erfüllt. In 65 Industriebereichen können die ausländischen Kapitalisten jetzt Firmen mit 100% Beteiligung errichten. Jetzt sind in der Mehrzahl der Industriebereiche seit einem Erlass vom 8. Oktober 1982 Beteiligungen von über 50% zugelassen. Der Rücktransfer von Kapital ist jetzt ohne Zeiteinschränkung möglich. Für den Transfer von Profiten und Dividenden bestand schon zuvor keine Einschränkung. Während der ersten fünf Jahre genießen die ausländischen Kapitalisten vollständige Befreiung von Steuern, weitere drei Jahre müssen sie nur 50% der Steuern zahlen.

Diese Vorteile nutzen schon u.a. die Chemiekonzerne BASF, Bayer und Hoechst und die Siemens AG. Die Siemens-Kapitalisten haben sich mit 25% Beteiligung bei Gold-Star, einem der drei großen Elektronikkonzerns, eingekauft und lassen Telefone produzieren. BASF hat im Juni 1982 eine Styropor-Anlage in Betrieb genommen und erwartet eine Marktausweitung von jährlich 20%, da die koreanische Elektronik-Industrie auf geeignete Verpackungen angewiesen sei. Vor der baldigen Entscheidung, nach Südkorea Kapital zu exportieren, stehen: VW, Carl Zeiss, Hoesch, Nixdorf, WMF, Oetker.

Quellenhinweis: Handelsblatt 17./18.11.82



Vogel 1977: „Die Bundesregierung ist der Herausforderung durch den Terrorismus entschlossen entgegengetreten“. Links: Stammheim



von Revolutionären zu verfeinern. Seit Vogel als Justizminister 1977 das Kontaktsperrgesetz vorgelegt und alle im Bundestag vertretenen Parteien ihm in einem Schnellverfahren zugestimmt haben, hat es sowohl Widerstand gegen die vollständige Isolation der politischen Gefangenen der RAF und anderer gegeben als auch Kritik aus juristischen Kreisen, vor allem wegen der im Gesetz enthaltenen Einschränkungen der Verteidigerrechte. Der SPD-Entwurf sieht nun vor, die Kontaktsperrre in vollem Umfang beizubehalten und dem Gefangenen eine vom Gericht bestimmte „Kontaktperson“ zur Seite zu stellen, zwecks „Sicherung von Beweisen, die infolge der Kontaktsperrre verloren gehen könnten“. Der eigentliche Zweck der Kontaktsperrre, die Zerstörung der Gefangenen, wird in vollem Umfang beibehalten, um darüber hinaus noch die Möglichkeiten zur Aushorchnung zu verbessern.

In zunehmendem Maße stützen sich Verurteilungen vor allem in politischen Prozessen auf Aussagen von V-Leuten. Die Praxis, Spitzel in Gerichtsverfahren einzuführen, wurde in der Weimarer Republik begonnen und war eine der Hauptstützen der faschistischen Gerichtsbarkeit. Sie wurde 1943 in die Strafprozeßordnung aufgenommen und nach 1945 beibehalten. Die Staats-schutzbehörden haben die Spitzel zwar

26.5.81 zielt in diese Richtung. Der SPD-Entwurf zur Änderung der Prozeßordnung schlägt genau das vor und nimmt auch noch für sich in Anspruch, die Rechtsstaatlichkeit zu vergrößern, weil er die „unsauberer mittelbaren Beweismittel überflüssig mache.“

Quellenhinweis: Sozialdemokraten Service Nr. 558/82; NJW 1981 Heft 7 u. Heft 32; Bundestagsdrucksache 9/2088 u. 9/2089

Kapitalexport Westdeutsches Kapital drängt nach Südkorea

In Südkorea drängelten sich in den letzten Wochen die Wirtschaftsdelegationen der westdeutschen Kapitalisten, innerhalb von 14 Tagen drei Abordnungen, darunter eine der Maschinenbaukapitalisten. Die Besuche der Firmenvertreter in der südkoreanisch-westdeutschen Handelskammer in Seoul haben sich gegenüber dem Herbst 1981 verdoppelt, Handwerkskammerpräsident Schnittker hielt in Seoul einen Vortrag über die Zusammenarbeit im Ausbildungsbereich. Schon früher haben die westdeutschen Kapitalisten Südkorea als hervorragendes Beispiel für den richtigen Aufbau der Wirtschaft eines Entwicklungslandes ange-

Ohne Abzug der imperialistischen Ausbeuter gibt es keine Befreiung für die Volksmassen

Daß die Abschaffung der Apartheid, die Beseitigung der gesetzlich verankerten Rassentrennung die Hauptvoraussetzung sei, um „normale“ Beziehungen zur „Republik Südafrika“ herstellen zu können, ist umstritten bei allen Bundestagsparteien. Die Konzerne aus der BRD und der EG brüsten sich, mit der Einhaltung oder doch der Annäherung an den Verhaltenskodex für Unternehmen aus der EG in Südafrika einen „Beitrag zur Aufhebung der Rassentrennung“ zu leisten. Selbst große Teile der in Südafrika ansässigen Bourgeois treten als Vertreter der „Anti-Apartheid-Politik“ auf. Die „Progressive Federal Party“ (PFP), die die weitestgehenden Forderungen gegen die Apartheid vertritt unter den südafrikanischen Parlamentsparteien, hat ihre Hochburgen in den Wohnvierteln der Reichen in Kapstadt und Johannesburg. In den westdeutschen Gewerkschaften findet sich der Standpunkt, daß die BRD-Unternehmen in Südafrika einen Beitrag leisten könnten zur Beseitigung der Apartheid und damit auch zumindest zur Linderung der elenden Lebensverhältnisse der Schwarzen.

Alle diese Standpunkte gehen nicht davon aus, daß Südafrika eine der letzten Bastionen der Imperialisten auf dem afrikanischen Kontinent ist. Im Gegenteil gehen sie davon aus, daß die Siedlerrepublik ein selbständiger Staat sei, regiert von den hoffnungslos rückständigen Repräsentanten der weißen Mittelschichten, die nur mittels der

Apartheid an ihren überkommenen Privilegien gegenüber den Schwarzen festhalten wollen. Tatsächlich sind es in der ganzen Geschichte der Kolonialisierung Südafrikas die Kolonialherren gewesen, die, um sich den Zugriff auf die Arbeitskraft der Schwarzen zu sichern, den Raub von Land und Vieh an den Bewohnern des südlichen Afrika betrieben und diese den Zwangsge setzen der Kolonie unterwarfen. Die Kolonialherren selbst haben die strikte Rassentrennung für notwendig erachtet, solange die mörderische Ausbeutung der Schwarzen durch die imperialistischen Monopole nicht mit anderen Mitteln sichergestellt werden konnte.

Von den Anfängen der Kolonialisierung im 17. Jahrhundert, als Siedler für die Holländisch Ostindische Kompanie mit Land- und Viehdiebstahl begannen, um die Versorgung des Stützpunktes und der Handelsflotte mit Nahrungsmitteln zu sichern, bis zur Entdeckung der ersten Bodenschätze in Südafrika war die koloniale Gesetzgebung vor allem ausgerichtet auf die Erzwingung des Gehorsams der schwarzen Bevölkerung gegenüber den Kolonialherren. Mit der Entdeckung der reichen Bodenschätze gingen die britischen Kolonialherren systematisch daran, die schwarze Bevölkerung in die Lohnarbeit für die ausländischen Bergwerkskapitalisten zu zwingen. Erst in den 20er Jahren dieses Jahrhunderts wird die Rassengesetzgebung beträchtlich entfaltet. Mit dem „Native Land Act“ erließ die Kolonialregierung das

Verbot für Schwarze, in den „weißen“ Gebieten, zu denen ca. 85% der gesamten Fläche der Kolonie erklärt worden sind, überhaupt Land zu besitzen. Die den Schwarzen zugewiesenen Reservate, die in etwa den heutigen „Heimatländern“ (homelands) entsprachen, waren so klein, daß durch landwirtschaftliche Produktion die schwarze Bevölkerung ihre Ernährung nicht mehr sichern konnte. Der Zwang für Millionen schwarze Bauern, ihre Arbeitskraft an die Bergwerkskapitalisten zu verkaufen, wenn sie nicht verhungern wollten, war geschaffen. Damit die vollständige Besitzlosigkeit der schwarzen Bevölkerung auf jeden Fall erhalten blieb, fügte die Kolonialverwaltung das Verbot von Ehen und sexuellem Verkehr zwischen den Rassen hinzu, etwaige Erbschaftsansprüche von Nichtweißen waren so beseitigt. Gegen die erbitterten Kämpfe der schwarzen Arbeiter für die Erhöhung der Hungerlöhne, die die Bergwerkskapitalisten zahlten, für politische und gewerkschaftliche Rechte setzte die weiße Staatsmacht einen ausgeklügelten Gesetzesapparat und die bewaffnete Staatsgewalt ein, stellte jede selbständige Regung der schwarzen Arbeiter unter Strafe.

Den Bestrebungen der weißen „Farmers“ und vor allem der weißen Siedler, die nicht durch Land- oder sonstigen Besitz direkt an der Ausplünderung der Kolonie teilnahmen, einen Anteil an der kolonialen Ausbeutung zu ergattern, kamen die Kolonialherren entgegen. Die Bezahlung von Weißen für ihre Aufseherfunktionen in den Bergwerken und Fabriken, für die Posten im staatlichen Gewaltapparat lagen und liegen weit über den Löhnen, die in den Mutterländern für solche Tätigkeit gezahlt wurden. So zogen die Kolonialherren ein Heer von Siedlerkreaturen heran, die an der Ausbeutung und Ausplünderung der Kolonie teilhatten und deren Interesse die Ausschaltung der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt sein mußte, die ihnen durch die nichtweiße Bevölkerung entstehen konnte. Das Hauptinteresse an der strikten Rassengesetzgebung, an der vollständigen Unterdrückung der schwarzen Bevölkerung hatten die Kolonialherren, solange die schwarzen Bewohner auch nur über einen Fetzen Land verfügten, mit dem sie ihre Ernährung sicherstellen konnten. Die Beschaffung von Arbeitskraft zu niedrigstem Preis war nur auf der Grundlage der Enteignung und Entrichtung der



Veranstaltungen zur Unterstützung des Befreiungskampfes, an denen ein Vertreter des PAC teilnimmt: 7. 12. in Köln, 14.12. in München, 15.12. in Konstanz, 16.12. in Würzburg, 17.12. in Schweinfurt, 18.12. in Hannover

EKD: mit den Christen in Südafrika und den westdeutschen Kapitalisten „besonders verbunden“

Seit rund zehn Jahren nimmt die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) eine selbst gegenüber den Beschlüssen des Weltkirchenrates und des Lutherischen Weltbundes reaktionäre Haltung ein. Das von ihr initiierte Konzept eines Kodex für in Südafrika ausbeutende Kapitalisten beruht auf Vorschlägen, die sie zunächst für die BRD-Imperialisten entwickelt hatte, um ihnen das Ausbeutungsgeschäft zu sichern. Es ging darum herauszufinden, wie die Revolution der schwarzen Bevölkerung verhindert und entsprechende Auswirkungen auch auf Namibia, das unter der Besatzung der Republik Südafrika steht, unterbunden werden könnten. Nicht häufig genug konnte sie ihre „besondere Verbundenheit“ mit den lutherischen Kirchen in Namibia, der ehemaligen Kolonie des deutschen Imperialismus Deutsch-Südwestafrika, betonen. Diese Kirchen sind aus der Tätigkeit der Rheinischen Mission hervorgegangen.

1971 hatte der Ausschuß des Ökumenischen Rates der Kirchen zur Bekämpfung des Rassismus an die Regierungen die Empfehlung abgegeben, alle wirtschaftlichen Investitionen aus Südafrika zurückzuziehen. Dagegen wartete der Rat der EKD im August 1972 mit eigenen Vorschlägen „zur Verbesserung der arbeitsrechtlichen, sozialen und wirtschaftlichen Lage der schwarzen und farbigen Arbeiter“ auf. Die EKD war besorgt, ein Rückzug des Kapitals treffe „am ehesten die ohnehin benachteiligten schwarzen und farbigen Bevölkerungsgruppen“. Zwar könnte die Kirche rassistische Diskriminierung oder kolonialistische Ausbeutung des Menschen um des Evangeliums wil-

len nicht hinnehmen. Unterstützung von Gewaltmaßnahmen sei ihr aber auch „um ihres durch das Evangelium gebotenen Versöhnungsauftrages willen verwehrt“.

Der damalige Landesbischof schrieb an 48 westdeutsche Firmen und bat sie zum Gespräch über die Arbeitsbedingungen in ihren südafrikanischen Betriebsstätten. Ein Jahr später führte er ein Gespräch mit Vertretern u.a. von AEG Telefunken AG, Henkel, Siemens AG und Salzgitter Maschinen AG. Die Kapitalistenvertreter konnten sich zwar mit dem Vorschlag befreunden, Löhne nach dem Leistungsprinzip zu zahlen, nicht aber mit der Idee, sie sollten schwarze Gewerkschaften in ihren Betrieben zulassen. Investitionen in den „Heimatländern“, zu denen sie die Kirche animieren wollte, lehnten sie ab, weil solche Kapitalanlagen unter die Klausel fielen, daß sie nach 25 Jahren in die Hände von Schwarzen übergehen sollten.

Immer wieder trat die Leitung der EKD Auffassungen von Mitgliedern und Angestellten entgegen, die die Einstellung der Unterstützung für die weißen lutherischen Kirchen in Form von Geld, Bauten und kirchlichem Personal forderten. So stellte sie sich zwar scheinbar hinter einige progressiv gesonnene Pfarrer, die ihre Rückberufung aus solchen weißen Gemeinden beantragten, weil sie deren Anfeindungen nicht mehr ertrugen und in denen sie nicht einmal die beschlossene Altar- und Abendmahlgemeinschaft mit den schwarzen lutherischen Kirchen durchsetzen konnten. Gleichzeitig weigerte sie sich aber, die Unterstützung einzustellen, mit der Begründung, sie solle der Versöhnung von Schwarz und Weiß, Arm und Reich dienlich gemacht werden. Auf der anderen Seite war die EKD nicht bereit, einen Teil der von ihr aus Lohngeldern eingenommenen Kirchensteuer aufzuwenden, um Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika zu unterstützen. Sie billigte lediglich die Einrichtung von besonderen Spendekonten.

1977 trat der EG-Kodex in Kraft, der westlichen imperialistischen Konzernen einige Empfehlungen, keinesfalls verbindliche Richtlinien, gibt, wie mit den schwarzen und farbigen Arbeitern in Südafrika zu verfahren sei. Entsprechend dem bloßen Empfehlungsscharakter gibt es auch keine Sanktionen bei Nichteinhaltung des Kodex.

Mehrfach befaßte sich der Bundestag mit den „Fortschritten“, die der Kodex im Kampf gegen die Rassentrennung gebracht habe. In ihrem

zweiten Bericht bis 1980 stellte die Bundesregierung fest, daß „bei der Erfüllung der materiellen Empfehlungen des Kodex keine Rückschritte eingetreten“ seien. Im Oktober berichtete der Vorsitzende der Deutsch-Südafrikanischen Handelskammer, Dr. Rauschenbach, in Johannesburg von einem Treffen des Auswärtigen Amtes mit den Kapitalistenverbänden, bei dem



Ausbeutung beim AEG-Konzern, einem der Anwender des EG-Kodex

die Teilnehmer darauf hingewiesen worden seien, „daß der Kodex in Bonn ganz klar angesehen würde als Instrument zur Vermeidung von Sanktionen, die nicht erwünscht seien“.

1980 führte der evangelische „Kirchliche Dienst in der Arbeitswelt“ eine inoffizielle Untersuchung bei zwölf westdeutschen Konzernen in Südafrika durch. Festgestellt werde sollte, ob die Einhaltung des Kodex zu einer „grundlegenden Veränderung in der südafrikanischen Gesellschaft beitragen“ würde. Als Ergebnis dieser Untersuchung, die fünf Monate dauerte und 1981 veröffentlicht wurde, stellt die Kirche fest, „daß der Kodex ein Schlag ins Wasser war“. Für sie unerwartet war, daß sich die Konzerne an fast nichts halten. Sie zieht daraus den Schluß, ein neues Konzept zur Sicherung der Ausbeutung in Südafrika sei fällig. Es falle ihr schwer, „der Regierung weiter in der Annahme zu folgen, daß der Kodex als ein Instrument der Konfliktregulierung betrachtet werden könnte. Zum mindesten läßt die Praxis der Beachtung des Kodex nicht das Argument zu, daß dieser Kodex eine Alternative zur Strategie wirtschaftlicher Sanktionen gegen Südafrika biete“. Der Befund solle sie vielmehr veranlassen, „nach anderen Wegen für die von ihr proklamierten Ziele in Südafrika zu suchen“.

Das Untersuchungsergebnis hat die Kirche alarmiert, weil es eindeutig



Die weißen Lutheraner in Südafrika spendieren für die Missionierung der Ovambo-Kontraktarbeiter

zeigt, daß mit solchen Reformen, die bloß die kapitalistische Ausbeutung schmackhaft machen sollen, gegen den Befreiungskampf nichts auszurichten ist. Wenn sie auch der westdeutschen Bourgeoisie noch kein neues Konzept zu bieten in der Lage ist, so hat sie doch Vorstellungen entwickelt, in welcher Richtung nun die Sicherung der Kapitalinteressen zu suchen sei. Sie wies auf die Erfahrungen in Namibia hin, wo sie die Einrichtung der „Turnhallenallianz“ förderte. Sie sucht nach einem Weg der Beteiligung von Schwarzen an gesellschaftlichen Entscheidungen, die den Befreiungskampf ausreichend spalten, um seinen Erfolg, die Verjagung der Ausbeuter, zu verhindern.

Einer der bei der Untersuchung eingesetzten schwarzen Interviewer erklärte: „Wir haben den Eindruck, daß der Westen mehr zu unsere Unterdrückung beiträgt als der Osten. Denn die Buren hier, die weißen Afrikaner, sind – allein für sich – nicht das Problem, solange sie nicht Waffen von Ihnen, vom Westen, bekommen; solange sie nicht ... wie das in Soweto geschehen ist, deutsche Wagen benutzen können, wenn sie die Kinder auf den Straßen erschießen. Als sie anfingen, hier Gewalt einzusetzen, da wurde uns klar: Ihr habt sie bewaffnet.“

Er erklärte entschieden, warum der Rückzug von Investitionen nicht, wie die Kirche glauben machen will, von der schwarzen Bevölkerung als Bedrohung empfunden wird, weil es nicht wahr ist, daß sie in erster Linie darunter zu leiden hätte: „Wir glauben, daß ein Boykott das Beste wäre, was passieren könnte ... Der schwarze Arbeiter hat so oder so keine Sicherheit.“ Er wies darauf hin, daß der Kodex nur einen Teil der Bevölkerung betrifft. Die Masse der schwarzen Bevölkerung lebt jedoch auf dem Land, eingepfercht in die „Heimatländer“, den schlechtesten Rest des ihnen geraubten Landes. „Die Leute dort verhungern ganz einfach. Sie reden nicht von Unterernährung, denn das ist Luxus für sie.“ Er hat damit den Finger auf den Punkt gelegt, den die Kirche die ganzen Jahre über aus ihren Überlegungen herausgehalten hat, die Tatsache, daß die Revolution das grundlegende Problem, die Rückeroberung des Landes, lösen muß. Damit wird sie die Grundlage für die besondere Form der Ausbeutung und Unterdrückung, die Wanderarbeit und die Elendslöhne, beseitigen.

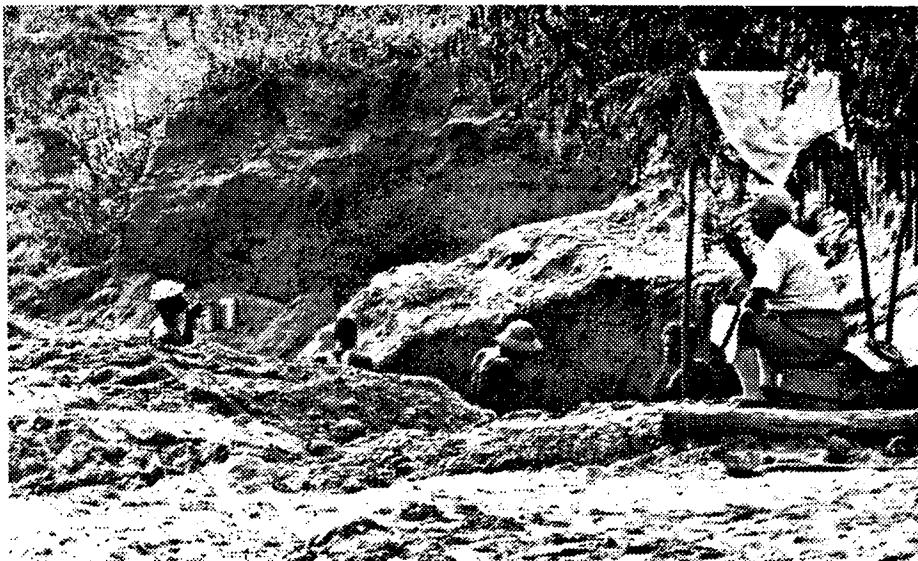
Quellenhinweis: EKD und Kirchen im südlichen Afrika, epd Dokumentation Nr. 12, Bielefeld und Berlin 1974; epd Dokumentation Nr. 23-24/81, Frankfurt am Main, 13.5.81

schwarzen Bauern im südlichen Afrika möglich. Den weißen Mittelschichten allerdings ist klar, daß es mit ihren guten Lebensverhältnissen vorbei ist, wenn die Apartheid fallen sollte, auch wenn die imperialistische Ausbeutung des Landes damit nicht beseitigt ist.

Mit der Erklärung der formellen Unabhängigkeit der „Republik Südafrika“ hat sich der koloniale Charakter, die wirtschaftliche Abhängigkeit von den größten imperialistischen Mächten um keinen Deut geändert. Großbritannien, die USA und die BRD sind die Hauptkapitalanleger in Südafrika, insgesamt befand sich 1980 ca. 60% des

wachsenden und eine der weitest entwickelten der Welt“ sei, ist das Land nach wie vor in der Hauptsache Lieferant von Gold und anderen Bergbauprodukten für die Imperialisten. Ca. 23% des Bruttosozialproduktes wurden 1980 in den Bergwerken produziert, davon 81,8% für den Export. Am Gesamtexport halten die Bergbauprodukte mit 80% den Löwenanteil.

Angesichts dieser Tatsachen ist es blander Hohn, wenn die westdeutschen Kapitalisten davon sprechen, wie z.B. Siemens in seinem Südafrika-Bericht, daß sie für die „Rassenintegra-



Aufsehertätigkeiten – die „Schwerstarbeit“ der Weißen

privat in Südafrika investierten Kapitals in der Hand ausländischer Kapitalisten. Bis zum Ende des zweiten Weltkrieges stammten durchschnittlich 30% der Bruttoinvestitionen aus dem Ausland, seitdem sind es immer noch 10% im jährlichen Durchschnitt, die in Südafrika erbeuteten und wieder investierten Profite nicht mitgerechnet. Für strategisch wichtige Branchen, wie die Stromversorgung, die Stahlindustrie und das Transportwesen verfügt das Siedlerregime über staatliche Betriebe. Diese Unternehmen betreiben ihre Investitionen vor allem mit Anleihen aus dem Ausland. Die BRD-Imperialisten haben sich mittlerweile zum größten Kreditgeber der „Republik Südafrika“ gemacht. Mit Anleihen von über 3 Mrd. Dollar im Jahr 1980 an das Energieunternehmen Escom, das staatliche Stahlunternehmen Iscor, für die Kohleverflüssigungsanlagen Sasol I und II, an die Verwaltung der Seehäfen und Eisenbahnen SATS, an den Staat Südafrika direkt und an einzelne Städte der „Republik“ waren die BRD-Imperialisten zu gut einem Drittel am südafrikanischen Staatshaushalt beteiligt.

Obwohl sich die imperialistischen Konzerne wie ihre Statthalter in Südafrika damit brüsten, daß „Südafrikas Wirtschaft sicher eine der schnell

tion“, die „Gleichberechtigung der Arbeitnehmer im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten“ eintreten würden. Die Grenzen der gesetzlichen Möglichkeiten sind so eng oder so weit, wie es den Imperialisten paßt. Welches materielle Interesse die ausländischen Kapitalisten und ihre südafrikanischen Statthalter an einer „Lockung der Rassenschranken“ haben, erklärte das „Handelsblatt“ im Mai dieses Jahres: „... einer der Schlüsselfaktoren, der zur Beendigung der Hochkonjunktur führte, (war) der gravierende Mangel an Facharbeitern. Davon ist das Land auf allen Ebenen betroffen. Von Handwerkern und angelernten Arbeitern am Fließband bis zu Verwaltungsangestellten, Finanzmanagern, Technikern, Führungskräften und Ingenieuren.“ Tatsächlich hat das Siedlerregime immer dann die Ausbildungsverboten für schwarze Arbeiter in den von den Weißen besetzten Gebieten gelockert, wenn der Bedarf der Unternehmen an speziell ausgebildeter Arbeitskraft nicht anders zu stillen war. So sind z.B. in Johannesburg, wo jahrelang keine weißen Schreibkräfte für die Stadtverwaltung zu finden waren, die Bestimmungen, die diese Arbeitsplätze nur für Weiße reservierte, abgeschafft worden.

CDU/CSU und die Rechtmäßigkeit kolonialer Plünderung: Nach § 984 BGB jedenfalls erlaubt

Allen scheinheiligen Erklärungen der CDU/CSU gegen Apartheid und Rassismus zum Trotz: Die Unionsparteien sind entschlossen, sich an der Verteidigung der Herrschaft der Imperialisten über Azania und Namibia zu beteiligen. In einem 1977 verabschiedeten „Positionspapier über die Politik gegenüber dem südlichen Afrika“ hielt die Bundestagsfraktion die auch noch heute gültigen Grundsätze fest. Die CDU/CSU gehe aus vom „Selbstbestimmungsrecht aller dort lebenden Völker und Bevölkerungsgruppen“ – nicht zu vergessen, „die 9000 deutsche Staatsbürger und weitere rund 15000 Deutschstämmige in Südwestafrika/Namibia“.

Zur Verwirklichung dieses „Selbstbestimmungsrechts“ tritt die CDU/CSU „dafür ein, daß alle friedenswilligen Kräfte in der Republik Südafrika, in Südwestafrika/Namibia ... gemeinsame Anstrengungen unternehmen, um einvernehmlich eine verfassungsmäßige Form des Zusammenlebens zu finden ... Die Anwendung des Prinzips ‚one man – one vote‘ (ein Mensch – eine Stimme) darf nicht Vorwand werden zur Unterdrückung anderer Rassen und Bevölkerungsgruppen und zur Herstellung totalitärer Machtverhältnisse.“ Totalitär sind die Machtverhältnisse also dann, wenn die Eigentumsansprüche der Imperialisten bedroht werden. Wenn nicht die Vorherrschaft der weißen Siedlerbourgeoisie gesichert ist, dann herrscht nach Meinung der CDU/CSU „rassistische Unterdrückung“.

Oder wie sich der CDU-Abgeordnete und Geschäftsführer des Kapitalistenverbandes Eisen und Stahl Hans

Dichgans in einer wirklich lesenswerten Rechtfertigungsschrift für das Kolonialregime 1977 ausdrückte: „Für dieses weiße Heimatrecht gibt es viele gute Argumente ... Man kann den Weißen gerechterweise eine besondere Beteiligung an dem Wohlstand, den sie geschaffen haben, nicht versagen. Dazu ist bemerkt worden, das Gold, auf dem ein großer Teil dieses Reichtums beruht, sei schließlich im schwarzen Boden gefunden worden. Aber ist dieses Südafrika wirklich ein schwarzer Boden? Und man mag daran denken, daß nach § 984 BGB jemand, der einen Schatz in einem fremden Boden findet, immerhin die Hälfte davon behalten darf.“

Auch wenn noch kein Bundesverfassungsgerichtsurteil den Geltungsbereich des Bürgerlichen Gesetzbuches auf Gebiete außerhalb des Deutschen Reichsgebietes von 1937 ausgedehnt hat, die westdeutschen Kapitalisten haben an der kolonialen Ausplünderung und Ausbeutung Südafrikas teil und denken nicht daran, ihre Ansprüche darauf freiwillig aufzugeben.

Im Gegenteil. Kohl meldete auf einer Tagung mit der „Interessengemeinschaft deutschsprachiger Südwester“ am 13. Januar 1981 neue Ansprüche an, nämlich, „daß sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion für die Assozierung eines freien Namibias mit der Europäischen Gemeinschaft einsetzen wird“. Bislang hat allerdings der Befreiungskampf der SWAPO dem Wunsch nach einem Europäisch-Deutsch-Südwestafrika Schranken gesetzt.

Quellenhinweis: Hans Dichgans, Deutschland und Südafrika, Econ-Verlag 1977; CDU/CSU-Fraktion, Pressedienst, 27.10.1977 u. 13.1.1981



VW-Werk in Uitenhage (Kapprovinz, Südafrika)

Die kolonialen und imperialistischen Ausbeuter Südafrikas haben über Jahrhunderte die Enteignung und Unterdrückung der schwarzen Bevölkerung des Landes betrieben. Alle ihre Vorschläge zur Beseitigung der Rassentrennung enthalten keinen Hinweis darauf, daß diese Blutsauger nun etwa bereit wären, den ursprünglichen Eigentümern des Landes ihren Besitz zurückzugeben und mit der Rückgabe des Bodens an die Schwarzen auch die Grundlage der kolonialen Ausbeutung und Ausplünderung Azanias zu beseitigen.

Mit welchem Zynismus die Vertreter des imperialistischen Kapitals ihre Vorstellungen über „Anti-Apartheid“ vortragen, zeigt eine Rede Oppenheims, des Vorsitzenden der Anglo American Corporation, der größten Bergbaugesellschaft in Südafrika, der 1976 vor der Londoner Devisenbörse erklärte: „Das höhere Lohnniveau der Schwarzen ist nicht nur von unmittelbarer, sondern auch von mittelbarer Bedeutung, indem es den Umfang des südafrikanischen Binnenmarktes wesentlich ausweitet und somit neue Wachstumsmöglichkeiten für die Fertigungsindustrie geschaffen hat.“ Diesen neuen „Wachstumsmöglichkeiten“ liegt die Enteignung auch noch des letzten Ackerfetzens zugrunde, den die Schwarzen in den Vorstädten zumindest bebauen konnten.

Nach Angaben des Siedlerregimes betrug 1980 das durchschnittliche Haushaltseinkommen der Schwarzen in den „weißen“ Gebieten 132 Rand. Als Existenzminimum für einen vier bis sechs Personen-Haushalt gibt die Regierung durchschnittlich 230 Rand an. Das langsame Verhungern, der Tod zigtausender Säuglinge und Kinder ist Oppenheimer bei seiner Rede vom „höheren Lohnniveau der Schwarzen“ sehr wohl bekannt gewesen. Da nach den südafrikanischen Statistiken nur noch 14,1% der schwarzen Erwerbstätigen fest als Landarbeiter oder Diener bei Weißen arbeiten, der Rest in Industrie und Verwaltungen beschäftigt ist, bzw. bei Arbeitslosigkeit in die „Heimatländer“ abgeschoben wird, können auch die noch niedrigeren Löhne der Landarbeiter und Diener, die zum Teil in Naturalien entlohnt werden, nicht als Grund für das elend niedrige Einkommen der schwarzen Familien herangezogen werden.

Alle noch so eifrigen Beteuerung der „Rassenintegration“ enden, wenn die schwarzen Arbeiter zu Kampfmaßnahmen greifen, um ihre Interessen durchzusetzen. Immer neue schikanöse und brutale Gesetze erläßt das Siedlerregime, um die Entwicklung der schwarzen Gewerkschaften zu zerschlagen. Alle imperialistischen Konzerne sind bereit, auf diese Gesetze zurückzugreifen,

Klassenkampf – kein Rassenkampf – Dokumente des PAC und der Black Peoples Convention

Der Charakter unserer Revolution im rassistischen Südafrika ist der Sturz des Imperialismus und der weißen Vorherrschaft, um die vollständige nationale Befreiung und soziale Emanzipation zu erreichen. Unsere unmittelbare Pflicht ist es, den Kampf für Demokratie in Gang zu setzen, der auf die Beseitigung der Macht und des Einflusses der gegenwärtigen kapitalistischen und rassistischen Clique zielt, die Agrarrevolution einzuleiten, um die feudalen Beziehungen auf dem Lande zu beseitigen und eine örtlich gestützte Regierung zu errichten, die die politische Macht von dem revolutionären Volk unseres Landes erhält. Der Gebrauch von militärischen Aktionen, um den Aufstand zu entwickeln, ist das hauptsächliche Mittel, dieses würdige Ziel zu erreichen.

(aus: *Principles of a united front in people's war, PAC 1977*)

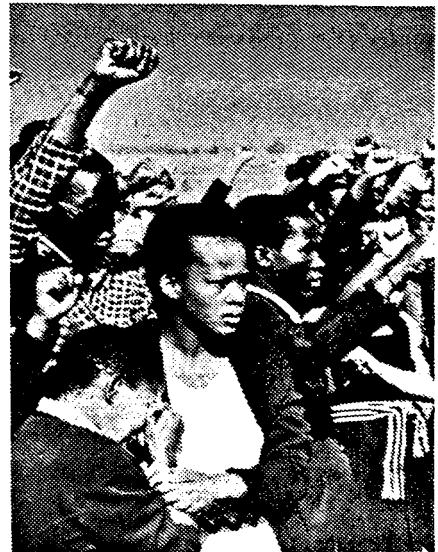
Das Emporkommen des Europäischen Imperialismus und Kolonialismus in Afrika brachte im Kielwasser das Phänomen der weißen Herrschaft, entweder sichtbar oder unsichtbar, die charakterisiert ist durch politische Unterdrückung, ökonomische Ausbeutung und soziale Degradation der einheimischen afrikanischen Massen. Durch diese ganze historische Epoche, dem Zeitalter der

weißen Herrschaft, ... haben sie (die weißen Herren, d.Ü.) dieses Phänomen zurückgeführt auf die „Verbreitung westlicher Zivilisation“ oder „der Ausbreitung des Christlichen Amtes“.

... Diese Führer (einige afrikanische Politiker, d.Ü.) betrachten Südafrika und seinen Reichtum als allen gehörig, die darin leben, dem fremden Enteigner und dem einheimischen Enteigneten, dem fremden Räuber und ihren einheimischen Opfern. Sie betrachten als gleich den fremden Herren und seinen einheimischen Sklaven, den weißen Ausbeuter und den afrikanischen Ausgebeuteten ... sie sind zu unglaublich naiv und zu fantastisch unrealistisch, um zu sehen, daß die Interessen des unterworfenen Volkes ... in scharfem Konflikt und in scharfem Widerspruch stehen zu denen der weißen Herrscherklasse ...

(aus: *Manifest des PAC von der Gründungskonferenz im April 1959*.)

Sie (die Bantustans, etc.) sind geschaffen worden, mit der ausdrücklichen Absicht, die Kräfte des schwarzen Volkes vom wahren Kampf für nationale Befreiung abzulenken auf rassistische, tribalistische und allgemein trennende politische Unternehmungen, die zumindest das wirkliche und wahre Ziel gänzlicher Befreiung dem Blick entrücken und in ihrer negativsten Form das weiße rassistische Regime derer un-



Soweto: Kundgebung gegen Massaker

terstützen, die diese Institutionen geschaffen haben ... Unsere Vorstellung vom zukünftigen Staat: ... Landwirtschaft soll eher in kollektiver, gemeinschaftlicher Weise betrieben werden als auf individueller Basis. – Dazu werden die ländlichen Gemeinden so reorganisiert, daß das verfügbare Land gleich und gerecht unter allen verteilt wird. – Die Landwirtschaft soll darauf abgestellt sein, ein hohes Produktionsniveau zum Zwecke der Selbstversorgung zu erreichen und aufrechtzuerhalten.

(aus: *Programmatische Erklärung d. Black People's Convention, 1975*)

wenn die Arbeiter in ihren Betrieben auch nur Lohnforderungen aufstellen, die die Kapitalisten nicht zahlen wollen. Gegen den Streik der 20000 Bergarbeiter im Juli dieses Jahres ging das Regime mit äußerster Brutalität vor, 3000 Arbeiter wurden sofort in ihre Herkunftsänder bzw. in die „Heimatländer“ deportiert. Seit der Zerschlagung der Bergarbeitergewerkschaft nach dem großen Bergarbeiterstreik 1946 verfügten die schwarzen Bergarbeiter nicht mehr über Organisationen in den Bergwerken. Der Aufbau von solchen Organisationen ist unter den Bedingungen einjähriger Kontraktarbeit, die die Arbeiter zudem noch in Lager auf dem Minengelände pfercht, sehr schwierig. Als ein Ergebnis des Streiks im Juli konnten die Gewerkschaften durchsetzen, daß sie in Zukunft auf dem Gelände der Minen Mitglieder werben und Versammlungen durchführen können.

Trotz der zahlreichen Bemühungen der imperialistischen Konzerne und ihrer Statthalter, die Entwicklung der schwarzen Gewerkschaften durch Verhaftungen ihrer Funktionäre, durch Folterung der Gefangenen, durch Entlassungen von Gewerkschaftsmitgliedern aus den Betrieben und die Deportation der kämpfenden Arbeiter zu zerschlagen, ist es den Arbeitern gelungen, ihre Organisationskraft beträchtlich zu stärken. Seit 1978 finden jährlich mehr Streikaktionen der schwarzen Arbeiter statt, in diesem Jahr ist kaum ein imperialistischer Konzern nicht bestreikt worden. Das südafrikanische „Institute of Labor Relations“ stellte kürzlich fest, daß sich seit zwei Jahren die Aktivitäten der Gewerkschaften aus den Wohnsiedlungen zunehmend in die Betriebe verlagert haben. Die schwarzen Arbeiter kämpften nicht nur für höhere Löhne, sondern zunehmend für Rechte gegenüber Kapitalisten und Regierung.

Zahlreiche schwarze Gewerkschaften erheben nicht nur Forderungen zum Schutz der Arbeitskraft der schwarzen Arbeiter, sondern verlangen die Abschaffung der „Heimatländer“, wenden sich gegen die alten Paßgesetze und führen derzeit eine Kampagne gegen die Neufassung der Paßgesetze, die die Siedlerregierung vorbereitet. Der Gewerkschaftsverband Fosatu hat auf seinem letzten Kongreß im Juni 1982 die Forderung nach Abzug des ausländischen Kapitals aus Südafrika erhoben.

Quellenhinweis: J. F. Noller, Theorie und Praxis der Apartheid, Frankfurt/Main 1977; G. M. Leistner, Südafrika: Schwarz und Weiß im Wirtschaftsprozeß, Hamburg 1977; South African Journal of Labor Relations, Hrsg. Institut of Labor Relations der Universität Pretoria, Ausgaben März 1982, Juni 1982; Handelsblatt, Sonderbeilage „Südafrika im Wandel“, 27.5.82; Statistische Beiträge zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, Reihe Wertpapierstatistik, Ausgaben 1980, 1981, 1982; Facts and Reports, Press Cuttings on Southern Africa, versch. Ausgaben 1982

Tischlerhandwerk: Verhandlung gescheitert

80 Prozent der in der Gewerkschaft Holz und Kunststoff organisierten Arbeiter im nordwestdeutschen Tischlerhandwerk haben in betrieblichen Abstimmungen das Verhandlungsangebot der Kapitalisten abgelehnt. Das Angebot sah eine Zwei-Stufenerhöhung vor: Vom 1.10.82 bis 31.3.83 30 Pfennig mehr, bzw. 2,2%, vom 1.4.83 bis 30.9.83 weitere 20 Pfennig, bzw. 1,4%. Im Jahresdurchschnitt würden nur 2,9% herauskommen. Die GHK hatte in Hamburg und Schleswig-Holstein 8,5% gefordert, in Bremen 7%. Nach der jetzigen Abstimmung wird die Gewerkschaft die Tarifverhandlungen für gescheitert erklären.

Reeder machen kein Angebot

Hamburg. Die Gewerkschaft ÖTV hat den Manteltarifvertrag See (MTV-See) zum 30.9.82 gekündigt. Forderungen sind: die Urlaubstage sollen nicht als Kalendertage, sondern als Arbeitstage – Montag bis Freitag – gerechnet werden, die Wartezeit für die Inanspruchnahme der Seemannsrente ab 55 Jahren soll von 20 auf 15 Jahre verkürzt

Ca. 350 demonstrierten am 12.11. in Weingarten gegen das öffentliche Rekrutengelöbnis. Nachdem diese deutsch-nationale Propaganda ca. 15 Minuten gestört worden war, wurde die Demonstration von großem Polizeiaufgebot eingeschlossen und drei Stunden festgesetzt. Dann mußte jeder einzelne sich fotografieren und durchsuchen lassen. Zwölf wurden vorübergehend festgenommen. Das bestätigt die Pläne der Reaktion, spezielle Karteien zur Erfassung möglichst aller Teilnehmer an Demonstrationen anzulegen.



werden, der Urlaub für Seeleute auf Schiffen bis 1000/1600 BRT soll dem der Seeleute auf Schiffen über 1000/1600 BRT angeglichen werden. Der Verband deutscher Reeder (VDR) und der Verband deutscher Küstenschiffseigner (VDK) machten bei den Verhandlungen am 30.9. und 2.11. keine Angebote, vielmehr wollten sie die Leistungen des MTV-See um ca. 10% kürzen. Die Tarifkommission empfahl, die Verhandlungen für gescheitert zu erklären. Am 15.11. wurde die Schlichtungsstelle aufgefordert, das Schlichtungsverfahren einzuleiten.

Doch WAA bei Dannenberg?

Für Ernst Albrecht ist die Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) in Lüchow-Dannenberg doch durchsetzbar geworden. In Dragahn bei Dannenberg soll sie entstehen. Noch am 5.3.1980 hat der Kreistag mit CDU-Mehrheit unter Berufung auf Albrecht festgestellt: „Der Kreistag geht davon aus, daß eine Wiederaufarbeitungsanlage in Lüchow-Dannenberg nicht gebaut wird.“ Regierungssprecher v. Poser sagt jetzt plump: Dragahn ist nicht Gorleben. Die „neue Durchsetzbarkeit“ begründet sich auf die geplante 700-Mann-Polizeikaserne in Lüchow, mit deren Bau laut MdB Schröder (CDU) Anfang 1984 begonnen werden kann. Über 2000, darunter Bauern mit 272 Trekkern, demonstrierten am 13.11. in Dannenberg gegen die WAA. Auch der ÖTV-Kreisvorstand lehnt ab, „weil durch infrastrukturelle Eingriffe und radioökologische Belastungen Arbeitsplätze in der Landwirtschaft entfallen“.

„Punkerkartei“ eingerichtet

Hannover. Seit Ende August ist bei der Kriminalfachinspektion 7 eine zentrale Nachrichtensammel- und Auswertestelle eingerichtet, der „sämtliche Dienststellen der Schutz- und Kriminalpolizei der Polizeidirektion Hannover alle Erkenntnisse über sog. Punker unverzüglich ... mitzuteilen“ haben. Die Polizei will sich einen Überblick über die Punkerszene verschaffen und „Maßnahmen gegen die durch Punk begangenen Straftaten und Verstöße gegen die öffent-

liche Sicherheit und Ordnung“ gegebenenfalls verstärken. Offensichtlich soll die Rebellion der Punks gegen ihre Lebensbedingungen weiter in die kriminelle Ecke gedrängt werden. Verschiedene Proteste sind laut geworden z.B. von Juristen der Universität Hannover, der Landtagsfraktion der Grünen und der der SPD. Der Republikanische Anwaltsverein hat unter dem Hinweis scharf protestiert, daß mit einer solchen Maßnahme auch andere unliebsame Gruppen überwacht werden könnten. Dem kann man eigentlich nur noch einen Verweis auf die „Zigeunerkarrei“ der Nazis zur besseren Verfolgung der Sinti und Roma hinzufügen und an die Verfassungsschutzakten zur politischen Überprüfung erinnern.

EKD gegen Kandidatur von Ausländern

Mannheim. Die ÖTV sprach sich gegen eine Änderung der Mitarbeitervertretungsgordnung (MVO) für das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche Deutschland aus. Ein Änderungsvorschlag der kirchlichen arbeitsrechtlichen Kommission sieht vor, daß künftig ausländische Kollegen nicht mehr für die Mitarbeitervertretung kandidieren können, ganz nach dem Vorbild des Personalvertretungsgesetzes. Die ÖTV hat dies als ausländerfeindlichen Schritt kritisiert. In einem entsprechenden ÖTV-Flugblatt wird gefordert: Volle Gleichberechtigung der ausländischen Arbeitnehmer auch in kirchlichen Einrichtungen! Zurücknahme der ausländerfeindlichen Änderungsvorschläge zur MVO!



Mit einem schroffen Nein zu den Vorschlägen der Gewerkschaften hat der italienische Kapitalistenverband Confindustria am 16. November die Spitzengespräche über die „Arbeitskosten“ abgebrochen. Die Kapitalisten verlangen eine Senkung der Inflationszuschläge vor Aufnahme von Verhandlungen über die seit Jahresbeginn ausgelaufenen Tarifverträge. Gegen den Protest zahlreicher Belegschaften hatte die Gewerkschaftsführung weitgehende Zugeständnisse (Senkung der Zuschläge um 10% mit einem Ausgleich bei der Lohnsteuer) angeboten. Die Kapitalisten wollen mehr: Der Confindustria-Vorsitzende fordert, die Löhne dürften – bei jetzt 17% Inflation – jährlich nur um 10% steigen. Dafür müsse notfalls eine „starke Regierung“ sorgen. Nach dem Abbruch der Verhandlungen gingen in Mailand 30000 Metallarbeiter auf die Straße (Bild). Seit Jahresbeginn haben sie für die Aufnahme von Tarifverhandlungen bereits über 70 Stunden gestreikt. Am 24. November streikten landesweit die Lohnabhängigen der ganzen Industrie für vier Stunden. Viele fordern einen Generalstreik gegen das Programm der neuen Regierung Fanfani.

Sechs Wochen Urlaub für alle und Einstieg ins Urlaubsgeld erreicht

München. Nahezu ein Jahr verging, bis ein neuer Manteltarif für die Branche Buchhandel und Verlage in Bayern erreicht werden konnte. Zentrale Forderungen der HBV waren: die Verkürzung der Arbeitszeit durch 6 Wochen Urlaub für alle, ein volles 13. Monatsentgelt und ein zusätzliches Urlaubsgeld, ein verbesserter Kündigungsschutz, Regelungen zur Bildschirmarbeit. Die Kapitalisten ihrerseits erhoben eigene Forderungen: Wegfall des Weihnachtsgeldes bei längerer Krankheit, Verpflichtung der Auszubildenden zu Überstunden, nur noch einmal jährlich Umzugs-Freizeit.

Die Verhandlungen fanden in einer deutlich verschärften Lage statt. Die Kapitalisten der Branche versuchten, durch die Krise zu kommen, indem sie



Verlag „Bibliographisches Institut“: Erfolge nach 6 Wochen Streik

ihre Profitbedingungen verbessern. 17,9% vom Umsatz müssen sie gegenwärtig an die Beschäftigten zahlen. Ein Kapitalist der Lebensmittelbranche dagegen muß an Personalkosten nur 9,3% hergeben. Um aufzuschließen, wird rationalisiert. Dazu braucht es Kapital, die Konkurrenz verschärft sich. Die „Vereinigte Verlagsauslieferung“ z.B., eine Firma des stürmisch vor allem im Ausland expandierenden Bertelsmann-Konzerns, die rund 1/4 des gesamten Marktes monopolisiert, hat gerade 119 Mio. DM aufgewendet, um in der Konkurrenz auf höchstem Rationalisierungs-Niveau zu bestehen.

Andererseits halten die Buchhändels- und Verlagskapitalisten eine gewisse Vorsicht für angebracht. In den Entgelt-Tarifverhandlungen 1982 gab

es die ersten Warnstreiks im bayerischen Buchhandel, und das Bewußtsein, bei einem Regeleinkommen von 2260 DM keinen Spielraum für Geschenke an die Kapitalisten zu haben, wächst in den Belegschaften.

In der Münchener Buchhandlung Kaiser z.B. finden nahezu pausenlos harte (und keineswegs erfolglose) Auseinandersetzungen statt, um Arbeitsbedingungen und Lohnhöhe, um Versetzungen und klimatische Raumverhältnisse, um die effektive Höhe des Weihnachtsgeldes und zusätzliche Ausgleichsleistungen für Überstunden, um das Recht, die Lohnlisten einzusehen und den Umfang der Geheimhaltungspflicht, um Bilanzeinsicht und Personalabbau, um Zulagenkürzung und EDV-Einführung. Von sechs Ge-kündigten haben vier erfolgreich geklagt und mit rund 50 verlangten Höhergruppierungen ist der Betriebsrat vor dem Arbeitsgericht.

Wenngleich es zu den Manteltarifverhandlungen nicht zu direkten Aktionen von Belegschaften kam, begründeten die Kapitalisten ihre Zugeständnisse mit der Hoffnung, in den jetzt geregelten Punkten „Ruhe in den Betrieben“ zu haben. Die nötige Ruhe für die nötigen Rationalisierungen. Auf dieser Basis kamen sie zum Kompromiß: Ihre Verschlechterungsfordernungen zogen sie restlos zurück. Noch für 1982 gibt es 1 Tag Urlaub mehr, bis 1986 sind 6 Wochen für alle erreicht. Das Weihnachtsgeld von 75% wird in Stufen bis 1986 auf 120% gesteigert, womit ein Einstieg in ein zusätzliches Urlaubsgeld gefunden ist. Kündigungsschutz und Abgruppierungsschutz setzt bereits bei 53 Jahren nach zehnjähriger Betriebszugehörigkeit ein. Die Überrumpelungspraxis mit „Kündigung im beiderseitigen Einverständnis“ wurde erschwert durch die Verpflichtung, ein derartiges „Angebot“ dem zu Kündigenden schriftlich vorzulegen und ihm eine Bedenkzeit einzuräumen. Die Tarifverträge gelten künftig für alle, die wöchentlich mindestens 6 Stunden arbeiten. Auszubildende erhalten außer der Freistellung von 1 Tag vor der schriftlichen noch 1/2 Tag vor der mündlichen Prüfung. „Auf höchste Weisung hin“ unnachgiebig zeigten die Kapitalisten sich bei den geforderten Schutzmaßnahmen gegen Bildschirmarbeit. Lediglich die augenärztliche Eignungsuntersuchung wurde zugesprochen, und die Verpflichtung zu kurzen Unterbrechungen (nicht zusätzliche Pausen) bei dieser Arbeit.

Die bayerischen Fachgruppen der HBV akzeptierten das Verhandlungsergebnis, auch als Ausdruck der gegenwärtig noch geringen organisierten Kampfkraft. Daß mit entsprechendem Nachdruck mehr zu erreichen ist, beweisen die Kollegen vom Bibliographischen Institut in Mannheim. Sie hatten, nachdem es zu keinen landeseinheitlichen Tarifverträgen in Baden-Württemberg mehr kam, im Winter 1981/82 den ersten Vollstreik der Branche organisiert: 6 Wochen lang. Das Ergebnis war ein Haustarif zum Entgelt, der weit über den vergleichbaren Tarifen liegt. Diese Aktion zeigte jetzt Nachwirkung auf einen Haus-Manteltarif: Die 38 1/4-Stunden-Woche ist vereinbart, 120% Weihnachts-/Urlaubsgeld schon für 1982, 30 Tage Urlaub für alle bereits 1984, Abgruppierungsschutz schon ab 50 Jahren bei zehnjähriger Betriebszugehörigkeit, eine Öffnungsklausel für Schutzregelungen bei Bildschirmarbeit. „Ohne den vergangenen kalten Winter“, schreiben die Kollegen in einem Flugblatt, „wäre dieser relativ warme Mantel nicht möglich gewesen.“

IGM Baden-Württemberg Trend zu Mindestforderung zeichnet sich ab

Heidelberg. Auf der örtlichen Funktions-Konferenz am 26.11. erklärte R. Kuda (IGM-Vorstandsabteilung) vor 180 Anwesenden, die verstärkte tarifliche Anhebung der unteren Löhne müsse „diesmal bis in die Endphase der Tarifbewegung“ stehen. Von der baden-württembergischen Bevollmächtigtenkonferenz vom 22.11. wurde berichtet: Klar sei, daß das Forderungsvolumen nicht unter 1981/82 (7,5%) liegen dürfe.

Keine einzige Verwaltungsstelle ist für reine Prozente, einige seien für Sockel plus Prozente, einige für reines Festgeld gewesen (z.B. Lörrach); eine ganze Menge aber für 7,5%, mindestens 135 DM, den Betrag der Ecklohngruppe (z.B. Mannheim und Stuttgart). Von anderen Bezirken stünden „drei ebenfalls voll hinter einer Strukturforderung“, in zwei bis drei werde noch diskutiert.

Ziel müsse sein, bezüglich der Anhebung der unteren Einkommen unbedingt eine Gemeinsamkeit in der Gesamtorganisation herzustellen. Über einen Sockel könne dies, wie sich letztes Jahr gezeigt habe, kaum erreicht werden, da er „schwer verständlich“ sei. Die baden-württembergischen Bevollmächtigten würden deshalb eine Mindestforderung bevorzugen.

Der Graubremse-Vertrauenskörper hatte am 9.11. mit 2/3-Mehrheit 150

DM Tariferhöhung beschlossen (im Volumen ca. 7,2%). Der örtliche Ausschuß der Vertrauenskörperleiter war am 15.11. mehrheitlich für 90 DM Sockel plus 4% (für Lohngruppe I/II z.B. 152 DM, im Volumen ca. 8,4%). Ein Graubremse-Vertrauensmann erläuterte nochmals die Vorteile von Fest- bzw. Sockelbeträgen: abgesehen davon, daß sie für die unteren mehr brächten, würden sie für *alle* Lohn- und Gehaltsgruppen gelten. Demgegenüber seien vom 135 DM-Mindestbetrag 57,1% der Arbeiter in Nordwürttemberg/Nordbaden nicht direkt betroffen, bei den Angestellten nur K1, K2 und T2 zum Teil eingeschlossen. Angesichts der Lage legte er im Auftrag seiner Kollegen einen Entschließungsvorschlag vor: U.a. wurde darin

Verständnis geäußert, daß z.B. Stuttgart mit relativ mehr höheren Lohngruppen „nur“ eine Mindestforderung beschlossen habe. Da „Entscheidendes für die Niedrigeinkommen zu tun“ sei, wäre doch ein Beschuß in Richtung 150 DM bzw. 90 DM plus 4% eher zu empfehlen. Selbstverständlich stünde man aber „auch mit aller Kraft hinter einer möglichen Mindestforderung“.

In der Abstimmung waren von 96 noch Anwesenden 59 für 7,5%, mindestens 135 DM, 25 für 150 DM und 12 für 90%, mindestens 160 DM, in die die 90 DM plus 4% uminterpretiert wurden. Der Resolutionsvorschlag wurde „aus Geschäftsordnungsgründen“ nur als Material an die Tarifkommission abgestimmt und angenommen.

zu gebrauchen. Seit Beginn des Monats November 1982 werden diese Räume zum Teil von den Besetzern aus der Maaßenstr. 11/13 bewohnt. Wir fordern Sie auf, dafür Sorge zu tragen, daß dieser Zustand kurzfristig, d.h. innerhalb der nächsten drei Tage, beendet wird. Vorsorglich weisen wir Sie schon jetzt darauf hin, daß wir diesen Umstand zum Anlaß nehmen werden, zu prüfen, den mit Ihnen geschlossenen Nutzungsvertrag zu lösen . . .“

Als Reaktion auf die neuerlichen Räumungen durch den CDU-Senat wurden von Seiten der Besetzer alle Verhandlungen abgebrochen. Der Verhandlungsführer von 24 besetzten Häusern, die Netzbau, wurde aufgelöst. Erneute Räumungen unter dem Vorwand der sogenannten kriminellen Fluchtburgen wurden von Bausenator Rastemborski (CDU) für 10 von noch 110 besetzten Häusern angekündigt, insbesondere nannte er dabei zwei besetzte Häuser in der Bülowstr.

Als weiteren Vorwand für die Räumung von besetzten Häusern sieht Eberhardt Diepken, Fraktionsvorsitzender der Westberliner CDU, noch folgende Möglichkeit: „Wenn von einem Haus unter Gesichtspunkten der Verdreckung, der seuchenpolizeilichen Überlegungen, Gefahren für die Umwelt ausgehen, müssen Häuser geräumt werden.“ Auf die Frage, ob er bereits von Besetzern unbelastet in den nächsten Wahlkampf ziehen wolle, antwortete Diepken: „Nicht unbelastet, aber vor allem belastet mit einer Menge Erfahrungen, die wir bis dahin hinter uns haben werden. Ich bin ganz sicher, daß das Problem der besetzten Häuser innerhalb des nächsten Jahres gelöst und auf das Maß der Normalität reduziert wird.“

Was hat sich seit dem Beschuß über eine neue Wohnungsbaupolitik durch die CDU geändert? Nichts hat sich geändert! Nach wie vor stehen Häuser leer. Nach wie vor wird spekuliert, abgerissen, kaputtgespielt. Eines hat sich aber doch geändert. Der Weiße Kreis wurde durch die Hintertür in Form von Staffelmiete doch noch eingeführt. In einer Presseerklärung hat der Westberliner DGB-Vorsitzende Pagels den Regierenden Bürgermeister Richard von Weizsäcker aufgefordert, aus dem Verhalten des Bausenators Rastemborski bei den Vorgängen um die Räumungen der Häuser in der Maaßenstr. Konsequenzen zu ziehen, wenn er glaubwürdig bleiben wolle. Der Bausenator sei es gewesen, der Neue Heimat und Besetzer gedrängt habe, Nutzungsverträge abzuschließen, und am 20.10. zugesagt habe, alle 26 besetzten Häuser der Neuen Heimat aus dem Sanierungsvertrag zu entlassen und deren Verkehrswert zu ermitteln. Nichts davon sei eingehalten worden. Den Besetzern der

Häuserräumung

Eine friedliche Lösung mit dem CDU-Senat wird es nicht geben

Westberlin. Schon seit sie von der Berliner CDU praktiziert wurde, ist die sogenannte Berliner Linie nichts anderes, als die Wiederherstellung der alten Eigentumsverhältnisse zu uneingeschränkter Verfügung. Die Räumung der besetzten Häuser in der Maaßenstr. 11/13 im Stadtbezirk Schöneberg, beide im Besitz der gewerkschaftseigenen Neuen Heimat, hat das auch dem letzten irgendwo Verhandlungswilligen plastisch vor Augen geführt. Mit einer ganz neuen Variante der sogenannten Berliner Linie, nämlich dem Vorwurf, bei den genannten Häusern handle es sich um einen „Herd krimineller Straftaten“, wurden die Räumungen offiziell begründet. Haltlose Vorwürfe, wie sich nach der Räumung herausstellte. In einem von den Besetzern vor

dem Berliner Verwaltungsgericht angestrengten Verfahren wurde inzwischen entschieden, daß die fortdauernde Absperrung der geräumten Häuser durch die Polizei rechtmäßig ist. Die Neue Heimat als Eigentümer der Häuser hat an diesem Gerichtsverfahren erheblich mitgewirkt, indem sie während der Verhandlung geäußert hat, sie sei an einer zukünftigen Nutzung der Häuser durch die ehemaligen Besetzer nicht interessiert und habe auch früher die Besetzung nicht geduldet.

In einem Brief der Neuen Heimat an eine Mieterinitiative, der Räume der Neuen Heimat zur Nutzung überlassen wurden, heißt es: „Es ist nicht zulässig, diese Räume zu anderen Zwecken und schon gar nicht zu Wohnzwecken



Die am 1.11.82 durch die Polizei geräumten Häuser Maaßenstr. 11/13.

Maaßenstr. 11/13 riet Pagels, zusammenzurücken und in anderen Häusern unterzukommen. Die Neue Heimat als Sanierungsträger sei gezwungen gewesen, innerhalb von 72 Stunden nach der Räumung mit den Bauarbeiten an diesem Haus zu beginnen, wenn sie nicht Schadensersatz bezahlen wolle. „Das können wir Gewerkschafter nicht auch noch bezahlen.“

Daß die Probleme des Wohnungsbaus nicht einfach unter den Teppich gekehrt werden können, daß sie z.B. heute in den Gewerkschaften einen wichtigen Tagesordnungspunkt darstellen, wozu auch die Frage der Gemeinnützigkeit der Neuen Heimat gehört, ist nach wie vor das Verdienst der Besetzer in immer noch 110 besetzten Häusern. Allein schon dafür verdienen sie jede Unterstützung.

Kautschukindustrie Unfälle an Werkwalzen unvermeidlich?

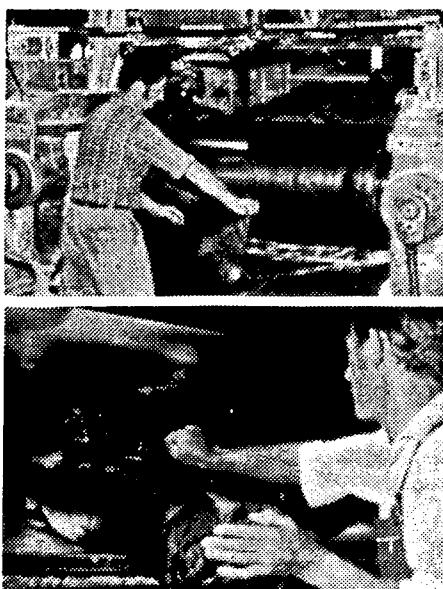
Hamburg. Zur Aufbereitung von Gummimischungen werden in der Kautschukindustrie gegeneinanderlaufende Walzen, in deren Spalt sich das Gummi bricht, in großem Umfang benutzt. Dieser Spalt birgt ein hohes Unfallrisiko für den Walzenarbeiter, wenn er ihm mit der Hand zu nahe kommt; und in der Tat ist die charakteristischste Verletzung der Kautschukindustrie die zerquetschte Hand. Im Hamburger Gummiwerk Phoenix ist in den Abteilungen, wo an offenen Walzen (und Pressen) gearbeitet werden muß, die Unfallhäufigkeit am höchsten mit einer Rate von 20% im Jahr. 1979 waren 46,4% aller Unfälle auf der Phoenix Handverletzungen.

Für die Arbeit an Walzen schreibt die Berufsgenossenschaft vor: „Kneter und Walzwerke müssen im Arbeitsbereich der Einzugswalzen Einrichtungen haben, die Verletzungen durch Einzug in die Walzenpaare verhindern.“ Aber – können aus „fertigungstechnischen Gründen“ solche Vorkehrungen nicht getroffen werden, reicht eine Notabschaltvorrichtung (1). Ein solcher Not-schalter in Form eines Bügels über dem Kopf des Arbeiters ist die einzige Sicherheitsvorkehrung.

Wird die Hand eines Arbeiters von der Gummimischung erfaßt und in den Spalt gezogen, wird die Betätigung des Notbügels fast unmöglich. Eine besondere Sicherheitsmaßnahme bei Phoenix soll nicht verschwiegen werden: Über jeder Walze ist ein Schild angebracht „Nicht mit den Händen in die Walzen greifen!“ Entsprechend empfiehlt die BG dem Arbeiter: „Viel Geschick und fachliches Können erfordert die Arbeit an den Walzwerken ...“

Hierbei muß das Augenmerk des Beschäftigten darauf liegen, daß er mit seinen Händen dem Walzenspalt nicht zu nahe kommt und beim Aufgeben nicht von schlagender Mischung mitgezogen wird.“ (2) Wenn also ein Walzenarbeiter auch nur für einige Sekunden seines Arbeiterlebens entscheidend abgelenkt, zu müde oder dem sich in bestender Eigendynamik um die Walze windenden Gummi nicht gewachsen war, so soll er zu ungeschickt gewesen sein und hat selbst Schuld.

Die Kapitalistenlegende, daß solche Unfälle unabwendbares Schicksal der Gummiarbeiter seien, ist schwer zu widerlegen, da es eine Unfallforschung in diesem Bereich in der BRD praktisch nicht gibt. 1980 hat der ungarische Wissenschaftler B. Elekes einige Gedanken zur Verhütung der grauenhaften Quetschverletzungen veröffentlicht (3). Sein Ziel ist eine Lösung, bei welcher „der Mitarbeiter die unbedingt notwendigen technologischen Handgriffe so ausführen kann, daß er – sogar bei nicht vorschriftsmäßigem Ver-



Gummiwalzen bei Phoenix-Hamburg

halten – keinen Unfall erleidet.“ Das bisher praktikabelste Verfahren besteht in der Installierung von festen Stangen, die so angebracht werden müssen, daß ein Überschreiten einer Sicherheitszone mit der Hand verhindert wird, aber soviel Spielraum besteht, daß ohne Behinderung gearbeitet werden kann. Möglich sind auch elektronische Einrichtungen, z.B. gesteuerte Verriegelungen oder Photozellen, wofür aber noch erhebliche Entwicklungsarbeit erforderlich wäre. Diese wird jedoch nicht geleistet, weil die Kapitalisten sich nicht gezwungen sehen, solche schweren Unfälle auszuschließen.

(1) Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften: Grundsätze für die Prüfung der Arbeitssicherheit von Gummiwerbearbeitungsmaschinen, Bonn, Ausgabe 6/78; (2) Berufsgenossenschaft der Chemischen Industrie: Merkheft für sicheres Arbeiten in der Gummi-Industrie, 1972; (3) Kautschuk und Gummi Nr. 6/80

Gaststättengewerbe NGG fordert neue Regelung der Arbeitszeit

Lüneburg. „Nach null Uhr bleibt der Zapfhahn zu“, so drohte Uwe Pleticha, Kreisvorsitzender Lüneburg vom niedersächsischen Hotel- und Gaststättenverband, als Antwort auf die Forderung der Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten (NGG), „einen Freizeitausgleich für die Belastungen durch Schichtdienst“ durchzusetzen.

Auf ihrem Gewerkschaftstag im September dieses Jahres hat die NGG für die Beschäftigten im Gastgewerbe Forderungen aufgestellt, die den besonderen Bedingungen in diesem Bereich entsprechen. So ist der Teildienst eine branchentypische Arbeitszeitregelung. So arbeiten Beschäftigte in Gaststätten und Hotels in Lüneburg mittags drei bis vier Stunden und abends vier bis fünf Stunden. Oft auch länger. Dazwischen liegen einige freie Stunden am Nachmittag. Solche Stunden können aber nicht sinnvoll als Freizeit genutzt werden; sie verlängern nur den Arbeitstag. Die NGG fordert deshalb, den Teildienst abzuschaffen. Wo die Abschaffung des Teildienstes aus betriebsbedingten Gründen nicht möglich ist, soll die Unterbrechungsfreizeit auf die Arbeitszeit angerechnet werden.

Eine weitere Besonderheit im Gastgewerbe ist die Beschäftigung in Wechselschichten und die Nacharbeit. Die NGG fordert den Abbau solcher Arbeitszeiten. Wo dies nicht möglich ist, soll jede nach 23 Uhr gearbeitete Stunde (23 Uhr Gaststättenschluß) mit zwei Stunden Freizeit ausgeglichen werden. Für regelmäßige Nacharbeit oder ständige Wechselschichtarbeit soll bezahlte Schichtfreizeit gewährt werden. Die Ausgleichsfreizeiten sollen unmittelbar und in zusammenhängenden Freizeitblöcken gewährt werden.

Für Pleticha sind diese Forderungen der NGG „utopisch“. Die Ortsstelle Lüneburg der NGG entgegnete dem mit dem Ergebnis einer Infas-Umfrage, wonach 31% der Beschäftigten im Gaststättengewerbe in Wechselschicht, 22% im geteilten Dienst, 10% ausschließlich im Spätdienst arbeiten. Dies beeinträchtigt die Teilnahme am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben, sowie das Familienleben und die Gesundheit.

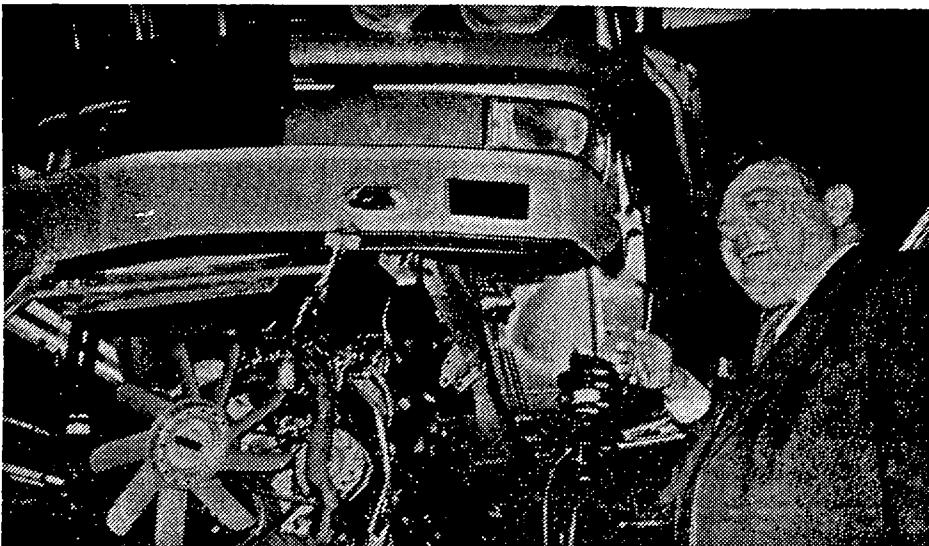
Um zu gewährleisten, daß die zusätzlichen Stunden zum Freizeitausgleich auch wirklich an einem Stück genommen werden können, forderte Heißler, Geschäftsführer der NGG-Ortsstelle Lüneburg, einen zusätzlichen freien Tag für Schichtdienstler.

Die Staatsregierung fördert alles, was den Kapitalisten nutzt

München. Anton Jaumann, Wirtschaftsminister der bayerischen Staatsregierung, röhmt gegenwärtig die „Bemühungen“ seines Ministeriums, in den letzten Jahren erfolgreich gewesen zu sein in der Ansiedlung neuer Industriebetriebe in Bayern. „Von 1971 bis 1980 hat der Staat die Industrieansiedlung mit 275,5 Millionen Mark Zuschüsse sowie 518,1 Millionen Mark zinsgünstigen Darlehen unterstützt. Die Mittel wurden an 658 Industrie- und Handwerksbetriebe gegeben. Das durch die Förderung bewirkte Investitionsvolumen betrug 2,57 Milliarden Mark.“ Anton Jaumann verweist auf die neugeschaffenen Arbeitsplätze. Die von der CSU geführte Staatsregierung sichert Arbeitsplätze? Ein Erfolg für wen? Die Staatsregierung fördert die Ausbeutung billiger Arbeitskräfte. Dafür werden den Kapitalisten Unsummen von Geldern zugeschanzt. Die geförderten Betriebe sind mehrheitlich Klein- und Mittelbetriebe, in denen das Lohnniveau niedriger ist als in Großbetrieben. Hier lohnen sich Investitionen. „Besonders schwierig ist es nach Darstellung des Ministeriums, große Industrien zu gewinnen.“

Hauptnutznießer ist die Elektroindustrie sowie die ländlichen Gegenden. „Bemerkenswert ist auch, daß das Zonenrandgebiet sowie bestimmte Pla-

nungsregionen in der Oberpfalz und in Oberfranken von der Industrieansiedlung am meisten profitierten. Auf das Zonenrandgebiet, das einen Flächenanteil von nicht ganz 25% am bayeri-



BMW baut ein neues Werk in Regensburg. Die Staatsregierung fördert mit mehreren hundert Millionen DM. Bild: Strauß bei BMW in Dingolfing.

schen Staatsgebiet hat, entfielen 38% der geförderten Vorhaben. Die sechs Planungsregionen in Franken und in der Oberpfalz vereinigten über 53% aller Fördermaßnahmen auf sich. Die Untersuchung bestätigte das überwie-

gend mittelständische Gepräge der geförderten Betriebe ... Überdurchschnittlich viele neue Arbeitsplätze entstanden für Frauen, viele für Nebenerwerbslandwirte, Fernpendler und Teilzeitarbeitskräfte.“

Für die ländlichen Gebiete fließen die Gelder in die Bereiche, wo bereits Kapital konzentriert ist. Im Landesentwicklungsplan sind die Orte, die mit 25% Subventionswert (es gibt noch 20 und 25%) ausgewiesen werden, Orte, in denen es bereits größere Industriean-

siedlungen gibt. Eines der Förderungsgebiete, die ab 1982 aus den förderungswürdigen Gebieten herausgenommen werden, ist z.B. das Donauries mit den Kreisen Dillingen und Donauwörth. Dieses Gebiet hat praktisch kei-

Finanz- und Investitionsförderung für Kapitalisten in Bayern

1. Bayerisches Innovationsförderungsprogramm für kleine und mittlere Unternehmen für die Entwicklung neuer Technologien, Produkte und Verfahren.

2. Darlehen aus den bayerischen regionalen Förderungsprogrammen für Industrieansiedlung, Rationalisierungen, Erweiterungsinvestitionen und für die Schaffung von Ausbildungssätzen, Darlehen bis 20 Jahre Laufzeit, Zins zwischen 3,5% und 5%.

3. Grunderwerbssteuerbefreiung, wenn Investition volkswirtschaftlich bedeutsam ist oder in förderungswürdigen Gebieten geschieht.

4. Sonderabschreibungen im Zonenrandgebiet: Abschreibung in fünf Jahren 50% bei beweglichen Gütern des Anlagevermögens und 40% des unbeweglichen (sonst 30%).

5. Bayerisches Kreditprogramm für die Förderung des gewerblichen Mittelstandes für die Gründung und Sicherung von Betrieben.

6. Konsolidierungsdarlehen für Umschuldung kurzfristiger Verbindlichkeiten.

7. Eingliederungshilfen für Einstellung von schwer vermittelbaren Arbeitnehmern, 60 – 80% des Lohns für die Dauer von bis zu zwei Jahren.

8. Bürgschaften durch die LfA bei „besonderer volkswirtschaftlicher Bedeutung“ (Z.B. wurde so die BMW-Sanierung in den 60er Jahren durchgeführt.)

9. Mittelständisches Technologie-, Beratungs- und Messeprogramm zur Übernahme der Kosten für Beratung, Seminare, Messen und Ausstellungskosten.

10. Sonderprogramm für „Dorf-

wirtschaften“ für den gewerblichen Fremdenverkehr bei entsprechenden Investitionen.

11. Frachtgelderstattung und Umwegefrachtzuschüsse.

12. Zuschüsse für Energiestrukturerbesserungen.

13. Investitionszulagengesetz: Bund in Zusammenarbeit mit Landesregierungen und Regierungsbezirken fördert 8,75% der Neuinvestitionen, im Zonenrandgebiet bis 10%.

14. Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur: Bund und Land fördern je nach Lage bis 25% der Investitionskosten.

15. ERP-Sondervermögen (Nachfolger der Marshall-Plan-Gelder: Darlehen durch den Bund bei „volkswirtschaftlich sinnvollen Projekten“. Den Zinsausfall trägt die Regierung.

ne Industrieansiedlungen, die Abwanderungsrate liegt bei 3,2% der Bevölkerung. In dem neuesten Entwurf des Landesentwicklungsplans trägt Finanzminister Dick die zukünftigen Ziele vor: Es gehe darum, die „Ballungsgebiete“ wieder zu „Schrittmachern der Entwicklung des gesamten Landes“ zu machen, im „ländlichen Raum“ müsse man halt versuchen, „das Erreichte zu halten“.

Die bayerische Staatsregierung fördert nicht nur die Ansiedlung neuer Unternehmen, sondern sie fördert alles, was den Kapitalisten nutzt. Bei einer im Ländervergleich geringeren Staatsverschuldung liegt Bayern vorn in der Bereitstellung von Geldern aus dem Haushalt für die Kapitalisten: Für den Bereich Wirtschaftsunternehmen 122 DM pro Einwohner gegenüber 109 DM im Länderdurchschnitt im Jahre 1978; im Bereich Energie- und Wasserversorgung, Gewerbe und Dienstleistungen wendete Bayern netto pro Einwohner 268 DM auf gegenüber 228 DM im Länderdurchschnitt 1978. In nebenstehendem Kasten ist ein Überblick über die Investitions- und Finanzförderungen gegeben. Damit gibt die bayerische Staatsregierung den Kapitalisten soviel Beistand wie möglich, um die Löhne in den Keller zu treiben und die Intensität der Arbeit durch Rationalisierung weiter zu steigern.

Anton Jaumann stellt fest: „Es gibt genügend Arbeit in Deutschland – allerdings nur zu vernünftigen Löhnen und Gehältern.“ Und diese können nicht klein genug sein. In der Zeitschrift des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung ist zur bayerischen Wirtschaft im ersten Halbjahr 1982 folgendes ausgeführt: „Die insgesamt geringfügige Steigerung der Produktion bei gleichzeitig verringrigerter Zahl der Beschäftigten führten in den ersten sechs Monaten des Jahres 1982 zu einer Produktivitätssteigerung gegenüber dem Vorjahr von 4,4%. Im gleichen Zeitraum erhöhten sich die Löhne und Gehälter je Produktineheit nur noch um 0,8%, wobei sie sich im 2. Vierteljahr 1982 sogar um 0,6% verminderten. Damit setzte sich die Anfang 1981 in Gang gekommene Verringerung des Lohnkonstrends weiter fort.“ Dazu die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt: „Im 1. Halbjahr 1982 stieg die Zahl der Arbeitslosen in Bayern auf 317500, was gegenüber den ersten sechs Monaten des Vorjahres eine Steigerung um 47,6% bedeutete. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich von 5,0 im 1. Halbjahr 1981 auf 7,2%. Gleichzeitig sank die Zahl der offenen Stellen um 45,1% auf 26200, so daß auf eine offene Stelle 12 Arbeitslose kamen.“ Gute Aussichten für eine Stellenvermittlung zu einem „vernünftigen Lohn“.

Hinzukommt, daß 25% aller Be-

schäftigten der Elektroindustrie in der Bundesrepublik in Bayern beschäftigt sind. Ferner im Ländervergleich die IGM in Bayern in der Qualität der Tarifpolitik bezogen auf die unteren Lohngruppen in der Elektroindustrie das Schlußlicht bildet. Obwohl die IGM-Spitze für die anstehende Lohnbewegung der Tarifrente den Vorzug geben will, hat jetzt der Vertrauenslektriker von Siemens Erlangen 100 DM Sockel plus 5% und der VLK von Grundig in Nürnberg 100 DM plus 3% beschlossen.

NRW **Weniger Kuren, mehr Krankheiten**

Nach Berechnungen der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) sind durch Kostendämpfung die bewilligten Kuren in den letzten drei Jahren um 40% zurückgegangen. Die BfA will zum Januar 1983 3500 weitere Vertragsbetten in den Sanatorien kündigen, 1982 hat sie bereits 8400 oder 17,4% der Betten gekündigt. Die Eigenbeteiligung der Kurpatienten von 10 DM pro Tag während der gesamten Dauer der Kur ist bereits Regierungsbeschuß. Die CDU/FDP-Regierung führt damit die von SPD und FDP begonnene Selbstbeteiligung verschärft fort. Die Folge: Noch mehr Arbeiter und Angestellte müssen auf medizinische Rehabilitation verzichten und unterdrücken die Anzeichen beginnender Krankheit (was z.B. bei Grippe zu Herzmuskelschäden führen kann). Und dies in einer Lage, in der mit 4,6% der Krankenstand der Lohnabhängigen der niedrigste seit zehn Jahren ist. Daß der gesunkene Krankenstand nicht etwa von gesünderer Arbeiterbevölkerung zeugt, erleben die im Kurwe-

sen Beschäftigten täglich: Im Vergleich zu früheren Jahren häufen sich die Mehrfachdiagnosen.

Ein weiteres Ansteigen der Frühinvalidität und der chronischen Krankheiten wird in Kauf genommen, um das Vermögen der Rentenversicherung, das z. Z. bei „zinsgünstig angelegten“ 26 Mrd. DM liegt, weiter aufzuschätzen. Der DGB kritisiert, die Selbstbeteiligung stelle das Sachleistungsprinzip in Frage und erklärt: „Die Verschiebung von Finanzierungsdefiziten innerhalb der Sozialversicherung ist keine Lösung für die aus der Wirtschaftskrise herrührenden Belastungen des sozialen Systems.“ Sollte der Abbau der Kuren so weitergehen, rechnet der Deutsche Bäderverein mit Arbeitsplatzverlusten für die im Kurwesen Beschäftigten in der Größenordnung von 50000. Auf einer Veranstaltung am 9.11. in Bad Oeynhausen erklärte Heinrich Schmidt, ÖTV-Hauptvorstand, vor Betriebs- und Personalräten aus den Kurorten: Nicht die Einschränkung der Rehabilitation, sondern die Ausweitung des Indikationskataloges z.B. für Kuren für Schichtarbeiter und Krebsnachbehandlungen seien das Gebot der Stunde. Der Anspruch auf Rehabilitation müsse zu einem einklagbaren Rechtsanspruch weiterentwickelt werden. Als abwegig bezeichnet Schmidt in seinem Schreiben an Minister Blüm vom 18.11. den Vorschlag der Regierung, die 10 DM Selbstbeteiligung dann zu erlassen, wenn die Kuren im Erholungsurlaub genommen würden. Der Urlaub habe nach wie vor der Erholung von Belastungen am Arbeitsplatz zu dienen.

Elbgrenze **Abschnürung der „deutschen Lebensader“?**

Lüneburg. Der Arbeitskreis der niedersächsischen CDU-Landtagsfraktion für „Vertriebene, Flüchtlinge und Aussiedler sowie Zonenrandfragen“ hat jetzt in Bonn von Staatssekretär Dr. Hennig bestätigt bekommen, daß die Bundesregierung daran festhält: Die Elbgrenze verläuft zwischen Lauenburg und Schnackenburg am Nordostufer.

In der „Gemeinsamen Grenzkommission“, 1973 gebildet, war die Grenzfestlegung seit 1978 ausgeklammert und trotz dauerndem Drängen der DDR bis heute nicht vorgenommen worden. Die DDR fordert zu Recht völkerrechtliche Festlegung. In jedem Lehrbuch des Völkerrechts steht nachzulesen, daß die Staatsgrenzen bei „internationalen Flüssen“ im „Talweg“, d.h. der Mitte der Hauptfahrinne, verlaufen.



Osnabrück, 13. Februar 82: ÖTV-Stand gegen Privatisierung

Schon die alte Bundesregierung hat auf Grundlage eines Urteils des Bundesverfassungsgericht zum Grundlagenvertrag die Grenze zwischen DDR und BRD als Grenze „ähnlich denen, die zwischen den Ländern der Bundesrepublik verlaufen“ betrachtet. Der CDU ist dies noch zu schlapp. Für sie ist die Elbe kein „internationales Gewässer“. Derselbe CDU-Arbeitskreis erklärte kürzlich bei seiner Tagung in Schnackenburg die Elbe zu „dieser deutschen Lebensader“, deren „tatsächliche oder psychologische Abschnürung vermieden“ werden müsse. Die Frage der Elbgrenze wird zum Instrument großdeutscher Propaganda im Rahmen der „Deutschlandpolitischen Offensive“ gemacht.

In Schnackenburg erklärte der CDU-Arbeitskreis, daß „die Zeit der Bestandsaufnahme vorbei“ sei. Statt es „beim Klägemauereffekt zu belassen“, forderte die CDU „konkrete Maßnahmen zum Abbau von Mauer und Grenze“. Provokativ fuhren die Landtagsabgeordneten mit dem Schiff auf der DDR-Seite der Elbe herum, um kurz darauf in einer der ersten Anfragen an die neue Bundesregierung im Bundestag durch den CDU-MdB Schröder fragen zu lassen, „wieviele Grenzüberschreitungen es im Laufe dieses Jahres gegeben hat, die durch DDR-Grenzboote verursacht wurden“ und „in welcher Weise die bisherige Bundesregierung auf derartige Grenzüberschreitungen reagiert hat“. Die DDR hat inzwischen das neue „Deutschlandpolitische Bildungszentrum“ in Schnackenburg als „revanchistisches Zentrum“ angegriffen.

Gewerbesteuer Ludwigshafen BASF-Konzern gegen, Betriebsrat für Erhöhung

Ludwigshafen. Seit zwei Monaten gibt es in Ludwigshafen einen heftigen Schlagabtausch um die Erhöhung der Gewerbesteuer: Dir. Seefelder von der BASF (50000 Beschäftigte) mit der IHK, den CDU-Stadträten und Kohl im Rücken, der früher Referent bei der Chemieindustrie war, bevor er als Ministerpräsident zu regelmäßigen Beratungen den BASF-Vorstand konsultierte, und auf der anderen Seite OB Ludwig mit der Unterstützung des BASF-Betriebsrates und 14 Betriebsratsvorsitzenden weiterer Ludwigshafener Betriebe und dem DGB. Der Stadt droht ein Minus von 25 Mio. DM. Von den 118 Mio. DM Gewerbesteuer bleiben in diesem Jahr 60 Mio. aus. Die BASF zahlte im letzten Jahr ca. 80 Mio. Gewerbesteuer. Nach ihrer wirtschaftlichen Struktur müßte Ludwigshafen eine der reichsten Städte

sein. Tatsächlich steigt die Pro-Kopf-Verschuldung stärker an als in anderen Städten, sie liegt bei 3200 DM.

Nachdem die Gebühren für die Haushalte um ca. 20% angehoben, Leistungen gestrichen und die Bruttokreditaufnahme 70 Mio. DM beträgt, schlägt Ludwig eine Gewerbesteuererhöhung von 365 auf 390 Punkte vor, was etwa 8 Mio DM bringen würde. Die Schulden der Stadt führt Ludwig im wesentlichen zurück auf die bisherigen Leistungen der Stadt für die BASF. Allein der Ausbau des Verkehrsnetzes für 50000 Pendler und 2500 Lastzüge täglich kostete viele 100



Kohl setzte 1974 die Kläranlage für Ludwigshafen auf BASF-Gelände in Gang.

Mio. DM. Die Wartung bringt jährliche Steigerungen mit sich. Grund und Boden wurden preisgünstig zur Verfügung gestellt. 1974 wurde eine Großkläranlage auf dem BASF-Gelände eingeweiht, die Bürger zahlen ihre Abwassergebühren an die BASF. 1976 übergibt Ministerpräsident Vogel den für 36 Mio. DM gebauten „Landeshafen“ an die BASF, die ihn allein für 2900 Tankschiffe/Jahr nutzt. Die BASF besitzt über ihre Wohnungsellschaft nur auf der Pfingstweide 1344 Wohnungen. Der zarte Druck des Geldes führte beim Stadtrat auch zu einem einstimmig gefaßten Beschuß des später gescheiterten Projektes eines Kernkraftwerkes auf BASF-Terrain. Mit einem Arbeitskreis aus Vertretern der Wirtschaft und Kommune möchte BASF nun offen in die Kompetenz des Stadtrates eingreifen.

Die Betriebsräte fordern in einem Papier ausreichende Mittel für die Kommune von Bund/Land und über Gewerbesteuer. Sie erinnern an die Maßnahmen für die BASF. DGB-Kreisvorsitzender Boegler spricht die Hoffnung aus, daß der Stadtrat dem Druck der Wirtschaft widerstehe. Er fordert die Gemeinderäte auf, die geplanten Gebührenerhöhungen nochmal zu überdenken. Am 22. Dez. soll der Haushalt verabschiedet werden.

Bayern

Truppen an die Ostgrenze

Würzburg. Im August teilte die alte Bundesregierung mit, daß zum Zweck der Vorneverteidigung 40000 US-Soldaten, ein Fünftel der US-Streitkräfte in der BRD, an die Grenze zur DDR bzw. CSSR vorverlegt werden sollen („Master Restationing Plan“, MRP). Die Vorbereitungen laufen dafür schon seit Jahren. Seit Planung der Bundeswehr brennt den Generälen auf den Nägeln, daß das Territorium der BRD zum Feind lang und schmal ist. Deshalb soll die Vorneverteidigung weg vom Gebiet der BRD, im diesjährigen Herbstmanöver „Carbine Fortress“ war der Main Staatsgrenze – wie die Oder-Neiße.

1959 gab die Bundeswehr bekannt, daß Volkach am Main (in Unterfranken) Garnisonsstadt werden, 1966 daß in Nordheim ein Wasserübungsplatz für Pioniere (wenige Kilometer von Volkach) errichtet werden soll. Ab 1976 machte Bundeswehr Druck. Winzer besetzten 1977 den Bauplatz kurzfristig. 1974 begann die Reform der Wehrstruktur der Bundeswehr. Ziel ist hohe Präsenz nahe der Einsatzräume, hohe Beweglichkeit und rasche Mobilisierung der Reserven. Die 12. Panzerdivision, die bei Würzburg stationiert ist, hat wichtige Teile in Koblenz, Hammelburg und Bad Mergentheim, die Pioniere üben in Speyer. 1982 wurde ihr Übungsplatz bei Nordheim gerichtlich durchgesetzt.

Parallel dazu läuft der immense Ausbau von Munitionsdepots, Übungsplätzen, Kasernen, Landebahnen usw. Gegen einzelne Maßnahmen gibt es immer wieder Widerstand der betroffenen Bevölkerung, der Umfang und Zusammenhang der Maßnahmen wird nur langsam klar. Munitionsdepots sollen z.B. ab 1982/83 in Aub, bei Giebelstadt-Sulzdorf und am Iffigheimer Berg (Steigerwald) errichtet werden. Sie gehören zum „Wartime Host Nation Support“ (WHNS), einem Programm, in dem die Bundeswehr für einfliegende US-Truppen Material und Munition bereithält, sowie Nachschub, Transport, Instandsetzung u.a. durchführt (550 Mio. DM Investitionskosten, 56 Mio. DM jährlich Unterhalt von der BRD). Bevor der MRP anläuft, werden jetzt US-Truppen zusammengelegt. So rücken 1000 US-Angehörige der 3. US-Infanteriedivision von Augsburg nach Kitzingen, eine Helikopter-Kompanie folgt. Auf 20300 Kitzinger Einwohner kommen dann 8000 US-Soldaten und Angehörige.

„Die Knochenarbeit und Hektik kann man nicht lange durchhalten.“ – Interview mit einer Altenpflegerin

Du arbeitest als Altenpflegerin in einem Pflegeheim, kannst Du zunächst mal was über Deine Station sagen?

Also es handelt sich um ein Blinden-altenheim. Da geht es gleich mit der Pflegestufe II los, weil die Menschen alle blind sind. Ich bin auf der Krankenstation, da sind maximal 24 Betten zu belegen. Seit wir in Schichtdienst arbeiten, sind wir pro Schicht vier Pflegekräfte, davon jeweils eine examinier-te, alle anderen sind angelernt.

Was bedeuten Pflegestufe II und III?

Wer sich noch einigermaßen allein helfen kann, allein anziehen und allein essen, der ist in Pflegestufe II. In Pflegestufe III sind alle, die völlig pflegebedürftig sind, sich entweder nicht mehr allein bewegen können, oder aus verschiedenen Gründen völlig geistig verwirrt sind.

Ihr macht zum Teil schwere körperliche Arbeit.

Als praktisches Beispiel vielleicht das Betten morgens. Das soll man eigentlich zu zweit machen, ist aber wegen des Personalschlüssels gar nicht drin. Ich geh morgens auf die eine Seite der Station, da hab ich so zehn bis zwölf Menschen zu waschen und zu betten, davon zehn, die ich aus dem Bett nehmen muß. Erst muß ich die mal motivieren, daß sie aufstehen, dann muß ich sie anheben, ihnen helfen, daß sie überhaupt hochkommen, das geht ganz schön ins Rückgrat. Dann kommt es natürlich darauf an, wie schwer derjenige ist und wie weit er

noch mithelfen kann. Oft muß man Einzelne halb zum Waschbecken tragen. Dann waschen, das soll ja auch gründlich sein, anziehen und wieder an den Tisch bringen. Wer gar nicht mehr hoch kommt, der muß gebettet werden, das ist auch sehr schwer, soll zu zweit gemacht werden, ist aber bei uns selten drin. Diese Arbeiten gehen ganz schön ins Kreuz, da häufen sich bei Frauen die Unterleibserkrankungen und Wirbelsäulengeschichten.

Habt ihr auch technische Hilfsmittel, z.B. fürs Baden?

Wir haben gar nichts, nicht einmal eine begehbarer Wanne. Da muß wieder gehoben werden. Wir baden deshalb auch kaum mehr als zwei, drei Leute am Tag.

Ihr müßt ja auch eine Fülle von Dingen machen, die mit den alten Menschen selbst nichts zu tun haben.

Ja, wir müssen z.B. die gesamte schmutzige Wäsche einweichen und grob vorsäubern, aufhängen und trocknen. Wir haben im Haus keine eigene Wäscherei. Die Wäsche kommt dann in die Reinigung. Sie muß also auch gezählt, mit Namensschildern versehen sein. Auf die Kleidung muß geachtet werden, auf Anhieb fällt einem das gar nicht alles ein. Im Grunde machen wir alles, was derjenige auch zu Hause tun würde. Dann müssen die Pflegemittel in Ordnung gehalten werden, die ganze Arbeit im Fäkalienraum. Und eine von uns vier macht jeweils Küchendienst.

Ihr habt bisher im geteilten Dienst gearbeitet, der ja immer noch weit verbreitet ist. Was hat das für euch bedeutet?

Der geteilte Dienst ist der absolute Schlauch. Wenn wir morgens um sieben anfangen, dann mußten viele Kollegen schon um fünf, halb fünf aufstehen, um pünktlich zu sein. Und es ging dann gleich voll rein in den Dienst, vor halb zehn, zehn war keine Pause für uns drin. Dann weiter bis um zwölf. Um elf kommt das Mittagessen, das soll dann innerhalb einer Stunde ausgeteilt sein, die Leute gefüttert, getöpfert worden sein, Gummiunterlagen wieder ausgewechselt, zur Mittagsruhe betten. Um zwölf begann dann offiziell die Freistunde bis 15 Uhr. Das haben wir praktisch nie geschafft. In der Pause sind dann die meisten in den Supermarkt einkaufen gegangen, oder man mußte sich in einem der Personalräume hinlegen. Dann ging es wieder los bis 19 Uhr. Da kann man sich ausrechnen, daß viele vor halb neun nicht zu Hause sind, und dann ist man völlig kaputt. Das sieben Tage hintereinander, mit Familie ist das der reine Wahnsinn. Freizeit und Erholung fällt ganz einfach weg.

Habt ihr Verbesserungen festgestellt, nachdem ihr die Umstellung auf zwei Schichten durchgesetzt habt?

Wir sind schon zufriedener, man kommt nicht mehr ganz so müffelig zum Dienst. Insgesamt ist wohl auch der Krankenstand zurückgegangen, vor allem die einzelnen Fehltage, wo man nämlich einfach nicht mehr konnte und Erholung brauchte.

In einer Untersuchung über die Verhältnisse in Hamburger staatlichen Altenpflegeheimen von 1980 war das Ergebnis, daß pro Tag und Heimbewohner keine fünf Minuten für andere als rein pflegerische Maßnahmen übrig bleiben. Kannst Du das bestätigen?

Im Schnitt reicht es wirklich nur für ein „Guten Morgen“ und „Wie geht's?“. Die Zeit ist eher noch zu hoch gegriffen. Und das Schlimme daran ist, daß man so ja keinen Menschen kennenlernen kann, was er früher gemacht hat, welches Leben er geführt hat. Im Sommer haben wir kaum Zeit, mal mit dem einen oder anderen an die frische Luft zu gehen. Wir können das nur machen, wenn wir andere Sachen liegen lassen, und dann auch nur für 10 bis 20 Minuten.

Du bist bei den „Grauen Panthern“ Hamburg. Kannst Du mal sagen, was



Demonstration der Teilnehmer am „Generatrubel“ 1981 in Hamburg.

Eure Forderungen oder Vorstellungen jetzt speziell zur Heimunterbringung sind?

Einigkeit herrscht darüber, daß der alte Mensch, solange er will, in seiner Wohnung bleiben soll und eben dort qualifiziert betreut wird; daß das auch möglich ist. Wohlgernekt, qualifiziert. Die Forderung ist: weg von den Heimen, weg von der Kasernierung der alten Menschen, daß sie in der Gesellschaft, in der Familie und ihrer Umgebung integriert bleiben.

Der Senat wird Euch entgegenhalten, daß sowieso fast 80% aller Altenheimbewohner aus den Krankenhäusern in die Heime kommen.

Wenn jemand krank ist, im Sinne von krank, dann gehört er sowieso nicht in ein Altenheim. Wir haben ja gar keine fachliche Qualifikation und Geräte sowieso nicht. Die meisten Heime haben noch nicht einmal Infusionsständer. Da verhungern die Leute, wenn du es genau nimmst, weil sie nicht mehr essen können. Im Krankenhaus würde dann eine Infusion gelegt.

Du arbeitest in einem nichtstaatlichen Heim, wie werdet ihr bezahlt?

Also, wir haben „Glück“, wenn man das so sagen kann, wir werden genauso bezahlt wie im Öffentlichen Dienst, nach BAT. Eine entsprechende Regelung für Feiertagsarbeit müßten wir erst über den Betriebsrat durchsetzen. Ich bekomme als Stationsschwester 2600 DM brutto, die ungelernten ca. 1700 DM monatlich, fünf Wochen Urlaub hab ich.

Vielleicht ist noch ganz wichtig, wie das Personal fertig wird mit dem Stress, der Knochenarbeit und dem psychischen Elend, das man täglich vor Augen hat. Ich hab festgestellt, daß im Kollegenkreis privat unheimlich viel gesoffen wird. Dieser Druck, dieser Frust, heute hättst du mehr machen müssen oder können, da hast du jemanden angeblafft, der nichts dafür kann, dann hörst du oft, daß jemand so nicht mehr leben will. Es gibt auch einzelne Kollegen, die darüber total abstumpfen, weil sie es nicht mehr aushalten.

Die Bundesregierung will einen Mindestbettenschlüssel von 1:5 verordnen. Was haltet Ihr davon?

Also das ist eine Unverschämtheit. Nimm z.B. Hamburg, offiziell ist hier der Bettenschlüssel 1:4. Tatsächlich habe ich zwischen acht und zehn Pflegefälle zu betreuen. Eine Pflegekraft von vier pro Schicht ist ja ständig in der Küche eingesetzt. Für Urlaub, Krankheit u.a. haben wir kaum Ersatz. Und wegen des schlechten Gesundheitzzustandes der alten Menschen kann sich das Bild einer Station von einem Tag auf den anderen schlagartig drastisch verschlechtern. Die „Panther“ fordern deshalb auch einen Pflegeschlüssel von 1:1.

„Graue Panther Hamburg“: Kampf gegen katastrophale Zustände im Altenheim

Nach mehreren Besuchen im Blindenaltenheim „Falkenried“ in Hamburg und Gesprächen mit Beschäftigten greifen die „Grauen Panther Hamburg“ Ende März 1981 in einem Flugblatt, das auch in der Wohngemeinde und vor den Unikliniken verteilt wird, die Zustände in dem Heim an: katastrophale hygienische Verhältnisse: aus „Kostengründen“ müssen Heimbewohner Privatkleidung oft wochenlang ungereinigt tragen, wird eingenähte Wäsche nach dem Trocknen auf der Heizung wieder verwendet, fehlen Gardinen und Tapeten an den Wänden ... fehlende Pflegemittel wie Gummihandschuhe, Gummunterlagen, rationiertes Klopapier ... Willkür und Schikane der Oberin, die sogar die Wahlen zum Bundesstag ohne offizielle Wahlhelfer durchgeführt haben soll ... und verheerender Personalmangel: über Mittag muß z.B. eine Schülerin teilweise 40 Menschen betreuen.

Die Heimleitung und die zuständige Behörde reagieren hektisch. Zu allem Übel für sie wird im Heim zur gleichen Zeit auch der erste Betriebsrat gewählt. In der Betriebsrats-Vorsitzenden machen Heimleitung und Behörde den „Informanten“ an die „Grauen Panther“ aus und klagen, da der Betriebsrat die Kündigung seiner Vorsitzenden zurückweist, vor dem Arbeitsgericht. Die Kollegin wird suspendiert, den „Grauen Panthern“ eine Verleumdungsklage angedroht. Die Beschäftigten unterschreiben zu $\frac{2}{3}$ eine Resolution, in der sie die Rücknahme der Kündigungsklage und der Suspendierung fordern.

Aber: Direkt nach dem ersten Flugblatt sind plötzlich Pflegemittel in Hülle und Fülle da, werden Renovierungsmaßnahmen vorangetrieben und andere Mängel beseitigt. Die Behörde findet bei ihrer angekündigten Begehung alles in Ordnung, nicht ohne Grund: im Vorstand sitzen so honorige Leute wie der ehemalige Gesundheitssenator.

Doch die „Grauen Panther“ lassen nicht locker. Zur 150-Jahr-Feier der Hamburger Blindenanstalten verteilen sie im Sommer erneut ein Flugblatt, mit dem sie die geladenen Honoratioren aufschrecken und den eklatanten Personalmangel angreifen. „Von 8 Pflegern mit 20 Pflegefällen sind (auf einer Station, Red.) wegen Urlaub und Krankheit, hervorgerufen durch Überbelastung, nur 3 Pfleger „einsatzfähig“ – und die werden eingesetzt: oftmals von morgens sieben bis abends sieben ohne Pause. Selbst einfachste Pflege ist so nicht gewährleistet, persönliche Zuwendung (z.B. Gespräche, Vorlesen der Post) ist unmöglich. Was bleibt? Essen, Waschen, Klo.“

Danach ist plötzlich auch mehr Personal da. Die Auseinandersetzung der „Grauen Panther“ hat auch die Fronten zwischen Beschäftigten und Heimleitung verschärft. Der Betriebsrat kann die Abschaffung des geteilten Dienstes erreichen, sowie die Bezahlung der Feiertagsarbeit in Anlehnung an den Öffentlichen Dienst. Die Betriebsrats-Vorsitzende gewinnt ihren Prozeß und arbeitet wieder als Stationsschwester, die Oberin soll ihre Kündigung eingereicht haben.



Vier-Bettzimmer im Blindenaltenheim Hamburg-Falkenried

Stichwort

Altenheimunterbringung

In Hamburg sind ca. 17% der Wohnbevölkerung 65 Jahre und älter, davon wiederum ca. 40% älter als 75 Jahre. Der Hamburger Senat geht in seiner Altenpolitik davon aus, daß 90% der älteren Bevölkerung zur selbständigen Haushaltsführung in der Lage bleiben, zwischen 3% und 4% in Heimen leben müssen und die übrigen ambulant betreut werden können. Zur Zeit leben etwa 14000 alte Menschen in den sogenannten Altenpflegeheimen, davon wird fast die Hälfte staatlich betrieben. In den letzten 20 Jahren ist der Pflegecharakter der Heime immer entscheidender geworden wegen der schwindenden Möglichkeiten der Familien, ihre Alten zu versorgen und wegen des schlechten Gesundheitszustandes älterer Menschen.

1969 waren von 100 Altenheimbewohnern immerhin noch 22 in Pflegestufe I (Heimbewohner mit bedingter Selbständigkeit) und 78 in Pflegestufe II und III (Heimbewohner mit hochgradiger bzw. völliger Unselbständigkeit) eingestuft. 1977 war das Verhältnis bereits 2:98! 1955 betrug die durchschnittliche Verweildauer noch drei Jahre, 1977 nur noch 1½ Jahr und knapp 70% aller Heimbewohner starben im ersten Jahr des Heimaufenthaltes. Eingestandenermaßen kann eine „Rehabilitation in den Heimen der Arbeits- und Sozialbehörde nicht gewährleistet werden“, das bedeutet: 78% aller Heimbewohner, die aus den Krankenhäusern eingewiesen werden, sind dort im Grunde nur zum Sterben.

Entwicklung der Heimkosten

Jahr	Kosten in DM
1956	137,00
1970	636,00
1973	856,00
1974	1138,00
1976	1278,00
1977	1406,00
1978	1705,00
1980	1983,00
1981	2140,15

Die vielgerügte „Explosion der

Pflegesätze“ kann angesichts des schlechten Gesundheitszustandes der alten Menschen überhaupt nicht verwundern. Außerdem stammen in Hamburg ganz erhebliche Teile der Altersheime noch weit aus dem letzten Jahrhundert und müssen erneuert werden. Das schlägt sich ebenso in den Pflegesätzen nieder wie die staatliche Preistreiberei bei der Energie- und Wasserversorgung, die Abschreibung für technische Geräte und natürlich auch die Grundrente.



Parolenmalen beim Generatrubel in Hamburg 1981

Pflegestufen und Bettenschlüssel

Pflegestufe I (bedingte Selbständigkeit der Heimbewohner): 1 Pfleger betreut 16 alte Menschen

Pflegestufe II (hochgradige Unselbständigkeit der Heimbewohner): 1 Pfleger betreut 8 alte Menschen

Pflegestufe III (völlige Unselbständigkeit der Heimbewohner): 1 Pfleger betreut 4 alte Menschen

Nach diesen drei Pflegestufen und der Belegung der einzelnen Heime wird der Bettenschlüssel errechnet. Er ist in Hamburg zur Zeit 1:4, die Bundesregierung will als Mindestgrenze 1:5 verordnen.

Auszug aus dem Heimvertrag

§ 2 Leistungsumfang

1. Unterkunft – in der Regel in Mehrbettzimmern – sowie Heizung, Instandhaltung und Reinigung ... 2. Umfassende Versorgung und Pflege sowie vollständige Verpflegung, bei ärztlicher

Verordnung auch Diätkost ... 3. Ärztliche und zahnärztliche Behandlung, Versorgung mit Medikamenten ... 4. Notwendige Hilfe bei der Körperpflege ... 5. Bereitstellung von Wäsche ... 6. Beschäftigungstherapie ... 7. Soziale und kulturelle Betreuung und Hilfen bei der Freizeitgestaltung.

§ 3 Benutzungsentgelt

1. Das Entgelt wird auf der Basis der Selbstkosten jährlich errechnet ... Es wird vom Sozialhilfeträger geprüft und anerkannt. Das Entgelt beträgt zur Zeit monatlich ... DM. 2. Bei wesentlichen unvorhergesehenen Kostensteigerungen kann das Entgelt vorzeitig angepaßt werden.

§ 4 Beendigung des Heimvertrages

2. Mit Frist von einer Woche kann das Amt für Heime den Vertrag beenden, wenn aus schwerwiegenden Gründen im Verhalten des Heimbewohners ein weiteres Verbleiben untragbar ist ...

Auszug aus der Benutzungsordnung

§ 3 Heimärzte: Mit der Heimaufnahme werden die dort tätigen hauptamtlichen Ärzte und Zahnärzte behandelnde Ärzte. Sie veranlassen erforderlich werdende fachärztliche und zahnärztliche Behandlungen. Es können weder die Krankenkassen noch die Sozialhilfeträger für die Kosten in Anspruch genommen werden, wenn ohne Überweisungsschein des Heimarztes ein außerhalb des Heimes niedergelassener Arzt oder Zahnarzt aufgesucht wird.

§ 4 Sicherheit im Heim: Das Personal ist berechtigt, Anordnungen zur Sicherheit, insbesondere zum Schutz gegen Brandgefahr, zu treffen.

§ 6 Vertragswidrige Benutzung: Wenn aus schwerwiegenden Gründen im Verhalten des Heimbewohners sein weiteres Verbleiben den übrigen Heimbewohnern oder dem Personal nicht zumutbar ist, kann das Amt anstelle einer nach dem Heimvertrag zulässigen Kündigung die Verlegung in ein anderes Heim vornehmen.

Auszug aus der Heimmitwirkungsverordnung von 19.7.1976

§ 25 Aufgaben des Heimbeirates

1. Maßnahmen des Heimbetriebes, die den Bewohnern der Einrichtung dienen, beim Leiter oder Träger ... zu beantragen. 2. Anregungen und Beschwerden ... entgegennehmen und erforderlichenfalls durch Verhandlungen mit dem Leiter oder in besonderen Fällen mit dem Träger auf Erledigung hinzuwirken ... 3. Die Eingliederung der Bewohner in die Einrichtung zu fördern ...

§ 26 Mitwirkung bei Entscheidungen

1. Aufstellen oder Änderung der Heimordnung ... 2. Maßnahmen zur Verhütung von Unfällen ... 3. Änderung der Heimkostsätze ... 5. Freizeitgestaltung ... 6. Betreuung, Pflege, Verpflegung ...

Was aber heißt „Mitwirkung“?

§ 27 (3) Entscheidung in Angelegenheiten nach § 26 ... hat der Leiter der Einrichtung mit dem Heimbeirat vor ihrer Durchführung rechtzeitig und mit dem Ziel der Verständigung zu erörtern. Anregungen des Heimbeirates sind in die Überlegungen bei der Vorbereitung der Entscheidungen einzubeziehen.

Forderungen des „Generatrubel 1981“ zur Heimunterbringung

Im Sommer 1981 fand in Hamburg als Gegenveranstaltung zum internationalen Gerontologenkongreß ein mehrtägiges Seminar verschiedener Altenorganisationen aus der BRD statt, der „Generatrubel“.

Bezüglich der Heimunterbringung wurde von einer Arbeitsgruppe folgende Forderungen aufgestellt:

- Keine Zwangseinweisung, keine zwangsweise Zusammen- oder Verlegung;
- volle Selbstbestimmung in allen Angelegenheiten;
- Pflegeheime dürfen nicht zur Endstation werden;
- Öffnung der Heime – keine Ghettobildung;
- kleine Heime in Wohngebieten statt Entsorgungseinrichtungen;
- mehr Pflegekräfte, Gespräche und Zuwendung statt Ruhigstellung und Psychopharmaka;
- Heimbewohner dürfen nicht zu Taschengeldempfängern degradiert werden;
- Selbstverwaltung der Heime;
- statt Pflegeheim – Hilfe und Pflege daheim;
- freie Arztwahl auch für Heimbewohner.

Chrysler zu Verhandlungen gezwungen

Durch den Streik der Arbeiter bei Chrysler Kanada seit dem 5. November verliert Chrysler jede Woche 15 Millionen Dollar. In den ersten zehn Novembertagen waren bereits Absatzeinbußen spürbar. Während General Motors und Ford etwa 20% mehr PKW als in der Vorjahresperiode verkauften, sank der Absatz von Chrysler um 2,5%. Der Druck, den die kanadischen Arbeiter mit ihrem Streik ausüben, ist also stark. Entsprechend sah sich Chrysler auch gezwungen, bereits nach zwei Streikwochen erneut zu verhandeln, obwohl die Kapitalisten eigentlich erst im Januar wieder verhandeln wollten. Seit dem 14. September ist tarifloser Zustand. Am 20. und 22. November fanden erneut Gespräche statt, und zwar nicht nur für Kanada, sondern auch für Chrysler USA. Auch daran ist die Kraft des Streiks ablesbar. Ein Ergebnis ist noch nicht bekanntgeworden, aber die Bedingungen dafür, eine Spaltung zwischen streikenden kanadischen und nichtstreikenden US-Arbeitern zu verhindern, sind günstiger geworden. Jedoch gibt es nach den Worten des

Japan: Sohyo gegen Regierungsprogramm

Aus Anlaß der Wahl des neuen japanischen Ministerpräsidenten Nakasone (Bild) erklärte der größte japanische Gewerkschaftsbund Sohyo, vor allem in den öffentlichen Diensten würden erneut Protest- und Streikaktionen vorbereitet. Nakasone hatte erklärt, er werde die Politik seines Vorgängers Suzuki fortsetzen, den Militärhaushalt weiter erhöhen, die Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst um ein weiteres Vierteljahr zurückstellen. Der Generalsekretär des Gewerkschaftsbundes Tomizuka wies darauf hin, daß die Regierung die Ausgaben für



die Schul- und Kindererziehung drücken und die Renten für die ehemaligen Staatsbediensteten senken wolle. Der Gewerkschaftsbund fordert nach wie vor Lohnerhöhungen von mindestens 14,5% für den

Präsidenten der kanadischen Sektion der Automobilarbeitergewerkschaft UAW, Robert White, weiterhin „enormen Druck“ auf Beendigung des Streiks.

USA: Streik im Football beendet

Nach sieben Wochen Streik hat die Gewerkschaft der US-Footballspieler mit den Team-Besitzern einen neuen Gehaltstarif vereinbart, der eine Lauf-

zeit von fünf Jahren hat und die Zahlung von insgesamt 1,3 Mrd. Dollar festlegt. Die Kapitalisten müssen u.a. neu ausgehandelte Erschwerniszulagen zahlen, das Mindestgehalt sowie die Renten- und Versicherungszahlungen anheben. Einzahlung von 50% der Fernsehseinnahmen der Kapitalisten in einen Fonds, aus dem die Gehälter nach einer tariflich festgelegten Gehaltsskala bezahlt werden, konnte die Gewerkschaft nicht durchsetzen.

Begin, Eytan, Shamir – „unter Verdacht“

Selbst die von der israelischen Regierung eingesetzte Kommission kann nicht vertuschen, daß die Verantwortlichen für die Massaker in Palästinenserlagern in Beirut in der zionistischen Regierung sitzen. Dem Ministerpräsidenten Begin, Verteidigungsminister Sharon und Generalstabschef Eytan hat die Kommission mitgeteilt, sie würden durch die Ergebnisse

der Untersuchung belastet. Nach wie vor bleiben die israelische Regierung, Armee und auch die Kommission bei der Darstellung, daß nicht sie selbst, sondern libanesische Falangisten die Blutbäder in den Palästinenserlagern Sabra und Shatila durchgeführt haben. Die palästinensische Nachrichtenagentur Wafa hatte bereit am 20.9., zwei Tage

nach dem Beginn der Massaker darauf hingewiesen, daß die israelische Armee selbst die Durchsuchung der Lager und die Ermordung der Palästinenser durchgeführt habe. – Ob Begin seine Ankündigung wahr macht, daß er zurücktreten werden, wenn ihm direkte Beteiligung an diesen Blutbädern nachgewiesen werden kann, ist noch nicht entschieden. Auf Neuwahlen in Israel wird die Entwicklung der Kampftätigkeit in den 1967 besetzten Gebieten und die Tätigkeit der Vereinigten Streitkräfte der libanesischen Milizen und der Palästinenser im Libanon erheblichen Einfluß haben. Die israelischen Besatzungstruppen sind bemüht, ihre Verluste im Libanon möglichst zu vertuschen. Zur Ursache der Zerstörung ihres Hauptquartiers in Tyros erklärten sie eine „Gasexplosion“, bei der Explosion starben 75 israelische Besatzungssoldaten. Aus dem Südlibanon werden jetzt auch Kämpfe zwischen den israelischen Truppen und der Drusen-Bevölkerung gemeldet.



Öffentlichen Dienst. – Nakasone erklärte, diese Maßnahmen seien unabdingbar, wenn eine weitere Erhöhung der Staatsverschuldung verhindert werden soll. Eine Steuerreform, die sein Vorgänger Suzuki eingeleitet hatte und die unter anderem dazu dienen sollte, wenigstens einen Teil der Steuerhinterziehungen von Kapitalisten und höheren Angestellten zu verhindern, ist zurückgestellt. Gewerkschaften und Oppositionsparteien erklärten, daß jährlich Milliardenbeträge Steuern hinterzogen werden, weil Kapitalisten und Manager ihre Einkommen zu niedrig angeben bzw. Konten mit falschen Namen führen.

El Salvador — Veranstaltungstermine

Rundreise eines Vertreters von Radio Farabundo Martí aus El Salvador. Ort und Zeit sind jeweils bei den örtlichen El-Salvador-Komitees zu erfahren.

4.12.	Westberlin
6.12.	Erlangen
7.12.	Nürnberg
8.12.	Augsburg
9.12.	München
10.12.	Marburg
11.12.	Braunschweig
13.12.	Freiburg
14.12.	Mainz
15.12.	Hagen
16.12.	Hannover
17.12.	Wuppertal
18.12.	Göttingen

BRD: Gute Zusammenarbeit mit Chile

Vom 22. bis zum 26.11. hielt sich der chilenische Wirtschafts- und Finanzminister Lüders in der BRD auf, um mit Bundesregierung und Kapitalisten über Förderung der Wirtschaftsbeziehungen zu verhandeln. Gegenüber Protesten von Chilenen verwies die Bundesregierung auf die Zuschüherung der chilenischen Junta, daß einer Rückkehr der Exilanten nichts im Wege stünde. Demgegenüber erklärte der Zusammenschluß der oppositionellen Parteien Chiles: „Zwischen Januar und August dieses Jahres wurden insgesamt 23991 Personen wegen ihrer politischen Gesinnung verhaftet ... Wir ... fordern von der Bundesregierung, daß sie den Machthabern in Chile keine Unterstützung gewährt.“

Frankreich

Kapitalisten wollen Arbeitslosenversicherung aufbrechen

Auf ziemlich spektakuläre Weise gab der nationale Verband der französischen Unternehmer (CNPF) in den letzten Wochen zu verstehen, daß er nach Terraingewinn im Sommer (zehnprozentige Gewerbesteuersenkung, viermonatiger Lohnstop u.a.) nun willens und vorbereitet sei, die Hauptattacke auf das Lohn- und Reproduktionsniveau der französischen Lohnabhängigen zu starten. Als Einfallstor sollte die Arbeitslosenversicherung dienen, deren Defizit angesichts von über 2 Mio. Arbeitslosen (10,4%) 1982 7 Mrd. FF, 1983 voraussichtlich schon 26 Mrd. FF betragen wird.

Am 28. Oktober verweigerten die Kapitalisten in den seit Juli andaugenden Verhandlungen mit den Gewerkschaften kategorisch jede Anhebung ihrer Beitragszahlungen, stattdessen forderten sie „Einsparungen von 20 Mrd. FF“. Am 17.11. schließlich kündigten sie das bestehende Abkommen über die Arbeitslosenversicherung auf und verlangten die „Erarbeitung eines anderen Systems.“ Dieses solle sich – so Kapitalistenchef Gattaz – bei den Beiträgen am „deutschen Modell“ orientieren; d.h. paritätische Zahlung. Zudem müsse mit den „falschen Arbeitslosen“ Schluß gemacht werden, konkret hieße dies, Langzeitarbeitslose wie auch Jugendliche und Frauen auf der Suche nach einem ersten Job müßten aus der Versicherung genommen werden und der „nationalen Solidarität“ überantwortet werden.

Bemerkenswert offen verkündete er zudem, daß es ihm um noch mehr gehe: „Wir werden Sieg rufen, wenn wir all das zurückbekommen haben, was uns die großzügige, ausgabenfreudige Sozialpolitik der Regierung gekostet hat.“

„Der CNPF hat nichts von seinen alten Praktiken verlernt, er will unser System des sozialen Schutzes zerstören und vom Versicherungsprinzip zurück zu einer Form der Hilfe, gar zur Volksuppe.“ Der Kommentar des Generalsekretärs der Gewerkschaft CGT, Krasucki, beschreibt die Absicht ziemlich exakt. 1958, im Gefolge größerer Lohnstreiks, zwang die Arbeiterbewegung die Kapitalistenklasse zum Abschluß einer Vereinbarung über eine Arbeitslosenversicherung im nationalen Maßstab. Sie wurde paritätisch verwaltet, 30% der Beiträge zahlten die Arbeiter direkt aus ihrem Lohn, 70%

gingen zu Lasten der Kapitalisten. Bis heute genügten drei Monate Arbeit zur Begründung eines Leistungsanspruches, nach sechs Monaten betrug die Leistungsduer maximal drei Jahre bei mindestens 90% des gesetzlichen Mindestlohnes und höchstens 90% des vorherigen Bruttolohnes. Jugendliche und Frauen auf der Suche nach einer ersten Beschäftigung bekamen eine Unterstützung von 1000 bis 2000 FF monatlich, je nach Ausbildung. Frührentner erhielten bis zum 65. Lebensjahr 70% ihres Bruttolohnes aus der Arbeitslosenversicherung.

Auf die Weigerung des CNPF, sein Beitragsvolumen zwecks Ausgleichs des Defizits zu erhöhen, reagierte die französische Regierung am 4.11. mit einem Dekret, das die Zahlungen der Kapitalisten um 0,72 Punkte auf 3,48%, die der Arbeiter und Angestellten um 0,48 Punkte auf 1,32% anhob. Nach Kündigung des Abkommens durch die Kapitalisten erließ sie am 25.11. ein weiteres Dekret, das die Weiterarbeit der Versicherungskasse bis zum Abschluß eines neuen Vertrages sichern soll. Erfolge der Erpressungstaktik der Finanzbourgeoisie sind dabei unübersehbar: Frührentner werden künftig nur noch 65% ihres Bruttolohns erhalten, die Dauer des Leistungsbezuges beim Arbeitslosengeld wurde auf – je nach Versicherungs-



Einige zehntausend Arbeiter streikten in den letzten Wochen gegen Betriebsstilllegungen und Entlassungen. Versammlung im Stahlwerk Usinor/Deain.

dauer – 59 bis 83% der bisherigen Zeit und maximal 80% des Bruttolohns gekürzt.

Die einheitliche Abwehrfront aller Gewerkschaften verhinderte jedoch sowohl die Ausdehnung der Mindestarbeitszeit (für Leistungsgewährung) auf sechs Monate, als auch die Überweisung von Jugendlichen/Frauen ohne ersten Arbeitsplatz sowie der Langzeitarbeitslosen an die Sozialhilfe. Langzeitarbeitslose erhalten jetzt sogar 2043 FF anstelle von vorher 1023 FF.

Entgegen den interessierten Kommentaren der bürgerlichen Presse haben die vereinigten Kapitalisten damit ihr weitgestecktes Ziel nicht erreicht. Der nächste Angriff wird sicher bei den Verhandlungen über ein neues Abkommen erfolgen, jedoch auf eine Gewerkschaftsbewegung treffen, die ihre Aktionseinheit stärken konnte. Die kommenden Lohnkämpfe werden zeigen müssen, wie weit sie trägt.

Quellenhinweis: Syndicalisme, Okt/Nov. 83; l'Humanité; le Monde, versch. Ausgaben; Deuxième rapport sur les revenus des français

Niederlande Gewerkschaften stimmen Lohnsenkung zu

Die sozialdemokratischen Vorstände der niederländischen Gewerkschaften haben es fertiggebracht, der neuen Regierung unter dem früheren Metallkapitalisten Lubbers, dem ein Bankdirektor als neuer Finanzminister und ein Vorstandsmitglied des Chemiekonzerns AKZO als Außenminister zur Seite stehen, bereits nachzugeben, bevor sie ihr Amt überhaupt offiziell angetreten hat. Am 19.11. einigten sich die Gewerkschaften zum ersten Mal seit zehn Jahren wieder mit den Kapitalisten auf ein Rahmenabkommen für die Tarifverhandlungen im kommenden Jahr. Inhalt dieses Abkommens: Die Gewerkschaften verzichten auf die am 1.1.83 fällige Inflationsanpassung sämtlicher Tariflöhne um 2%, wenn die Kapitalisten im Gegenzug einer Verringerung der tariflichen Arbeitszeit zustimmen. Auch wenn durch dieses Abkommen, das durch Abkommen der Gewerkschaften mit den jeweiligen Kapitalistenverbänden noch ergänzt werden muß, die Effektivlöhne vieler Arbeiter weniger als 2% real sinken mögen, weil die Überstundenzuschläge steigen, und auch, wenn diese Lohnsenkung theoretisch in den im Frühjahr anstehenden Tarifverhandlungen durch tarifliche Lohnerhöhungen wieder korrigiert werden kann: den Lohnsenkungsabsichten der Kapitalisten sind dadurch neue Entfaltungsmöglichkeiten eröffnet. Die Erklärung der Gewerkschaften, die Verkürzung der Tarifarbeitszeit würde bei der Be-

kämpfung der Arbeitslosigkeit helfen, wird sich als eine unbegründete und närrische Hoffnung herausstellen, für die die Lohnabhängigen teuer zahlen müssen.

Die Gewerkschaften in den öffentlichen Diensten haben das als erste zu spüren gekriegt. Am 15.11. waren 25000 Lehrer an über 2000 Schulen des Landes mit Unterstützung großer Teile der Schüler in den Streik getreten, um die von der Regierung angekündigte Tariflohnsenkung für Lehrer um 1,65% abzuwehren. Der Streik, der von vornherein befristet war, wurde am 19.11. beendet. Am 22.11. streikten sodann 5000 Eisenbahner gegen die von der Regierung ab 1.1.83 geplante Einfrierung aller Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst. Zwar haben die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes weitere Streikaktionen für Dezember und Januar angekündigt. Nach dem „Rahmenabkommen“ des Gewerkschaftsbundes fehlt ihnen aber die dringend benötigte Unterstützung der Industriegewerkschaften. Die Regierung hat deshalb auch bereits angekündigt, daß sie an ihren Lohnsenkungsplänen im öffentlichen Dienst uneingeschränkt festhalten werde.

Quellenhinweis: *Algemeen Dagblad*, Ausgaben vom 15.11. bis 29.11.; *ZIN*, Zeitung des Industriebund FNV, Ausgabe vom 24.11.82

Großbritannien Automobilarbeiter gegen Intensivierung

420 Arbeiter aus der Lackiererei im Ford-Werk Halewood bei Liverpool streiken seit der letzten Woche. Die Kapitalisten wollen die Zahl der Arbeiter an den Lackierstraßen, die in Gruppen die Wagen auf die Lackierkammern vorbereiten, von jeweils vier auf drei senken und die Stückzahl beibehalten. Die Gewerkschaften antworteten mit dem Streik der Lackierer und legten damit fast den ganzen Betrieb lahm. Ähnlich mußten sich vor zwei Wochen die Polsterer im Werk Longbridge von British Leyland wehren. Ohne Einarbeitungszeit sollten vierzig von ihnen neue Sitzmodelle in den selben Zeiten wie für alte Modelle vorgegebenbauen. Als sie das nicht schafften, wurden sie zwei Tage später entlassen.

Die britischen Automobilarbeiter müssen eine ganze Reihe solcher Streiks durchführen, während die Kapitalisten in den Lohnkämpfen unbeschadet ihre Angebote durchsetzen. Ford z.B. hat 8,2% geboten, zum ersten Mal seit Jahren ein Angebot über der Inflationsrate von z.Zt. 6,8%. Trotzdem fand das Angebot bei den Vertrauensleuten keine Zustimmung, denn mit ihm verbunden waren höhere

Beiträge für die Arbeiter zur betrieblichen Krankenversicherung und die Einführung eines gestaffelten Krankengeldes. Nur knapp konnten die Kapitalisten das Angebot bei den 50000 Arbeitern durchsetzen, mit den Gewerkschaften verhandeln sie noch. Die 12000 Angestellten verlangen Arbeitszeitverkürzungen ähnlich denen, die im letzten Jahr für die Arbeiter ausgehandelt wurden (eine Stunde weniger pro Woche).



British Leyland, Longbridge

Nach den drastischen Lohnsenkungen der letzten vier Jahre suchen die britischen Automobilkapitalisten zur Zeit die Hauptauseinandersetzung auf dem Gebiet der Arbeitsintensivierung. Die Methoden der Antreiber sind dabei vielfältig. Leyland z.B. hat den „Produktivitätsbonus“ inzwischen auf 30 Pfund die Woche erhöht, das macht etwa 500 DM im Monat, und der „Bonus“ wird nur bei „entsprechender Leistung“ gezahlt. Bei 2000 DM brutto Grundlohn für einen Arbeiter sind die Zuschläge unbedingt notwendig.

Inzwischen spricht Ford nicht mehr von Produktivitätsunterschieden zwischen britischen und westdeutschen Fabriken, sondern von „gleichem Niveau“, das deutet das Ausmaß der Intensivierung der Arbeit in den letzten vier Jahren an. Möglich war sie auf der Grundlage von 3,1 Mio. Arbeitslosen und einer rigorosen Politik der Regierung, Lohnsenkungen vor allem gegen die untersten Lohngruppen im öffentlichen Dienst durchzusetzen, wie z.B. im Gesundheitswesen.

Wer z.B. bei einer Automobilfabrik als ungelernter Arbeiter entlassen wird, kann auf Arbeitslosengeld von weniger als 600 DM und auf Sozialhilfe warten. Sollte er z.B. Arbeit bei der Müllabfuhr finden, liegt sein Lohn ein Drittel unter dem Lohn bei Ford.

Quellenhinweis: *Socialist Worker*, versch. Ausgaben, *Financial Times*, November-Ausgaben

Portugal EG-Beitrittsabsichten sind Dynamit

Mit der Verfassungsänderung, durch die ab Oktober 1982 der Revolutionsrat aufgelöst und dessen Rechte dem Staatspräsidenten und dem Parlament übertragen wurden, sollte der Weg für Portugals Beitritt in die EG begründigt werden. Beseitigung der Landkommunen und der Betriebskooperativen sollen als nächstes unter Druck der westlichen Imperialisten als Auflage eingelöst werden. Fruchtbare Land läßt die Regierung veröden, um die Landkommunen auszutrocknen. Anträge der Kommunen, die Früchte des „Niemandslandes“ zu ernten, lehnte die Regierung ab. Stattdessen führte sie zur Deckung des inneren Bedarfs Olivengel und Obst aus Spanien ein.

In der Union Geral Trabalhadores (UGT), einer regierungs- und staatstragenden Gewerkschaft, mehren sich die Widersprüche. In einem Interview mit der Zeitung Ponto am 25.11.82 kritisierte das Vorsitzende Jose Luis Judas die bisherige Politik der UGT und forderte die Zusammenarbeit mit der Intersindical (CGTP), in der die Mehrheit der Einzelgewerkschaften vertreten ist. Die UGT hat sich bisher zum Fürsprecher des EG-Beitritts gemacht. Vielleicht aus diesem Grund oder gerade deshalb ist die UGT von nordamerikanischen Gewerkschaften und dem DGB mit beträchtlichen Summen finanziell unterstützt worden. Im eigenen Land wird der UGT mit dieser Politik mehr und mehr die Basis entzogen. Im Nordsektor des Landes, bisher Hochburg der UGT, mußte sie empfindliche Wahlniederlagen hinnehmen. Die Mitglieder der „Sindicato Bancario Norte Portugal“ haben sich eindeutig als Interessenvertreter die CGTP gewählt. Im Bankbereich hat die Regierung bereits Privatisierung zugelassen, die die UGT mit unterstützt.

Bei schwindenden Mitgliederzahlen zeigt die UGT Interesse an Zusammenarbeit mit der CGTP trotz massiver Drohung der Regierung. Mitte November unterbreitete die UGT der Intersindical einen Vorschlag für die gemeinsame Vorbereitung und Durchführung eines erneuten Generalstreiks gegen die Regierung. Die Inflation steht bei 23%, die Auslandsverschuldung wird offiziell mit 12 Mio. Dollar beziffert. Mit Eintritt in die EG wird Portugal zwangsläufig zum Spielball der dominierenden Kraft in der EG. Schon heute ist kaum ein westdeutscher Konzern nicht im Industriegürtel südlich von

Lissabon vertreten. Vollständige Öffnung des Waren- und Kapitalmarktes wird gefordert. Nicht nur die Gewerkschaften kämpfen gegen die Reaktion. In der Armee hat sich bereits eine selbständige revolutionäre Vereinigung gebildet, deren Ziel die Fortführung der Revolution ist. Sie sucht die Verbindung zu den Gewerkschaften.

Quellenhinweis: Ponto, Journal, Dia Reo

Indien

Streik in Bombay geht weiter

Trotz mehrfacher Versuche der Textilfabrikanten, den seit Januar andauern- den Streik der 250000 Arbeiter mittels Staatsgewalt und Streikbrechern zu brechen, dauert der Ausstand an. Die Textilarbeiter sind größtenteils in ihre Heimatstädte an der Westküste Indiens zurückgekehrt, wo sie von ihren Familien unterstützt werden.

Um ihre immer schwieriger werden- de wirtschaftliche Situation zu über- winden, hat der Verband der Textilindustriellen bei der Industrie-Entwick- lungsbank von Indien einen größeren Kredit beantragt. Sie sind nach wie vor nicht bereit, Verhandlungen mit der Maharashtra Girni Kamgar (MGKU) des Dr. Datta Samant aufzunehmen. Ein Sprecher des Verbandes der Fabrikbesitzer meinte: „Wenn die Bank unseren Vorschlag akzeptieren würde für einen 75%-Kredit auf die Vermögenswerte der einzelnen Fabriken, würde vielen von uns geholfen sein, unsere Liquiditätsprobleme zu lösen.“

Gleichzeitig machen sie mit Unter- stützung der Bundesregierung von Ma- harashtra in einzelnen Städten Propa- ganda für die Rückkehr der Arbeiter zu ihren Arbeitsstätten. Immerhin hatten sie insoweit Erfolg, daß eine Sek- tion der Gewerkschaft in Bombay teil- weise wieder arbeitet. Als Reaktion ha- ben die Gewerkschafter eine Rundreise durch verschiedene Städte an der Westküste durchgeführt, bei der Dr. Samant die Arbeiter zum Durchhalten aufforderte. Ein Fabrikbesitzer hatte Arbeitern in der Region Konkan ange- boten, Busse zu schicken, mit denen die Arbeiter kostenlos zu den Produktionsstätten zurückgebracht würden. Allerdings ohne Erfolg.

Die Polizei hat ihre Patrouillen im Fabrikgebiet „gegen Übergriffe“ auf die wenigen Streikbrecher verstärkt. Die Gewerkschaft hat begonnen, an alle organisierten Arbeiter einen Bonus von 50 Rs. auszuzahlen. Die ursprüng- liche Kernforderung Anfang des Jah-

res war eine Erhöhung um 45 Rs. Der Grund war die erhebliche Benachteiligung der Textilarbeiter im Lohn gegen- über den übrigen Industriearbeitern. Diese 45 Rs. haben die Fabrikbesitzer jetzt in Aussicht gestellt für Arbeiter, die zurückkommen. In der indischen Presse wird die Situation so dargestellt, als ob die meisten Arbeiter aus Angst vor Repressalien nicht zurückkehren würden.

Allerdings wird die wirtschaftliche Situation der Familien augenblicklich schlechter, da eine anhaltende Trockenperiode in den Bundesstaaten Ma- harashtra und Gujarat zu Ernteeinbußen gegenüber dem Vorjahr zwischen 25 und 40% geführt hat. Die Fabrikbe- sitzer haben bereits geäußert, sich diese Situation zunutze zu machen und neue Arbeitskräfte anzulernen. Doch augenblicklich werden diejenigen, die arbeiten, lediglich zur Instandhaltung der Maschinerie eingesetzt.

Quellenhinweis: Times of India, Bombay, versch. Ausgaben; Frontier, New Delhi, 11. Nov. 82

Brasilien

Nach den Wahlen droht IWF-Diktat

Am 15. November fanden in Brasilien die ersten Wahlen seit 18 Jahren statt. Gewählt wurden 23 Gouverneure, ein Drittel der Senatsvertreter, 479 Abge- ordnetenhaussitze und die Gemeinde- und Länderparlamente. Vier Oppo- sitionsparteien kandidierten gegen die regierende sozialdemokratische PDS des Ministerpräsidenten Figueiredos, die Partei des imperialistischen und von ihm abhängigen Kapitals und der Großgrundbesitzer. Alle Oppo- sitionsparteien, die PMDB (Partei der demo- kratischen Bewegung Brasiliens), die PTB (Brasilianische Arbeiterpartei),



Arbeiterdemonstration in Salvador do Brasil

die PDT (Demokratische Arbeiterpar- tei) und die PT (Arbeiterpartei) bezogen sich in ihren Wahlausagen auf die Forderungen der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung und die nach Agrar- reform.

Bereits im Vorfeld der Wahlen hatte die Regierung den Wahlausgang ge- setztlich abgesteckt: Um zu verhindern, daß sich die Fortschritte besonders der Industrie- und Landarbeitergewerkschaften in einer parlamentarischen Niederlage für die Regierung auswirken, wurden Koalitionen und Wahlab- sprachen verboten; erhielten die Industriestädte im Verhältnis zur Bevölke- rung weniger Sitze in den Bundesparla- menten; mußte der Wähler Namen der Partei und ihrer Kandidaten selbst auf den Stimmzettel schreiben; konnte für alle Parlamente nur *eine* Partei gewählt werden. Jedoch die entscheidende Maßnahme: Von den 125 Mio. Brasi- lianern waren nur 50 Mio. wahlberechtigt, denn ca. 30 Mio. wurden als Voll- analphabeten vorher von der Wahl ausgeschlossen. Diese Maßnahme sollte den Wahlerfolg der regierenden PDS gerade in den ländlichen Regionen sichern und das Stadtproletariat vom Lande abschneiden.

In zehn Bundesstaaten mit einer Be- völkerung von über 70 Mio. gewannen die Oppositionsparteien (in neun die PMDB, in einem die PDT) die Gouverneurswahlen; in den bevölkerungs- reichsten wie Sao Paulo, Rio de Janei- ro und Minas Gerais deutlich. Die PDS stellt zwölf Gouverneure im agrari- schen Nordosten und im Süden (hier leben ca. 55% der Bevölkerung auf dem Lande, in Gesamtbrasilien nur 40%), verlor jedoch auch hier in den größeren Städten. Stärkste Oppo- sitionspartei ist die PMDB; PT, PDT und PTB sollen jeweils 7–10% erhalten haben. Durch die Übergewichtung gerade der kleineren Wahlkreise will die Regierung im Wahlmännergremi- um, welches den Ministerpräsidenten wählt, die Mehrheit behalten. (Das amtliche Endergebnis lag bei Redak- tionsschluß noch nicht vor).

Bevor die neue Regierung, mit oder ohne Oppositiobeteiligung, gebildet sein wird, droht die Umschuldung vor dem Internationalen Währungsfonds. Bei einer Gesamtverschuldung von fast 80 Mrd. \$ verlangen die imperialisti- schen Banken Zahlungen von 17 Mrd. \$, davon allein 10 Mrd. \$ Zinsen (Export Brasiliens 1981 ca. 20 Mrd. \$) für 1983. Die letzten Überbrückungskredi- te in Höhe von 0,9 Mrd. \$ stellten sechs US- und BRD-Banken. US-Präsident Reagan wird bei seinem Besuch An- fang Dezember in Brasilien die Bedin- gungen für weitere Kredite nennen: Preiserhöhungen, Lohn-, Sozialausgaben- und Importkürzungen.

Quellenhinweis: Lateinamerika-Nachrichten 108; FAZ, 16. u. 27.11.82; Was tun, 18.11.82

Demokratisches Kampuchea

„In strategischem Sinne haben wir die Vietnamesen schon geschlagen“

Auszüge aus einem Gespräch der Redaktion mit dem U.N. Botschafter des Demokratischen Kampuchea Thiounn Prasith vom 9. November 1982.

Erneut hat am 28. Oktober 1982 die U.N.-Generalversammlung zum vierten Mal mit großer Mehrheit eine Resolution gegen die vietnamesische Besetzung des Demokratischen Kampuchea verabschiedet. Was sind die Hauptpunkte der Resolution und was ist ihre politische Bedeutung?

Die erneute Abstimmung bestätigt die früheren Resolutionen. Die vier Hauptpunkte dieses Rahmenplanes für eine gerechte und umfassende Friedenslösung in Kampuchea sind: 1. vollständiger Abzug aller fremden Truppen, 2. Wiederherstellung und Erhaltung der Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität, 3. Selbstbestimmungsrecht für das kampucheanische Volk und 4. Verbot jeglicher Einmischung und Intervention in die inneren Angelegenheiten Kampuchreas durch andere Staaten.

Wichtig an der neuerlichen Abstimmung ist die ständig steigende Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft: 1979 wurde die Resolution mit 91 Stimmen angenommen, 1980 mit 97 Stimmen, 1981 mit 100 Stimmen und 1982 mit 105 Stimmen, das sind $\frac{2}{3}$ der nunmehr 157 Mitgliedstaaten der U.N. Das ist sehr wichtig für uns. Klar ist, daß wir, um zu gewinnen, den Kampf auf militärischem Gebiet weiter verstärken müssen. Das ist die Grundlage. Ohne militärischen Kampf gegen die vietnamesischen Besetzer gäbe es keine „Kampuchea-Frage“ in der U.N.

Wir wissen aber auch sehr gut, daß der militärische Kampf allein den Krieg nicht verkürzen kann. Wir sind nicht in der Lage, die militärische Besetzung zum Abzug zu zwingen. Das heißt für uns: Wir müssen die internationale Unterstützung vergrößern und damit den politischen, ökonomischen und finanziellen Druck auf Vietnam verstärken, um letztendlich den Rückzug zu erzwingen. Darin liegt die Bedeutung der wachsenden internationalen Unterstützung. Gleichzeitig bedeutet sie eine große Ermunterung für das kampucheanische Volk, für die Führung der Regierung des Demokratischen Kampuchea und für die jetzige Koalitionsregierung.

Die U.N. hat jetzt die Koalitionsregierung als rechtmäßige Vertretung des Demokratischen Kampuchea anerkannt. Was sind die Grundlagen der Koalitionsübereinkunft?

Das erste Ziel ist: alle nationalen Kräfte zu mobilisieren, um die vietnamesische Besetzung zum vollständigen Rückzug zu zwingen. Das zweite ist die Durchsetzung der U.N.-Resolution. Außerdem sind Prinzipien zur praktischen Arbeit der Koalitionsregierung in den Dokumenten von Kuala Lumpur vom Juni 1982 festgelegt.

Wie wir wissen, war es das Bestreben der Regierung des Demokratischen Kampuchea, nach der Besetzung des Landes Anfang 1979 alle Kräfte im Kampf gegen die Besetzer zu einigen. Welche Haupthindernisse waren zu überwinden?

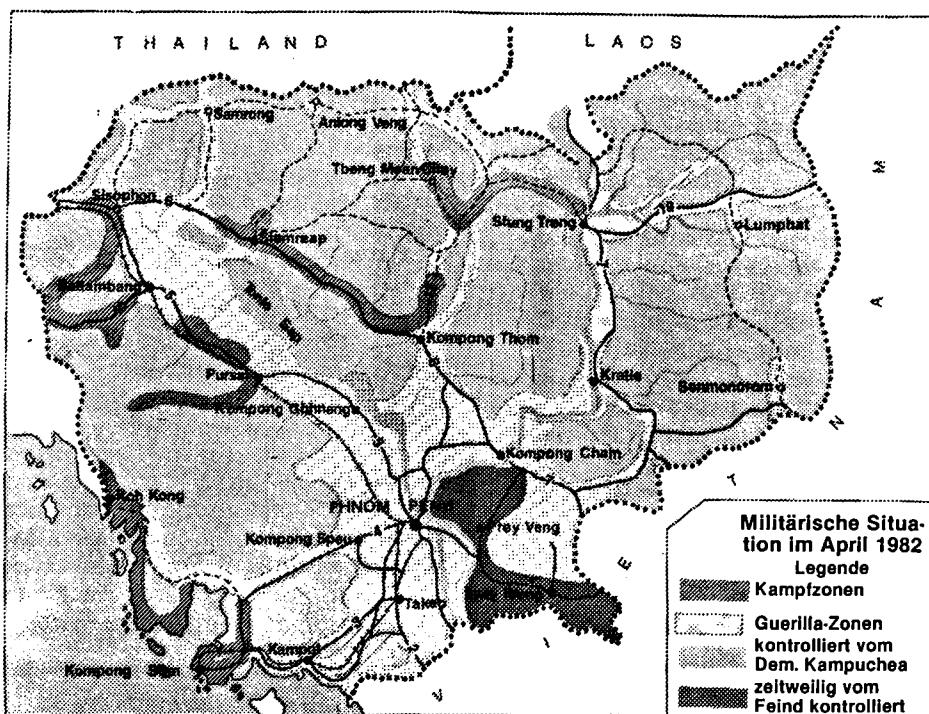
Wie schon gesagt, das Hauptziel der Koalitionsregierung ist es, alle nationalen Kräfte zu mobilisieren, um den

die vietnamesische Besetzung zu bekämpfen. Wir glauben, daß Schritt für Schritt in diesem Kampf das gegenseitige Verständnis wachsen wird und daß wir Schritt für Schritt unsere Zukunft gemeinsam aufbauen können.

Das Demokratische Kampuchea hofft sehr, daß auch nach dem Abzug der Vietnamesen eine gemeinsame Regierung weiterbestehen wird, also nach den Wahlen, die gemäß der U.N.-Resolution unter Aufsicht der U.N. dann durchgeführt werden. Wir glauben, daß das von großer Bedeutung ist. In der Vergangenheit konnte Kampuchea erfolgreich überfallen werden, weil seine Kräfte nicht geeint waren.

Wie stellt sich die militärische Lage nach vier Jahren Kampf heute dar?

Wir unterscheiden drei regionale Zonen: die befreiten Zonen, sie umfassen gut 50% des Landes und dort leben etwa zwei Millionen der Bevölkerung; die Guerillazonen, auch hier leben etwa zwei Millionen Menschen, und dann gibt es noch Kampfzonen, diese



Demokratisches Kampuchea – veröffentlicht vom Oberkommando der Nationalen Armee des Demokratischen Kampuchea

Kampf gegen die vietnamesische Besetzung zu verstärken und ihn nicht zu schwächen. Demnach mußte das Demokratische Kampuchea, das die rechtmäßige Regierung des Landes ist, dies zur Grundlage seines Vorschlags für die Koalitionsregierung machen. Dabei schlug das Demokratische Kampuchea vor, die Regierungsgewalt gleichberechtigt zu teilen. Gleichzeitig hatte es aber klar zu machen, daß die Vorherrschaft einer Partei nicht akzeptabel wäre. Auf diese Grundlage haben wir uns nach langen Verhandlungen geeinigt. Sicher, es gibt unterschiedliche Ansichten über die Zukunft, aber wir sind nun geeint in der Hauptsache,

sind hauptsächlich entlang der Verkehrswege, das heißt also entlang der Versorgungslinien des Feindes. Die Vietnamesen halten die wichtigsten Städte, die Hauptstadt und die Gegend südlich davon zur vietnamesischen Grenze besetzt, dort leben weniger als zwei Millionen.

Wir kommen jetzt in die fünfte Trockenzeit. Die Kräfte des Feindes sind nach vier Trocken- und vier Regenzeiten, in denen wir den Guerillakampf geführt haben, zermürbt. Der Feind hat Probleme der Rechtfertigung des Krieges vor seinen Soldaten, und die Moral seiner Truppen sinkt ständig. Zu Beginn, 1979, hatte die vietnamesi-

sche Führung ihren Soldaten versichert, es sei leicht, Kampuchea zu erobern und daß sie kämen, um Kampuchea zu befreien. Nach vier Jahren Kampf – viele Soldaten sind gefallen – konnten die Soldaten selbst sehen, daß beides nicht stimmt. Selbst mit der erheblichen sowjetischen Militärhilfe war es den Vietnamesen nicht möglich, unsere Kräfte zu überwinden.

Wie wird der Kampf für die zu erwartende Offensive der Vietnamesen in der jetzt beginnenden Trockenzeit vorbereitet?

Auch in der kommenden Trockenzeit wird unsere Taktik sein: Nicht den Feind frontal angreifen, wenn er in unsere Zone eindringt, sondern ihn an den Flanken und im Rücken anzugreifen und die Versorgungslinien zu unterbrechen. Unser Guerilla-Kampf hat das Ziel, die Kräfte des Feindes zu zerstören, sie zu dezimieren und andererseits unsere Kräfte zu schonen und unsere Armee zu verstärken.

Haben Sie Zahlen über die Truppenstärke der Besatzer und über die Anzahl der kampucheanischen Truppen und der Guerrilla-Kämpfer?

Zu Beginn kamen die Vietnamesen mit etwa 100000 Soldaten. Sie dachten, das sei ausreichend. 1980 waren es etwa 250000 plus 50000 in ihrer Zivilverwaltung. Jetzt, denke ich, haben sie etwa 200000 Soldaten in Kampuchea. Zu unseren Kräften, möchte ich sagen, veröffentlichten wir im Augenblick keine Zahlen. 1980 hatten wir etwa 60000 Soldaten in der regulären Armee und etwa 50000 Guerilla-Kämpfer. Dies sind die Kräfte des Demokratischen Kampuchea.

Können Sie etwas über die Kräfte der anderen Partner in der Koalitionsregierung sagen?

Darüber wissen wir nichts genaues. Wir kämpfen autonom in unseren Zonen. Wenn die Son Sann Partei gegen die Vietnamesen kämpfen will, dann kämpfen sie in ihrer Zone. Ich habe gehört, daß Son Sann auf militärische Hilfe von außen wartet. Aber in der Lage, in der wir sind, kann keine Armee ihre Kräfte verstärken, wenn sie nicht kämpft. Wenn eine Armee damit wartet, bis sie militärische Unterstützung erhält, bis sie gut ausgerüstet ist, woher soll sie dann die Soldaten nehmen? Das Volk setzt keine Vertrauen in eine solche Armee. Nur indem wir kämpfen, können wir dem Volk zeigen, wer sein Leben, sein Land verteidigt. Und es sind die Söhne des Volkes, die die Armee bilden. Sie werden nicht in eine Armee eintreten, die nicht kämpft. Nur durch Kampf können wir unsere Kräfte verstärken.

Wir wünschen mehr Koordination, aber da das derzeit nicht möglich ist – nach den Koalitionsbestimmungen kämpft jeder Partner unabhängig mit seinen Kräften – haben wir trotzdem ein wichtiges Ziel erreicht, es gibt keine

Kämpfe untereinander.

In welcher strategischen Phase befindet sich der Kampf im Lande?

Wir sind nunmehr am Ende der zweiten Phase, die wir Gleichgewicht der Kräfte nennen, diese Phase kann noch einige Zeit andauern. Wir müssen mit weiterer Verstärkung der Kräfte der Besatzer rechnen. Derzeit bereiten wir uns darauf vor, in die dritte Phase einzutreten, die wir die Offensive nennen, nicht die endgültige Offensive, aber die strategische Offensive.

Was können die Leute in Westdeutschland tun, die den Kampf des kampucheanischen Volkes unterstützen wollen?

Zwei Dinge: 1. Sie können Unterstützung im politischen Bereich leisten, indem sie der westdeutschen Bevölkerung den Charakter des Kampfes gegen die vietnamesischen Besatzer erklären, um damit den politischen Druck auf Vietnam zu verstärken. Dieser Druck muß auch durch die Regierung der BRD ausgeübt werden. Wir sind erfreut, daß die westdeutsche Regierung uns in dieser Angelegenheit unterstützt. Auch ist wichtig, daß die europäischen Länder Vietnam keine materielle Unterstützung gewähren. 2. Sie können materielle Hilfe leisten und die westdeutsche Bevölkerung dafür mobilisieren. Insbesondere brauchen wir Medikamente gegen Malaria. In einigen Gegenden hat die Malaria mehr Leute getötet als die Besatzer.

Können Sie etwas zu der fortgesetzten Greuelpropaganda in der bürgerlichen Presse gegen das Demokratische Kampuchea sagen?

Vietnam hat als einen seiner Vorwände für den Überfall auf Kampuchea ausgegeben, sie müßten das Land befreien von dem dort herrschenden Greuel. Sie behaupteten, unsere Regierung hätte mehr als drei Millionen Menschen umgebracht. Als erstes möchte ich dazu sagen: Hätte unsere Regierung tatsächlich Völkermord am eigenen Volk verübt, könnte diese Regierung nicht bis jetzt überlebt und erfolgreich den Guerilla-Kampf gegen die Besatzer geführt haben, denn die Führung eines Guerilla-Kampfes ist ohne Unterstützung des Volkes unmöglich. Wäre diese Völkermordgeschichte wahr, hätte das Volk mit allen Mitteln versucht, sich dieser Führung zu entledigen. Das Gegenteil ist der Fall. Wir können unsere Kräfte im Kampf gegen die Besatzer verstärken und erhalten mehr und mehr Unterstützung durch die Bevölkerung.

Sodann gibt es einige Widersprüche in den Angaben über die Bevölkerungszahlen. Im März 1976 zählte die Bevölkerung 7,6 Millionen. Wenn unsere Regierung wirklich drei Millionen umgebracht hätte, so wären jetzt lediglich vier Millionen übrig. Die Vietnamesen geben die Bevölkerungszahl jetzt mit über sechs Millionen an. Sie

geben diese Zahl an, damit sie mehr internationale Hilfe bekommen. Dann als drittes möchte ich sagen: Wer kann glauben, daß die Vietnamesen bei ihrem Überfall keine Kampucheaner getötet hätten? Tatsächlich haben sie mehr als zwei Millionen unseres Volkes umgebracht, viele durch Hungersnot, die sie wissentlich herbeigeführt haben. Dieses Vorgehen ergibt sich aus dem besonderen Charakter dieses Krieges, in dem es den Vietnamesen hauptsächlich um die Annexion unseres Landes geht, auch ohne Kampucheaner.

Sicher hat unsere Regierung Fehler gemacht und dies auch erkannt. Durch diese Fehler sind einige 10000 Menschen umgekommen. In der Haupts-



In der Region um Angkor im Juni 1982

che hat unsere Führung jedoch dafür gekämpft, Kampuchea unabhängig zu machen und zu erhalten. Schon in den Jahren 1975 bis 1978 mußten wir einen ständigen Kampf gegen die vietnamesische Unterwanderung führen, um eine „stille“ Annexion Kampuchea wie in Laos zu verhindern. Dabei verstärkte die vietnamesische Agententätigkeit in Regierung und Partei Fehler unserer Regierung. So sind sie verantwortlich dafür, daß vor allem viele Intellektuelle umkamen, von denen sie wußten, daß sie gegen eine vietnamesische Annexion waren. Auch verübten sie viele Sabotageakte, um das Volk gegen die Regierung aufzubringen. Das sage ich nicht, um die Fehler unserer Regierung zu verdecken, sondern zum Verständnis der Lage in dieser Zeit, in der sich Kampuchea in der dauernden Gefahr einer „stillen“ Annexion durch Vietnam befand und die, als sie sich als nicht durchführbar erwies, in den offenen Überfall auf Kampuchea mündete.

Mittel zur Unterstützung des Kampfes des Demokratischen Kampuchea können gesandt werden an die Ständige Vertretung des Demokratischen Kampuchea bei der UNESCO, 2 Place Barcelona, 75016 Paris, Frankreich.



Kalahari:

Freiheitsoper zum Befreiungskampf in Azania

Am 31. Oktober wurde im Rahmen des Mannheimer Jazz-Festivals die Oper von Dollar Brand „Kalahari“ aufgeführt. Diese Veranstaltung war die letzte einer Tournee durch die Bundesrepublik. Thema war die Darstellung der Geschichte und des Kampfes des Volkes von Azania. Dollar Brand selbst (siehe Bild rechts) kommentierte die einzelnen Szenen in Englisch entweder mit Klavierbegleitung oder Unterstützung durch seine Band. Die meisten Lieder, die von der Gruppe gesungen wurden, waren in Xhosa, eine der am meisten gebrauchten Sprachen in Südafrika. Es wurde sowohl mit Tanz und Chorgesang, als auch mit kurzen beleuchteten Standbildern der Darsteller gearbeitet.

Zu Beginn wurde dargestellt, wie die Ureinwohner Afrikas gemeinsam mit dem ganzen Dorf auf die Jagd gingen und das Erlegen und Aufteilen der Beute eine gemeinsame Verrichtung war. Es wurde mit pantomimischen und tänzerischen Darstellungen gezeigt, wie sich das Leben auf dem Dorf abspielte. In weiteren Szenen wurde die beginnende Kolonialisierung dargestellt, hier in Form eines gestrandeten weißen Seemanns, der erst gesundgepflegt wird und dann mittels Waffengewalt die Macht an sich reißt und aufkeimenden Widerstand blutig unterdrückt. Eine Szene zeigt ihn dann mit einer Flinte in der Hand und einem Kreuz

um den Hals als Beherrscher des Stammes.

Die Trennung von der Familie, vom Dorf und dem ursprünglichen Wohnort wird in den folgenden Szenen dargestellt, ebenso die Arbeit für die weiße Siedlerschicht. Aufkommender Protest gegen die Paßgesetze und gegen die Rassengesetzgebung in Demonstrationen wird durch afrikanische Gesänge mit geschichtlichem Kommentar ausgedrückt. Weiße Siedlerpolizei geht gegen die demonstrierenden Afrikaner vor, die auch hier die Freilassung von Nelson Mandela fordern. In seinen Kommentaren weist Dollar Brand auf die Kämpfe der Bevölkerung hin, die sich zuerst auf die Aufhebung der Paßgesetze bezogen. Mit dem Bild eines erschossenen Jugendlichen wird auf das Massaker von Sharpeville 1960 hingewiesen. Die Beerdigung des Erschossenen wird zum Anlaß für die Proklamation des Widerstandes genommen. Hier wird auch in der Oper ein Wendepunkt dokumentiert, daß der friedliche Protest nicht zum Erfolg führte und nur der bewaffnete Kampf die weiße Siedlerherrschaft bricht.

Kurze Szenen zeigen, wie sich das Bewußtsein und die eigene Nation entwickelten und auch die Lösung von der Siedlerkultur und Religion (siehe Bild links). Dollar Brand selbst ist zum Islam übergetreten. Politisch bezieht er sich auf den ANC (African Nationalist Congress), der eine Be-

freiungsorganisation des azanischen Volkes ist. Zum bewaffneten Kampf gegen das Siedlerregime wird zum Abschluß noch einmal eindrucksvoll aufgerufen: Ein Büro wird von bewaffneten Befreiungskräften überfallen, nachdem die dortige Ausbeutung und Unterdrückung gezeigt war. Der Aufstand wird niedergeschlagen, aber die Forderungen des azanischen Volkes nach Regierungsgewalt werden verbreitet und der bewaffnete Kampf bis zum Sieg wird geführt. Ein in dem Büro ausgebauter Arbeiter schließt sich der Befreiungsbewegung an. Analog zu der Szene am Beginn des Stückes, als die Afrikaner von ihren angestammten Wohnsitz vertrieben und zur Arbeit in die Städte gezwungen wurden, wird jetzt gezeigt, wie für den Befreiungskampf die politisch notwendige Trennung von der Familie und dem Zuhause stattfindet.

Dollar Brand hat als Jazzmusiker immer in seiner Musik die Verbundenheit zu der afrikanischen Kultur dokumentiert. Er benutzte für die Freiheitsoper traditionelle Stücke der Länder des südlichen Afrika. Die Kritiker hier haben Hochachtung vor seiner Musik, aber nicht vor seiner Parteinahme für das Volk. Die Aufführung hat trotz einiger Ausdrucksschwächen einen großen Eindruck hinterlassen, weil die Kultur genutzt wird zur Unterstützung des Befreiungskampfes.

Protestantische „Innerlichkeit“

Zu welch reaktionärem Mief sich protestantische Frömmel und Jugendbewegung vor 200 Jahren verbanden, das kann man an dem 1777 erschienenen Traktat „Henrich Stillings Jugend, Jünglingsjahre, Wanderschaft und häusliches Leben“ studieren. Das Bändchen soll damals einen starken Einfluß auf die Jugend ausgeübt haben. Der Verfasser stammt aus einer pietistischen Gemeinde im Siegerland und zählt noch heute zu den Standardautoren in evangelischen Bibliotheken. Auf 364 Seiten wälzt er seine Lebensgeschichte und vor allem seine reaktionären Anschauungen aus. So, daß die Aufgabe der Frauen sei, „so unbekannt und verborgen zu leben, als nur immer der Wohlstand erlaubt“, daß Bauern „gute natürliche Leute“ sind, die vor Freude an der Natur ihre Bedrückung durch Fronherren und Adel vergessen, daß der polnische Reichstag (nach der ersten Teilung Polens, d. Red.) eine Quasselbude sei, „wo ein jeder tat, was ihm recht dauchte“, daß das Abschlachten von „Kannibalen“ in Südamerika „er götzlich“ sei usw. Kernstück dieser Spießereinsichten aber ist die Unterwerfung unter die herrschenden Ausbeuter, von seinem Freund Goethe später in der Geheimratsweisheit „Schuster, bleib bei deinem Leisten“ ausgedrückt. Bei Jung-Stilling liest sich das so: „Wer gering ist, kann durch Demut groß werden, und wer vornehm ist, kann durch Stolz geringen werden.“

H.J. Jung-Stilling, *Henrich Stillings Jugend, Jünglingsjahre, Wanderschaft und häusliches Leben*, Reclam 662, Stuttgart 1979, 10,50 DM.

Kath. Lebensleitfaden: „Pflücke den Tag“

Unter diesem Sinnspruch, der von dem römischen Dichter und Lebenskünstler Horaz stammt, hat der Herder-Verlag ein Buch mit stimmungsvollen Naturfotografien, (Mohnblume im Kornfeld, Brandung am Strand, Spuren im Schnee etc.) und kurzen Texten in Gedichtform vorgelegt. Das Buch – der Verlag stellt die Autoren ausdrücklich als jung heraus – ist ein Renner: trotz des stolzen Preises in knapp einem Jahr mehr als 10000 verkaufte Exemplare. Die Liebe, Ich und Du und Gott, der Nächste, neuer Geist und neues Leben, Kraft zum Leiden, zum Ertragen von Enttäuschungen sind

Themen der Texte, die zum Nachdenken über sich selbst, das oft als sinnentleert empfundene Dasein anregen sollen. Die Richtung des Nachdenkens: Umkehr in dieser untergehenden Welt („Ab und zu beginnt selbst der Realist zu träumen / von einem anderen Leben / von einem friedvollen Leben / von dem Sehen, das er ganz neu beginnen will . . .“), eine positive Einstellung zum Glauben, zur Metaphysik („Vielleicht sollten wir uns von dem / Aberglauben lossagen / alles verstehen zu müssen . . .“) und schließlich Gott („Ich kann einen anderen halten / an der Hand / ein anderer hält mich / an der Hand / am Leben“). Der Gehalt dieser Sinnsprüche gleicht zuweilen schnulzigen Schlagertexten: „Es gibt Momente / da wünschte ich / ich wäre ein Boot / für dich . . . ein Boot, das schwer genug ist / für all deinen Ballast, den du mit dir trägst / ein Boot, das niemals kentert / egal, wie unruhig du bist . . .“ Da wogt die „Lebenssee“, auch auf dem begleitenden Foto, da schmelzen die „Eisberge um dich“ – die Begriffsbildung verrät die Absicht, statt Reflektion über gesellschaftliche Widersprüche und deren individuelle Erfahrung schicksalsschwangere Stimmungen zu erzeugen. Dieser „Leitfaden für eine positive Lebenseinstellung“ zielt auf ein jugendliches Publikum; Oberschüler(innen) mit ihren schulisch verdrehten Weltvorstellungen dürften das bevorzugte Objekt sein, zumal Texte und Bilder durchaus friedens- und ökobewegt daherkommen.

Bickel/Steigert: *Pflücke den Tag*, Herder-Verlag, Freiburg 1981, 19,50 DM

Filme über Palästina

Der Film „Eines Tages werden wir zurückkehren“, von der Münchner Medienwerkstatt für das Fernsehen gedreht, aber nie gesendet, zeigt das Leben der Palästinenser im Lager Bourj Al Barajne in Beirut, bevor es während der libanesischen Invasion von den Israelis zerstört wurde.

Die PLO hat seit Beginn der 60er Jahre dafür gesorgt, daß Häuser an Stelle von Zelten gebaut, die Trinkwasserversorgung organisiert und Schulen und Werkstätten gebaut wurden. Die von der PLO-Organisation SAMED (Verband der Werkstätten für Kinder palästinensischer Märty-

rer) betriebenen Werkstätten z.B. produzieren Gegenstände für den Eigenbedarf der Palästinenser und für den Export; außerdem bilden sie Jugendliche in Berufen aus.

Die Generation, die in diesen Lagern aufwächst, kennt Palästina nur aus den Schilderungen der Eltern oder Großeltern. Besonders kümmert sich die PLO um die Kinder von gefallenen Kämpfern: es gibt Kinderheime in den Lagern, und in einigen arabischen Ländern wurden in den letzten Jahren Internate aufgebaut. Wichtige Erziehungsziele – von einem Mitglied des Palästinensischen Nationalrats erläutert – sind die Pflege palästinensischer Kultur, die Kenntnis der Geschichte und Vorbereitung auf das Zusammenleben von Juden, Christen und Moslems in einem demokratischen Staat Palästina.

Der Film schildert, wie jede Familie im Lager durch Tod oder Gefangenschaft eines Familienmitglieds vom Kampf ihres Volkes betroffen ist und wie die Kinder mit der ständigen Bedrohung durch israelische Angriffe fertig werden.

„Die Schlacht um Jerusalem“ erzählt die Geschichte der „heiligen Stadt“ dreier Religionen: Noch 1880 stand sie unter türkischer Herrschaft; im Teilungsplan der UNO 1947 war Jerusalem als internationales Territorium vorgesehen, aber die Zionisten haben sie – wie ganz Palästina – Schritt für Schritt erobert.

Stationen auf diesem Feldzug waren das Massaker von Deir Yassin und die Vernichtung der Ortschaft Emmaus an der Straße von Tel Aviv nach Jerusalem.

Seit 1967, seitdem sie auch den Ostteil der Stadt besetzten, haben die Israelis systematisch die arabischen Viertel zerstört, ihre Bewohner enteignet und vertrieben, sie haben ihnen buchstäblich die Häuser über dem Kopf zusammenfallen lassen.

„Kafr Kassem“ ist ebenfalls ein Dokumentarfilm, der das Massaker an den Bewohnern von Kafr Kassem rekonstruiert. Alle drei Filme können mit 16-mm-Projektoren auf Veranstaltungen gezeigt werden.

Bezugsquellen: „Eines Tages werden wir zurückkehren“ (1980/81, 43 Min.) und „Die Schlacht um Jerusalem“ (1980, 50 Min.) Zentralfilmverleih, Friedensallee 7, 2. Hamburg 50; „Kafr Kassem“ (1974): CINE TERZ & Filmarchiv der ISPA, Buschstr. 18, 53 Bonn

TV-Serie „Europa unterm Hakenkreuz“ Der diabolische Führer und die dummen Volksmassen

Insgesamt 13 „Städte und Stationen“ umfaßt die gegenwärtig in der ARD laufende Fernsehserie, die angeblich „die neuesten Erkenntnisse der Wissenschaft berücksichtigt“ und gleichzeitig „für jeden verständlich“ sein soll (1). Angesprochen werden soll „die Mehrheit, die Hitler nur noch vom Hörensagen kennt“, versprochen wird die Aufhellung von „Zusammenhängen und Mechanismen, die ein solches Regime an die Macht kommen ließen, das unvorstellbare Grausamkeiten und Völkermord beging, das weite Teile Europas verwüstete – und das zugleich fast eine ganze Nation in begeisterten Taumel versetzte“ (Klappentext Begleitheft).

Von Aufhellung kann hingegen weder in den Sendungen noch in dem ebenso schlechten wie teuren Begleitheft die Rede sein. Zur gleichen Sendezeit wie sonst die Krimi-Serie „Tatort“, ist hier wie dort der Vorspann noch das Interessanteste – dann in jeder Folge das gleiche Strickmuster: Neurotisch schreiende Nazi-Führer, ihnen in „erotischer Hingabe“ (Originalton) zufügende Volksmassen, Effekt haschende Parallelen zur Gegenwart im „Spiegel“-Stil, eingerahmt in langweilige Kameraeinstellungen von Fassaden der jeweiligen Stadt, z.B. Nürnberg:

– Ausschnitte von Reden Hitlers und Streichers auf dem Hintergrund monumentalener Bauten, von Hitlers „Lieblingsarchitekten“ und späteren (ab 1942) Rüstungsminister Speer entworfen. Kein Wort der Erklärung, wenn ein Hitler alte Vorurteile demagogisch aufbereitet (z.B. der von einigen Romantikern aufgebrachte „gesunde Germane“ gegen das Anhimmeln des „klassischen Rom“ durch den Bildungsbürger), oder wenn ein Streicher die Rassengesetze v.a. gegen die Juden begründet, die seit dem Mittelalter in Deutschland unterdrückt wurden – wenn auch nie in der grausamen Form wie unter dem faschistischen Terror.

– Jubelnde Menschenmassen, Aufmärsche von SA-Formatio-nen und Hitler-Jugend – Schnitt – jubelnde Fans des 1. FC Nürnberg. Kein Wort der Erklärung, daß und warum sich der Nationalsozialismus v.a. auf das Kleineigentum gestützt hat und vom Finanzkapital (dessen Rolle insgesamt vertuscht wird) gesponsert wurde. Die Erscheinungsform des Jubels muß für eine Parallelkonstruktion zur Gegenwart herhalten. Offenbar haben die Autoren einige reaktionäre „Erkenntnisse“ der Massenpsychologie halb verdaut, die von Inhalten und Motiven abstrahierend einem gleichen Verhaltensweisen als wissenschaftliche Analyse verkaufen wollen. Die in dieser Hinsicht wenigstens interessante Arbeit W. Reichs (2) wird ebenso unterschlagen wie die Strategie von Neonazis, sich in Fußball-Fanclubs einzuschleichen. Immerhin haben Neonazis in Zusammenarbeit mit Fans des 1. FC Nürnberg am diesjährigen 1. Mai in Frankfurt ausländische Arbeiter angegriffen.

– Die Darstellung des Nürnberger Prozesses ist direkt vom britischen Historiker David Irving (3) abgeguckt, der des öfteren Vorträge auf Einladung des Faschisten Frey (Nationalzeitung) hält: Ein „Siegertribunal, in dem keine Neutralen vertreten sind“, von dem „Straftatbestände (verurteilt werden sollen), die zur Tatzeit noch gar nicht strafbar waren“, wobei „die Verteidi-ger deutlich im Nachteil sind“ (Text der Fernsehsendung).

Irving's geistige Urheberschaft der Reinwaschung angeklagter Faschisten, Industrieller und Offiziere von aller Schuld wird verschwiegen, erst in der 12. Folge taucht sein Name im Literaturhinweis auf: seine „spannende Darstellung“ – des Untergangs Dresdens (4), Begleitheft S. 166.

„Der Führer bestimmte es so. Das war Erklärung genug im Dritten Reich“ (Begl.heft, S. 51). Mehr als ein paar oberflächliche Hinweise zur Dekoration der Entscheidungen von Nazi-Größen sind den Autoren dann auch genug. Daß die Erkenntnis von Zusammenhängen gerade verhindert werden soll, zeigen ebenfalls bis auf wenige Ausnahmen die (bei der Masse vorhandener Veröffentlichungen von Zahl und Qualität her) wenigen Literaturhinweise. Die Hitlerbiographen Joachim C. Fest und Sebastian Haffner werden z.B. empfohlen (5) sowie die sonst nirgends mehr ernsthaft zitierten William L. Shirer und Bullock (6), deren Arbeiten etwa den gleichen Einblick in die NS-Zeit geben wie die TV-Serie „Dallas“ in die Tätigkeit eines Ölkonzerns – nur daß im ersten Falle die beschriebene „Familie“ etwas größer ist.

Zu wundern braucht man sich darüber nicht. Im Vorwort des Begleitheftes wird davon ausgegangen, daß in den ersten beiden Jahrzehnten seit 1945 von Historikern und Publizisten „viel zur Aufklärung der Ursachen und Vorgänge des Dritten Reichs getan wurde“. Das trifft für die DDR-Geschichtsschreibung zu – die ist aber nicht gemeint. Nach Gründung der BRD beschrieben vor allem Anhänger der Totalitarismus-Theorie („braun gleich rot“) mehr oder weniger niveauvoll die „Nazi-Diktatur“, um gegen die „Stalin-Diktatur zu hetzen (7). Erst nach ca. 1965 wurden grundlegende Arbeiten über den deutschen Faschismus verfaßt (Kühnl, Opitz u.a.).

Faschismus als Produkt des Führers nennt Kühnl (8) die Theorie, nach der die gesamte Fernsehserie ausgerichtet ist. H.J. Fest und der Chefhistoriker der westdeutschen Reaktion, Golo Mann, sind die Repräsentanten; ihre Darstellungen gehen oft, in letzter Zeit vermehrt, mit der Totalitarismus-Theorie Hand in Hand. Lernen kann man von der Serie nichts, vielmehr entsteht bei unkritischer Betrachtungsweise der Eindruck: Es muß doch irgend etwas dran gewesen sein – an dem Hitler.

Quellen: (1) Das Begleitbuch zur Fernsehserie der ARD, Köln 1982, 24 DM; (2) W. Reich, Massenpsychologie des Faschismus, Fischer 6754, 9,80 DM; (3) D. Irving, Der Nürnberger Prozeß, Heyne-TB 5615, 4,80 DM, vgl. S. 32 ff.; (4) ders., Der Untergang Dresdens, Heyne-TB 5485, 5,80 DM; (5) S. Haffner, Anmerkungen zu Hitler, Fischer-TB 3489, 6,80 DM; J.C. Fest, Hitler, Ullstein-TB 3275, 19,80 DM; (6) W.L. Shirer, Aufstieg und Fall des 3. Reiches, deutsche Erstveröffentlichung 1961; (7) als „Klassiker“: K.D. Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, 2. Aufl. 1957; (8) R. Kühnl, Faschismustheorien, Bd. 2, Rowohlt-TB 4354, 7,80 DM.

Münchener Abkommen, 29.9.1938

Deutscher Imperialismus und Tschechoslowakei – I.

In dieser Zeitschrift ist verschiedentlich die Absicht der *Wiedervereinigung* eines „Deutschlands“ in den *ehemaligen Reichsgrenzen vom 31.12.1937* behandelt worden. Dabei ist deutlich geworden, daß es sich um völlig unverhüllte *Gebietsansprüche des BRD-Imperialismus* gegenüber drei selbständigen ausländischen Staaten handelt: der DDR, der VR Polen und der UdSSR.

In der Propagierung dieser Gebietsansprüche spielt ein *bestimmtes Argument* eine nicht zu unterschätzende, öffentliche Rolle: es handele sich bei dieser Wiederaufrichtung um die Wahrung eines „*legitimen*“ Gebietsstandes – nämlich denjenigen vom Ablauf des Jahres 1937; also um einen Gebietsstand, den jedes Schul-Geschichtsbuch als das Territorium des sogen. „*Altreichs*“ vor Beginn der *Expansionsschritte* ausweist: mit hin vor der Annexion Österreichs (13.3.1938), der Annexion des sogen. „*Sudetenlandes*“ (1.10.1938), der Annexion der Tschechei (16.3.1939), des Annexions des sogen. „*Memellandes*“ (23.3.1939) und der Annexion Danzigs und des sogen. „*Korridors*“ (nach dem Überfall auf Polen am 1.9.1939). *Das politische Kalkül, das diesem „Argument“ zugrundeliegt, zielt auf den „naiven“ Patriotismus: „Was deutsch war, das muß deutsch bleiben!“* „Naiv“ ist diese Sorte von Patriotismus insofern, als er sich auf bestimmte durch ehemalige Staatsgrenzen festumrissene Territorien zu „bescheiden“ (d.h.: „bloß bis dorthin“ zu expandieren) sucht und jeder darüberhinausreichenden Expansion ablehnend gegenüber zu stehen trachtet. Der „naive“ Patriotismus lebt von der Vorstellung, „daß es Unrecht ist, Zusammengehörendes auseinanderzureißen bzw. auseinandergerissen zu halten . . .“. Aber exakt diese Vorstellung ermöglicht es, ihn in eine stille politische Reserve weitergehender Gebietsansprüche – d.h. des großdeutschen Expansionismus – zu verwandeln: insofern nämlich letzterer den „Kampf gegen das (o.a.) Unrecht“ aus seiner „Bescheidung“ auf die wiederherzustellenden „legitimen“ Staatsgrenzen herauflöst bzw. völkisch transformiert und somit zum Vehikel grenzenloser Expansion macht: „*Zusammenschluß aller Deutschen!*“ – und zwar mindestens in „*Mitteleuropa*“!

Es ist dieses o.a. spezifische politische Kalkül, welches seinerseits auch der Propagierung der Revision des Versailler Diktats zugrundelag und das von vornehmlich systematisch und planmäßig auf Gebietserweiterungen über das Territorium des sogen. „*Altreichs*“ hinaus bedacht war. Die expansionistische völkische Transformation von scheinbar „bescheidenen“ Ansprüchen auf Wiederherstellung „legitimer“ Grenzen läßt sich geschichtlich sehr gut anhand des Münchener Abkommens vom 29.9.1938 erörtern, d.h. anhand der *Expansionsziele und Expansionsmethoden des deutschen Imperialismus gegenüber der bürgerlichen Tschechoslowakischen Republik (CSR)*.

Für das Verständnis der Bedeutung des Münchener Abkommens ist gewisse Kenntnis des historischen Kontextes, aus dem heraus die CSR Ende 1918 entstand, unerlässlich:

Das zentrale Kriegsziel der deutschen Reichsführung im 1. Weltkrieg war die *Aufrichtung eines Deutsch-Mitteleuropas* als Zwischenschritt auf dem Wege zur Neuordnung Europas unter deutscher Führung; Kern dieses Projekts war der ökonomisch-politisch fügen können *Zusammenschluß des Deutschen Reichs mit Österreich-Ungarn*, welcher den reichsdeutschen Monopolen ein kontinentaleuropäisches Übergewicht verschaffen sollte. Dieses Kriegsziel zielte sowohl gegen die im *habsburgischen Vielvölkergefängnis* unterjochten *slawischen* Nationen – genauer: gegen deren Kampf um Lösung und Selbstbestimmung, sowie für die soziale Revolution nach dem Vorbild der Oktoberrevolution – wie auch gegen die imperialistischen Konkurrenten bzw. Rivalen: Frankreich, Großbritannien und die USA. In diesen Zusammenhang gehörte der *imperialistische Mißbrauch der Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht* zum propagandistischen Repertoire aller am 1. Weltkrieg beteiligten imperialistischen Großmächte: Deutschland benutzte es zwecks „*Insurgierung*“ (d.h. Anstiftung zu nationalen Revolten) des zaristischen großrussischen Vielvölkergefängnisses, um diesen Rivalen von innen her zu schwächen und die Bildung eines osteuropäischen Staatengürtels mit reichsdeutschem Vasallen-Status zu befördern (1). Die Siegermächte des Versailler Friedensdiktats suchten die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht in ähnlicher Weise zu mißbrauchen, aber zum umgekehrten Zweck: nämlich der Schwächung und Niederhaltung des Deutschen Reichs.

Einseitig mußten diese Siegermächte daher die *Herausbildung eigenständiger slawischer Nationalstaaten (Tschechoslowakei, Polen, Jugoslawien)* unterstützen, andererseits trachteten sie danach, sie (gestützt auf die *bürgerlichen* Regierungen dieser neuen Staaten) in ihr *System imperialistischer Rivalität* fortdauernd einzubinden. Die *bürgerlich-demokratischen Vertreter der tschechischen Monopolbourgeoisie* waren für eine solche Politik insofern besonders anfällig, weil die CSR von Anbeginn selbst ein *Vielvölkerstaat* war, in dem etwa 45% der Einwohner sich zur tschechischen Nationalität bekannten, ca. 23% zur deutschen, ca. 20% zur slowakischen, ca. 6% zur ungarischen, ca. 3,4% zur ukrainischen und 0,5% zur polnischen Nationalität. Und zwar anfällig in dem spezifischen Sinne, daß sie einerseits unter dem ideologischen Deckmantel der „*tschechoslowakischen Mehrheitsnation*“ die überwiegend bürgerlichen Slowaken niederhielten und ausbeuteten und andererseits v.a. gegenüber den zur deutschen Minderheit gehörenden Arbeitern den Kampf der tschechischen Arbeiter um Arbeitsplatz und Lohn schürten. *Die tschechische Monopolbourgeoisie hielte sich somit selbst durch die ihr betriebene Spaltung (und Rivalisierung der Werktagen der verschiedenen Nationalitäten gegeneinander) an der Macht* (2) – und dies schwächte von Anbeginn die notwendige innere Einheit gegenüber den Interventions- und Expansionsabsichten des reichsdeutschen Imperialismus und ermöglichte diesem schließlich die Gewinnung einer fünften Kolonne innerhalb der CSR!

Und zwar war die *Außenpolitik* sämtlicher Reichsregierungen der *Weimarer Republik* zunächst auf drei Punkte konzentriert: 1. „*Anschluß von Deutsch-Österreich*“, 2. „*Schutz der Auslands- bzw. Volksdeutschen*“ und 3. „*Korrektur der Ostgrenzen*“. (3) Neben den Bemühungen der Kapitalistenverbände um die Schaffung eines „*Mitteleuropäischen Wirtschaftsstaates*“ (zwecks gewisser institutionalisierter Erleichterungen für die ökonomische Infiltration der ost- bzw. südosteuropäischen Länder) galten die diplomatischen Bemühungen des Auswärtigen Amtes v.a. der *Ausnutzung des Völkerbundes für Zwecke der Einmischung* in jene Länder (zum „*Schutze der Volksdeutschen Minderheiten vor Unterdrückung*“):

Außenminister G. Stresemann hat 1925 jenen spezifischen Mißbrauch dieses damaligen Organs der (relativen) kollektiven Sicherheit bereits vor Eintritt des Deutschen Reichs folgendermaßen erwogen: „*Die Sorge für die Auslandsdeutschen (an anderer Stelle: jene „10 bis 12 Millionen Stammesgenossen, die jetzt unter fremdem Joch in fremden Ländern leben“ / Red.) spricht für den Eintritt in den Völkerbund . . . Wir werden in Genf der Wortführer der ganzen deutschen Kulturgemeinschaft sein . . . Polen, die Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien, die sämtlich durch internationale Verträge gebunden sind, für ihre Minderheiten, d.h. speziell für die deutschen Minderheiten, zu sorgen, werden sich nicht so sträflich über ihre Verpflichtungen hinwegsetzen können, wenn sie wissen, daß Deutschland alle diese Verfehlungen vor den Völkerbund bringen kann . . .*“ (3)

Am Ende der 20er Jahre glaubte die Reichsregierung auf dem Wege ihrer unermüdlichen Anstrengungen zwecks Revision der Versailler Nachkriegsordnung die eigene ökonomisch-politische Position so weit wiedererstarkt, daß sie aus dem Munde des seinerzeitigen nationalliberalen Justizministers Koch-Weser (3) folgendes öffentlich feststellen ließ:

„*Mitteleuropa liegt Deutschland näher als Panneuropa. Ein wachsendes und zukunftsreiches Volk wie das deutsche . . . bedarf . . . außerhalb seiner engen Lebensraum*, in dem es seine Kräfte betätigen kann. Mögen die Verschiebungen des Weltkriegs auch noch so groß gewesen sein, die . . . immer betonte Tatsache, daß der Lebensraum Deutschlands in *Mitteleuropa* liegt und gen Südosten zu erweitern ist, ist unverändert geblieben. Wir denken nicht an eine Annexion dieser Völker. Aber hier im Osten und Südosten . . . sitzen überall die deutschen Minderheiten, die an Bildung und Besitz ihren Herrenvölkern an manchen Stellen voraus

sind und . . . (ihre) wirtschaftliche, ja auch politische Haltung oft maßgebend beeinflussen“ (Hervorhebungen von uns / Red.)

Diese Feststellungen eines Mitglieds der Reichsregierung wurden 1929 publiziert. Die *Regierung des Reichskanzlers A. Hitler (ab 30.1.1933)* wahre zunächst einmal die Kontinuität der vorherigen Außenpolitik (4), indem sie einerseits die „Wiedervereinigung“ des Reichs mit seinen durch das Versailler Friedensdiktat abgetrennten ehemaligen Gebietsteilen forderte und andererseits die „Unterdrückung der volksdeutschen Minderheiten“ in den neugebildeten slawischen Nationalstaaten „anprangerte“. Daneben betrieb sie allerdings gleichzeitig eine forcierte militärische Eigenstärkung, die sie nach dem Austritt aus dem Völkerbund (Okt. 1933) zunehmend zum Zwecke der außenpolitischen Erpressung einsetzte – und zwar in Kombination mit einer direkt von ihr selbst angeleiteten „Anschluß“-Propagandatätigkeit innerhalb Österreichs und der Tschechoslowakei, gestützt auf nationalsozialistische 5. Kolonnen unter den „Deutsch-Österreicher“ und den „Sudetendeutschen“. („Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der unterdrückten Deutsch-Österreicher und Sudetendeutschen! Zusammenschluß aller Deutschen in einem Großdeutschland!“) Ausschlaggebend für den tatsächlichen schließlichen Erfolg dieser „Anschluß“-Wültätigkeit war jedoch die seitens des britischen Rivalen dem reichsdeutschen Imperialismus angebotenen *Kumpanei*:

Diese Kumpanei bestand in der Absicht des britischen Imperialismus, zu einer *Absprache über die Abgrenzung von Interessensphären in Europa* zu gelangen, bei der dem reichsdeutschen Imperialismus hinsichtlich des von ihm geltend gemachten „Lebensraums“ in Ost- bzw. Südosteuropa freie Hand zugestanden werden sollte. Damit wollte der britische Imperialismus seinen reichsdeutschen Rivalen zu einem kalkulierten Hebel der eigenen, gegenüber dem französischen Konkurrenten betriebenen Politik der Schwächung machen – denn die ost- bzw. südosteuropäischen Länder bildeten einen bedeutsamen ökonomischen Existenzfaktor für die französischen Monopole. Andererseits wollte er eine Ablenkung auf den gemeinsamen Feind aller imperialistischen Bourgeoisien bzw. Großmächte, nämlich die sozialistische Sowjetunion, befördern. Für diese Zwecke

war der britische Imperialismus bereit, mit dem reichsdeutschen Imperialismus zu kollaborieren: d.h. er war bereit, *das vom Völkerbund geragene System der kollektiven Sicherheit* – dem ja gerade die kleineren und mittleren europäischen Staaten ihre gewisse Sicherheit und gewissen Schutz vor Großmachtpolitik verdankten – *auszuschalten* und sich in eine freiwillige, direkt nutzbare Reserve der reichsdeutschen Gebietsverweiterungs-Politik zu verwandeln. Und zwar sei hierfür als Beispiel folgende *Feststellung von Lord Halifax (seinerzeit britischer Außenminister) gegenüber Reichskanzler Hitler am 19.11.1937* – also vor jenen eingangs skizzierten Expansionsschritten – angeführt: „Er müsse nochmals im Namen der Englischen Regierung betonen, daß keine Änderungsmöglichkeit des bestehenden Zustandes ausgeschlossen sein solle . . . (Dies beziehe sich auf diejenigen Fragen, die / Red.) man dahingehend charakterisieren (könne), daß sie Änderungen der europäischen Ordnung beträfen, die wahrscheinlich früher oder später eintreten würden. Zu diesen Fragen gehöre Danzig und Österreich und die Tschechoslowakei. England sei nur daran interessiert, daß diese Änderungen im Wege friedlicher Evolution zustand gebracht würden . . .“ (5)

Aus diesem Grunde hat die *britische Regierung* die *französische Regierung* ermuntert, den gemeinsamen französisch-tschechisch-sowjetrussischen Beistandspakt nicht einzuhalten und stattdessen zusammen mit *Hitler-Deutschland und Mussolini-Italien* am 29.9.1938 (*Münchener Abkommen*) die tschechoslowakische Regierung zur Abtretung des sogen. „Sudetenlands“ zu nötigen. Die *bürgerliche Regierung* der CSR erhielt ca. zwei Wochen davor das ausdrückliche Angebot (alleiniger) militärischer Unterstützung seitens der UdSSR, aber dies hätte die vorbehaltlose General-Mobilmachung aller tschechoslowakischen Werktagen erfordert – eine Sache, die sie nur pro forma einleitete, um dann schließlich doch zu kapitulieren.

Quellen: (1) F. Fischer a) Griff nach der Weltmacht, Düsseldorf 1967; b) Krieg der Illusionen, Düsseldorf 1969; (2) Grundriss der Geschichte der KP(Tschech., Hrsg. ZK der KPS und KP(Tschech., Prag 1980 S. 78 ff.; (3) R. Opitz, Europastrategien des deutschen Kapitals 1900 – 1945 (Dokumentation), Köln 1977, S. 467 ff.; (4) Akten zur deutschen Auswärtigen Politik / 1918 – 1945, Bd. I (Von Neurath bis Ribbentrop / Sept. 1927 – Sept. 1938) Serie D (1937 – 1945), Hrsg. US-GB-F-Historikerkommission, Ende der 40er Jahre; (5) Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Dokumente und Materialien aus der Vorgeschichte des 2. Weltkriegs (1937 – 1939), 2 Bde., Moskau 1948/49. Weiterer Quellenhinweis: Hrsg.-Kollektiv, Geschichte der Diplomatie, 3 Bde. Teil II (1919 – 1939), Moskau 1945, deutsch SWA-Vlg., Berlin 1948, S. 98 ff.

Studien aus der Fabrik



Bleistift-Skizzen aus der Ravensberger Eisenhütte in Bielefeld, Juni 1982, Th. K., Bielefeld

Lohnstruktur 1957 - 82 Elektroindustrie

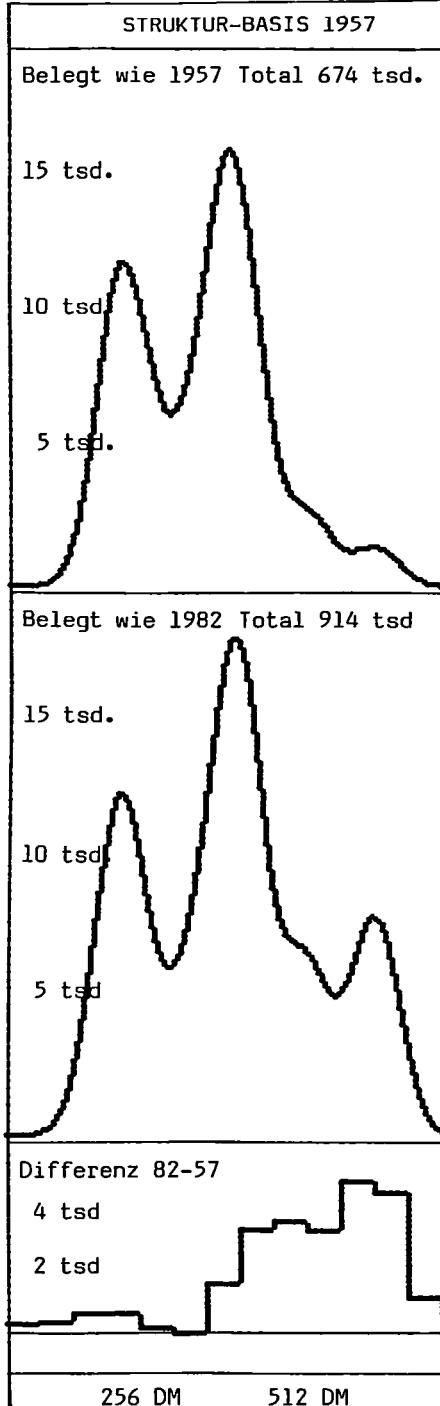
Führt ein Lohn- und Gehaltsvergleich über einen so langen Zeitraum überhaupt zu sicheren Ergebnissen? Wir meinen ja. Die Effektivlohnstatistik teilt die eingekauften Arbeitskräfte nach Sorten ein, vergleichbar den Handelsklassen bei Eiern oder Äpfeln. Sie misst den anteiligen Konsum jeder Sorte durch die Kapitalisten und den Durchschnittspreis pro Stück. Die Beschreibung der Arbeitskraftsorten wurde in den letzten 25 Jahren nicht wesentlich geändert. Die feststellbare Änderung der Lohn- und Gehaltsstruktur kann deswegen auf a.) eine Änderung im Preisgefüge der verschiedenen Sorten Arbeitskraft und b.) auf eine Änderung der Nachfrage der Kapitalisten zurückgeführt werden.

Die Änderungen im Preisgefüge sind von 1957 auf 1982 deutlich. Die bestgezahlte Sorte (männliche Angestellte, Leistungsgruppe 2) erzielte 57 rund 833 DM pro Monat, die schlechtestgezahlte Sorte (weibliche Arbeiter, Leistungsgruppe 3) rund 281 DM; ein Verhältnis von 1 : 2.96. Heute steht das Verhältnis bei 4743 DM zu 1992, also bei 1 : 2.38. Ferner stand damals das Verhältnis Leistungsgruppe 1, männliche Arbeiter zu Leistungsgruppe 3, weibliche Arbeiter bei 471 DM : 281 DM, also bei 1 : 1.68, heute steht es bei 2806 DM : 1992 DM, also bei 1 : 1.41.

Die flüssige Darstellung der Lohnverteilung macht die Annäherung der Bezahlung der männlichen und der weiblichen Arbeiter sichtbar. Im Schaubild "Struktur-Basis 1957 - belegt wie 1957" erscheint der Übergang vom "Hilfsarbeiter" zum "Facharbeiter" schroff getrennt, im Schaubild "Strukturbasis 1982 - belegt wie 1982" fast flüssig.

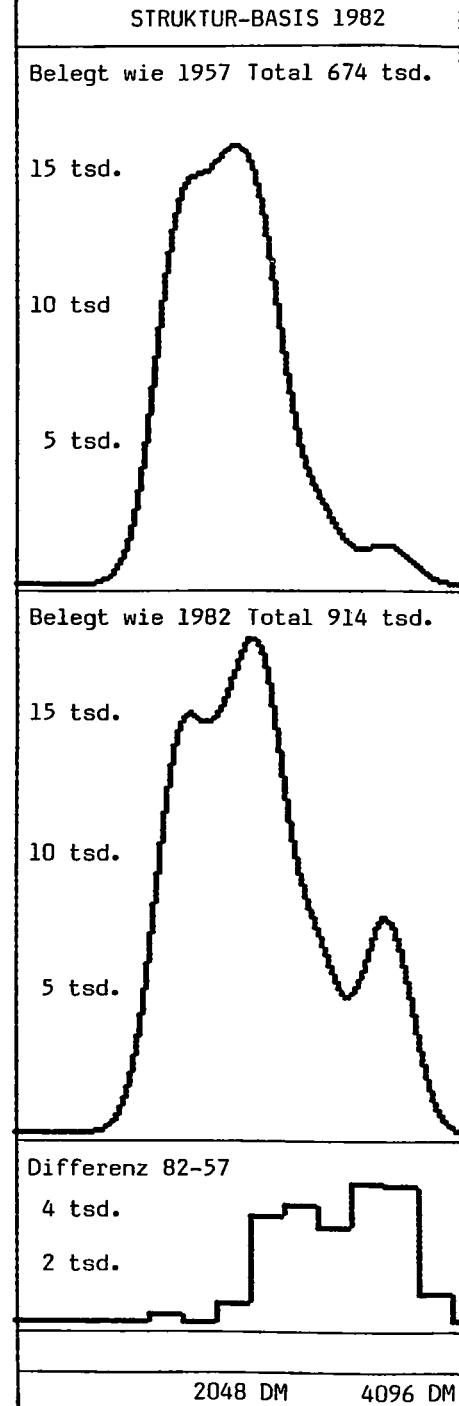
Die Änderung des Nachfrageverhaltens der Kapitalisten verdeutlichen folgende Zahlenrelationen: 1957 kauften die Kapitalisten rund 82 tsd. Angestellte der Leistungsgruppen 2 und 3 ein, das waren damals rund 12% der Gesamtbelegschaft. Heute kaufen sie rund 290 tsd. ein, das sind rund 32% der Gesamtbelegschaft.

Die Kapitalisten der elektrotechnischen Industrie vergrößerten die letzten 25 Jahre zwar der Heer der von ihnen ausbeuteten Lohnabhängigen von 674 tsd. auf 914 tsd., die Anzahl der direkt am Produkt tätigen Lohnabhängigen steigerten sie aber kaum, bzw. nicht. Die seither enorm gewachsene Produktionsmasse wird letzten Endes von



einer eher geschrumpften, ganz bestimmt nicht gewachsenen Personenzahl produziert.

Die Kapitalisten trieben einen enormen Aufwand zur Ausdehnung der stabsmässigen Vorbereitung des Arbeitsprozesses. Wahrscheinlich mehr als ein Drittel der überhaupt Beschäftigten ist heute mit Arbeitsvorbereitung, mit Planung und Organisation im weitesten Sinne befaßt. Die absolute Zahl der Angestellten, die als die Fußtruppe der Planer und Organisatoren zu betrachten sind (kenntlich daran, daß sie kaum oder nicht mehr verdienen als Arbeiter in der Produktion), verringerten die Kapitalisten, sie betrug 1957 rund 81tausend und beträgt heute rund 57tausend. Diese Schrumpfung mag allerdings zum Teil auf Verlagerung von solchen Arbeitsvorgängen in höhere



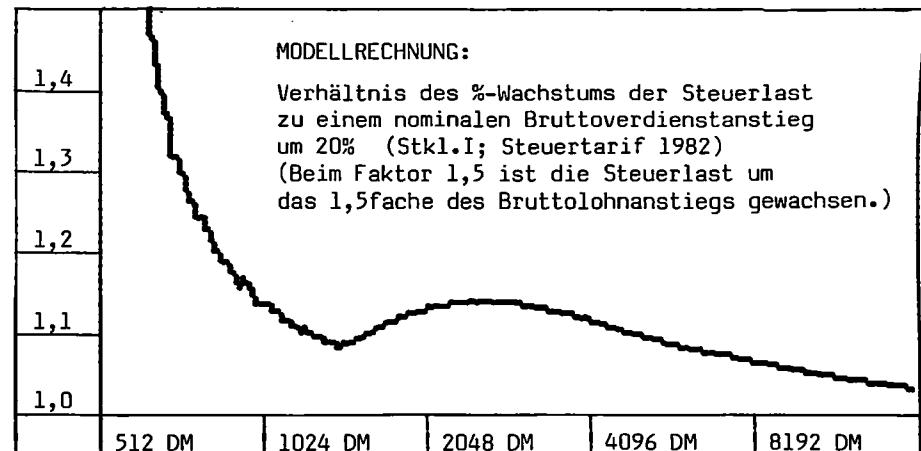
Gehaltszonen beruhen, die damals dort nicht erledigt wurden.

Daraus folgt: Die Aufstockung des Planungs-, Leitungs-, Organisationsstabes hatte optimale Ausnutzung der in der Produktion Beschäftigten zum Ziel. Ihr Ausmaß gebot, -wie die Abnahme des Hilfspersonals für Organisation und Verwaltung zeigt-, Rationalisierung dieser Sorte Tätigkeit selbst.

Dies zeigt, wie auf Grund der Gesetzmäßigkeiten kapitalistischer Arbeitsorganisation der Konflikt von Lohnarbeit und Kapital sich erstreckt bis in jene Stäbe, die ausschließlich zur beschleunigten Vernutzung der Lohnarbeit durch das Kapital eingefüht wurde. Die kapitalistische Rationalisierung wird vor Abitur und Hochschulbildung nicht halt machen.

Der Steuerraub durch die "heimlichen Steuererhöhungen" trifft in erster Linie die Lohnsteuerpflichtigen und unter ihnen besonders die Bezieher niedriger Löhne und Gehälter. Denn die drastischen Auswirkungen gerade auf niedrige Löhne und Gehälter sind im Steuertarif begründet: (1) Rein nominale, gerade den Kaufkraftverlust ausgleichende Lohnerhöhungen führen bei Niedrigsteinkommen dazu, daß sie überhaupt besteuert werden, weil die einkommensabhängigen Freibetragsgrenzen (Grundfreiheit, Vorsorgepauschale, Arbeitnehmer-Freibetrag etc.) überschritten sind, bzw. daß der Grenzsteuersatz - das Verhältnis der Steuerlast zum Bruttolohn - gegenüber dem Vorjahr kräftig steigt. (2) Steuerpflichtige am oberen Ende des ersten Proportionalbereichs des Tarifs (bis 18001 DM zu versteuerndes Jahreseinkommen) geraten trotz rein nominaler Lohnerhöhungen in die Progression; die Steuerquote steigt drastisch. Ähnliches gilt für Einkommen im unteren und mittleren Progressionsbereich. (3) Dagegen wird der Steuerraub - gemessen im %-Anstieg der Steuerquote - im oberen Progressionsbereich immer geringer, je näher die Gehälter an die obere Proportionalzone des Tarifs (Steuersatz von 56%) herankommen. Manager, hohe Beamte und sonstige Spitzenverdiener werden von den heimlichen Steuererhöhungen praktisch nicht getroffen.

Die unterschiedlichen Auswirkungen des Steuerraubs je nach Einkommenszone werden besonders deutlich, wenn der Raub ausgedrückt wird als Verhältnis des Anstiegs der Steuerlast zum Einkommenszuwachs - rein nominale Lohnerhöhungen unterstellt. Diese Betrach-



Je höher die Einkommen, desto geringer der Steuerraub durch Inflation

tungsweise, im obigen Schaubild dargestellt, hat den Vorteil, daß der Steuerraub sozusagen rein faßbar wird

Die Einkommensteuerpflichtigen sind weit weniger als die Masse der Lohnsteuerpflichtigen von den "heimlichen Steuererhöhungen" getroffen. Aus folgenden Gründen: (1) Im Steuerrecht werden ihnen vielfältige und vor allem einkommensabhängige Abzugsmöglichkeiten gewährt, so daß nominale Einkommenserhöhungen nicht als entsprechende Erhöhungen des zu versteuernden Einkommens durchschlagen. (2) Im Schnitt sind die Einkommen der Einkommensteuerpflichtigen weit höher, liegen im oberen Progressionsbereich oder unterliegen dem Spitzensteuersatz. In diesem Bereich fällt der Steuerraub gegen Null.

Einen Eindruck von der unterschiedlichen Belastung der Lohn- bzw. Einkommensteuerpflichtigen durch die "heimlichen Steuererhöhungen" geben die folgenden Daten. Starke Gründe dafür, daß die Ge-

werkschaften die Steuerindexierung auf die Tagesordnung setzen.

Lohnsteueraufkommen:

	Aufkommen Mrd. DM	davon Raub	Raub in %
1965	14,606	0,649	4,45
1968	18,743	1,822	9,72
1971	39,783	5,372	13,50
1974	68,103	15,296	22,46

Einkommensteueraufkommen:

	Aufkommen Mrd. DM	davon Raub	Raub in %
1965	14,821	0,229	1,54
1968	15,701	0,775	4,94
1971	25,437	2,550	10,03

Tabelle 2 enthält nicht die zur ESt veranlagten Lohnsteuerpflichtigen. Die Inflationsbereinigung wurde mit dem Basisjahr 1964=100 durchgeführt. Quelle: H.G.Petersen, a.a.o.

"...Unterstellt man, daß das Leistungsfähigkeitsprinzip die Besteuerung eines im Zeitablauf stationären Realeinkommens mit einer konstanten Quote impliziert, ist ... zu folgern, daß das derzeitige Einkommensteuersystem eben diesem Prinzip nicht gerecht werden kann. Das überproportionale Wachstum der Steuerbelastung bei rein nominalen Einkommenszuwächsen führt zu realen Einkommenseinbußen bei allen Zensiten. Darüber hinaus ist das Ausmaß der "kalten Progression" je nach Einkommenshöhe von höchst unterschiedlichem Gewicht, so daß der ursprüngliche Sinn, den besonders Leistungsfähigen stärker zu belasten, immer mehr in den Hintergrund tritt.

Sowohl die Steuerreform 1975 als auch die Rechtsänderungen 1977/78

Bürgerliche Finanzwissenschaftler zur Frage einer Steuerindexierung

haben hier keine Abhilfe geschaffen, sie tragen - trotz ihrer nicht zu leugnenden kurzfristigen Entlastungswirkungen - vielmehr dazu bei, daß bei der überwiegenden Zahl der Steuerpflichtigen das Problem der "kalten Progression" sogar erheblich verschärft wurde. Allein deshalb ist eine Indexbindung zur Aufrechterhaltung der Glaubwürdigkeit unseres Einkommensteuersystems zu fordern ... sie kann aber nur eine Einzelmaßnahme in einer grundlegenden Einkommensteuerreform darstellen, da sie z.B. die negativen Auswirkungen der Sprünge im Elastizitätsverlauf ... nicht beseitigt..."

Aus: H.G.Petersen: Simulationser-

gebnisse über die Wirkungen einer Indexbindung des Einkommensteuersystems, in: Finanzarchiv 1/1979

"...Geht man aber davon aus, daß eine wenn auch gegenüber der heutigen stark verringerte kontinuierliche Geldentwertung "unvermeidbar" ist, dann bleibt nur die Indexierung oder zumindest eine regelmäßig und schnell erfolgende Anpassung der Einkommensbesteuerung an die inflationäre Entwicklung..."

Aus: Fritz Neumark: Grundsätzliche Betrachtungen über die Grenzen der Besteuerung, in: ifo-Schneldienst 16-17/1981

Außenpolitik der BRD

„Deutschland ist unsere Aufgabe, Europa unser Schicksal“



Kirchen

Fromme Werke der christlichen Kirchen: Lohnsenkung und Privatisierung

Schaffung eines „Solidaritätsfonds“ aus Lohnabzügen der kirchlichen Beschäftigten, damit die Kirchen zusätzliche Lohnabhängige anwerben könnten – dieser Vorschlag der evangelischen Kirche ist nur eines von vielen Beispielen, mit denen die Kirchen sich in den letzten Wochen in die öffentliche Debatte über Lohnsenkungen eingeschaltet haben. Erstes Ziel dieser kirch-

lichen Bestrebungen ist die Lohnsenkung für die über 500 000 kirchlichen Lohnabhängigen selbst. Sodann soll der Lohnstandard im öffentlichen Dienst insgesamt von dieser Seite her unter Druck gebracht werden – Zimmermann wird's freuen. Schließlich streben die Kirchen an, sich so den Hauptteil der geplanten „Privatisierungsmasse“ zu sichern.

In der gemeinsamen Erklärung von Kohl und Reagan heißt es: „Die Entwicklung eines geeinten Europas stärkt die Zusammenarbeit zwischen Europa und den Vereinigten Staaten und damit auch das Bündnis.“ Trotz aller Streitigkeiten zwischen den Imperialisten, die auf der jüngsten Gatt-Tagung nur mühsam überdeckt werden konnten: Die gemeinsamen wirtschaftlichen, politischen und militärischen Interessen gegen die Länder des Warschauer Paktes überwiegen.



Lehrerausbildung

Ausbildung der Studienreferendare in Niedersachsen



Welche Probleme stellen sich den Studienreferendaren in ihrer zweiten Ausbildungsphase? Fast alle Referendare haben die Gewißheit, nach einer halbjähriger Ausbildung arbeitslos zu sein. Seit dem 1.1. 82 sind die Gehälter um 15% gekürzt worden. Eine neue Prüfungsordnung ist in Vorbereitung. Dienen die Lehrproben (prüfungsartige Besuche

der Dienstvorgesetzten im Unterricht) der Ausbildung? Was muß ein Referendar für eine solche Lehrprobe an Zeit und Nerven investieren? Vorbereitung, Durchführung und Beurteilung einer solchen Lehrprobe sollen anschaulich geschildert werden. Trotz allem treten noch fast alle Lehrerstudenten die zweite Ausbildungsphase an.

Jugoslawien

Welche Möglichkeiten gibt es, die Arbeitslosigkeit zu überwinden?

Mit über 800 000 Arbeitslosen und der zunehmenden Zahl der Rückwanderer aus den imperialistischen Ländern hat Jugoslawien große Schwierigkeiten. Die Ursache der Arbeitslosigkeit ist strukturell bedingt, in der Rückständigkeit der Landwirtschaft und der damit verbundenen Landflucht. Dazu kommt das Gefälle zwischen den einzelnen Republiken. Welche Möglichkeiten der Überwindung werden diskutiert?



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit acht verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

- 01 Stahl- und Metallindustrie
- 02 Druckindustrie
- 03 Chemie und übrige Industrien
- 04 Handel, Banken, Versicherungen
- 05 Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- 06 Schul- und wehrpflichtige Jugend
- 07 Studierende Jugend
- 08 Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/ 517376

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel. 0221/ 517457

Bezugsbedingungen:

Politische Berichte: Halbjahresabonnement inkl. Versand 36,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 72,- DM.

Politische Berichte sowie ein Heft Nachrichten: Halbjahresabonnement inkl. Versand 47,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 94,- DM.

Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Einzelabonnement Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 28,- DM.

Jedes weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft

Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/ 517457